www.nachhaltigkeit.at

www.nachhaltigkeit.at

Thema des Monats 10/2005

Gender und Nachhaltigkeit

Recherche und Aufbereitung:
Astrid Konrad, Forschungsschwerpunkt Nachhaltigkeit und Umweltmanagement, Wirtschaftsuniversität Wien

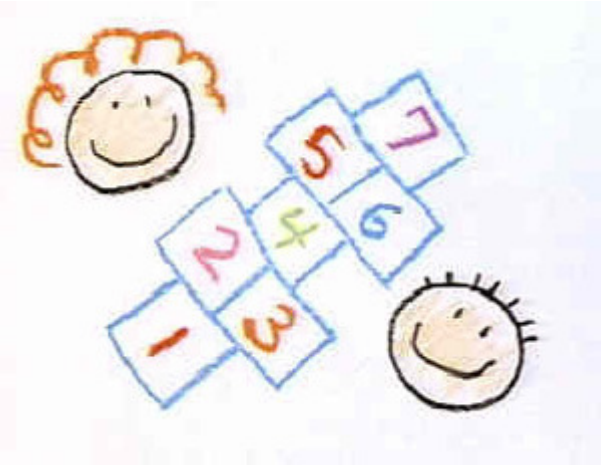
- **Überblick**
- **Fakten**
- **Dokumente, Hintergrundinfos, Links**
- **Gastkommentare**
- **Glossar**
- **Kopf des Monats**

Kopf des Monats:
Doris Hammermüller
Geschäftsführerin der ARGE Erneuerbare Energie

Überblick

>> zurück >> zum Beginn >> weiter

> *"Women around the world – of every colour, class and culture – have been interacting with the environment and the development process every day of their lives without yet realizing, in large enough numbers, that they are key players in determining the future of our planet"* (Bella Abzug, US-amerikanische Politikerin und Frauenrechtlerin (1920-1998)



Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist eine Forderung, die weit zurückreichende Wurzeln hat. Allein die Tatsache, dass die Lage der Frauen - die die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen - mit jener der Minderheiten häufig in einem Atemzug genannt wird, verdeutlicht die ungleichen Verhältnisse auf anschauliche Weise. Die Geschlechterverhältnisse beeinflussen nicht nur die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung, sondern auch die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen und Männern auf tief greifende Weise. Daher müssen sie auch im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung näher unter die Lupe genommen werden.

Dies zu erkennen ist nicht nur für Wissenschaft und Politik, sondern auch für die Betroffenen selbst eine wichtige Herausforderung. Dieses Monatsthema gibt zum einen einen Überblick über die Diskussionslinien und praktischen Ansätze, wie die Geschlechterrollen und nachhaltige Entwicklung miteinander in Beziehung stehen. Zum anderen werden die Konzepte und Umsetzungsstrategien auf internationaler und nationaler Ebene sowie Initiativen, die von der zivilgesellschaftlichen Basis organisiert sind, vorgestellt. Zentrale Fragen, die hier immer wieder in den Blickpunkt rücken, betreffen den Zugang zu Ressourcen, die Organisation der Erwerbs- und Reproduktionsarbeit sowie die gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

Fakten

>> zurück >> zum Beginn >> weiter

1. Überblick

2. Was hat Nachhaltigkeit mit Gender zu tun?

- 2.1. Das starke und das schwache Geschlecht
- 2.2. Frau und Naturnähe
  - 2.2.1. Die Rolle der Aufklärung
  - 2.2.2. Öko- und Frauenbewegung
  - 2.2.3. Wissenschafts- und Technikkritik
- 2.3. Der aktuelle Diskurs

3. Gender Mainstreaming

- 3.1. Gender Mainstreaming als politische Strategie
  - 3.1.1. Die internationale Agenda
  - 3.1.2. EU-Programme & -politik
  - 3.1.3. EU-Regionalpolitik
  - 3.1.4. Nationale Initiativen
- 3.2. Gender Mainstreaming umsetzen
  - 3.2.1. Gender Impact Assessment
  - 3.2.2. Gender Budgeting
  - 3.2.3. Gender-Projekte in Österreich

4. Die Frau als Wirtschaftsfaktor

- 4.1. Frau und Wirtschaftswachstum
- 4.2. Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- 4.3. Krise der Reproduktionsarbeit

5. Umwelt und Gender

- 5.1. Raum, Zeit und Mobilität
- 5.2. Umwelt-, Klimaschutz und Risikobewertung
- 5.3. Ernährung, Biodiversität und Leben
- 5.4. Feminisierung der Verantwortung

6. Partizipation und Empowerment

- 6.1. Verteilungsgerechtigkeit
- 6.2. Gestaltungsmacht
- 6.3. Sustainable Livelihood

Was hat Nachhaltigkeit mit Gender zu tun?

Der aus dem Englischen stammende Begriff „Gender“ bezeichnet die gesellschaftlich geprägten Rollenerwartungen, die Frauen bzw. Männer üblicherweise zu erfüllen haben. In der EU wird Gender auch als „soziales Geschlecht“ – im Gegensatz zum biologischen Geschlecht -bezeichnet.

Den Geschlechtern werden traditionell unterschiedliche Verhaltensweisen und Handlungsmöglichkeiten

zugestanden. Dies hat Auswirkungen auf das gesamte gesellschaftliche Leben und den Umgang mit der Natur. Umgekehrt wirken sich verschiedene Gegebenheiten, z.B. auch politische Weichenstellungen, unterschiedlich auf Mann und Frau aus.

Der Gender- und Nachhaltigkeitsdiskurs wird von Schön et al. als ein unübersichtliches Forschungsfeld bezeichnet. Es wird aber auch darauf hingewiesen, dass gendersensible Nachhaltigkeitsansätze nicht nur die Beziehungsmuster zwischen Gesellschaft und Natur analysieren, sondern wesentlich komplexere Problembeschreibungen und umfassendere Lösungsansätze hervorbringen als der allgemeine Nachhaltigkeitsdiskurs.

Das starke und das schwache Geschlecht

Das traditionelle Rollenbild von Mann und Frau unterstellt grundlegende Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Frau und Mann werden gerne als Gegenpole dargestellt. Dies manifestiert sich zuallerst in der Sprache und damit im Denken der Menschen. Wenn oft auch unbewusst, so sind doch im Umgang miteinander folgende Glaubenssätze tief verankert:

Die Frau ist schwach, sie wird vom Gefühl geleitet	Der Mann ist stark, er weiß seinen Verstand zu gebrauchen.
Die Frau symbolisiert den Körper.	Der Mann symbolisiert den Geist.
Die Frau steht für die Privatsphäre.	Der Mann steht für das öffentliche Leben.
Die Frau steht für die Natur.	Der Mann steht für die Technik.

Das Bild der gefühlvollen, schwachen Frau und des vernunftbegabten, starken Mannes wird in Kunst, Kultur und Wissenschaft zigfach reproduziert. Die Frau wird dem Mann als von Natur aus unterlegen dargestellt. Wir alle kennen Tausende von Witzen, die auf diesem Verständnis beruhen. Diese strenge Einteilung in Gegensatzpaare hat auf unser gesamtes Denken Einfluss. Zugleich werden diese Dinge, die der Frau zugeordnet werden, gemeinsam mit ihr abgewertet. Einem Mann, der in der Gesellschaft seine Stärke beweisen muss, sind sie daher nicht mehr so einfach zugänglich.

In manchen Sprachen existiert nicht einmal ein eigenes Wort für „Mensch“. Wenn der Mann angesprochen ist, ist demnach in manchen Fällen auch die Frau gemeint – meist aber nicht. Dies schlägt sich nicht nur in der Sprache nieder, sondern geht so weit, dass z.B. man(n) sich bei den meisten planerischen Aktivitäten an der Lage des Mannes orientiert. Frei nach dem Motto, was für den Mann gut ist, ist auch für die Frau gut. Frauen waren und sind seit Jahrhunderten eben das zweite Geschlecht, nie "der Mensch". Die damit verbundene Problematik bringt auch Simone de Beauvoir in ihrem Buch "Le deuxième sexe" („Das andere Geschlecht“) aus dem Jahr 1949 zum Ausdruck.

Gleiches Verhalten wird von der Gesellschaft nicht auf gleiche Art wahrgenommen und geschätzt. Folgendes Zitat der Künstlerin Hildegard Knef, bringt die Dichotomie treffend auf den Punkt:

„Brüllt ein Mann, ist er dynamisch.
Brüllt eine Frau, ist sie hysterisch.“

Während auf der einen Seite also immer wieder grundlegende, behauptete Unterschiede zwischen den Geschlechtern herausgearbeitet und betont werden, hat sich die Frau dem Mann anzupassen. Das geht so weit, dass von der Gesellschaft allein die Ausübung von Macht als Stärke wahrgenommen wird, Diskriminierung hingegen wird als Schwäche der Unterdrückten interpretiert. Diese unterschiedlichen, zu erfüllenden Rollenbilder haben weit reichende Auswirkungen auf alle Lebensbereiche, und zwar nicht nur auf den Umgang der Geschlechter miteinander, sondern auch auf das soziale und wirtschaftliche Gefüge. Und die Erwartungen, die daran gekoppelt sind, können sich nicht nur auf die Entwicklung von Frauen, sondern auch auf jene von Männern negativ auswirken. Wenn der Männerforscher Peter Döge das Bild vom Macht- und Arbeitsmann aufgreift, macht er einmal mehr deutlich, dass die Genderfrage weniger an das Geschlecht als primär an Fragen der Machtverteilung und der Arbeitsorganisation gekoppelt ist.

Der Mann

Der Mann muß hinaus
ins feindliche Leben,
muß wirken und streben
und pflanzen und schaffen,
erlisten, erraffen,
muß wetten und wagen,
das Glück zu erjagen.
Da strömet herbei
die unendliche Gabe,
es füllt sich der Speicher
mit köstlicher Habe,
die Räume wachsen,
es dehnt sich das Haus.

Die Frau

Und drinnen waltet
die züchtige Hausfrau,
die Mutter der Kinder,
und herrschet weise
im häuslichen Kreise,
und lehret die Mädchen,
und wehret den Knaben,
und regt ohn Ende
und mehrt den Gewinn
mit ordnendem Sinn.
Und füllet mit Schätzen
die duftenden Laden
und dreht um die schnurrende
Spindel den Faden,
und sammelt im reinlich
geglätteten Schrein
die schimmernde Wolle,
den schneeigen Lein,
und füget zum Guten
den Glanz und den Schimmer,
und ruhet nimmer.

Auszug „Das Lied von der Glocke“ Friedrich Schiller

Wesentlichen Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung hat die unterschiedliche Stellung von Frau und Mann in der Arbeitswelt. Das traditionelle Rollenbild sieht vor, dass der Mann außer Haus seinem Beruf nachgeht und die Familie erhält, während die Rolle der Frau bei Heim, Herd und Kindern liegt. Dieses Rollenbild ist jedoch seit einiger Zeit einem Wandel unterworfen und hat dazu beigetragen, dass Frauen verstärkt in der Erwerbsarbeit Fuß fassen. Aus Studien der 90er Jahre geht hervor, dass zwar die überwiegende Mehrheit der Männer in Österreich und Deutschland tendenziell nach wie vor zu einem eher traditionellen Selbstbild neigt, jedoch zeigt sich eine steigende Tendenz zum so genannten „neuen Mann“. Dieser ist partnerschaftlicher in der Beziehung, beteiligt sich deutlich mehr an Haus- und Familienarbeit, ist engagierter Vater, unterstützt seine Partnerin in ihrer Berufstätigkeit und lehnt Gewalt als Mittel der Konfliktlösung in der Partnerschaft eindeutig ab. Die heutigen gesellschaftlichen Strukturen fordern vom Mann einen Wandel, behindern diesen aber zugleich, da dem beruflich-wirtschaftlichen Bereich eine derartige Priorität zugewiesen wird, sodass die Familienwelt zwangsläufig in den Hintergrund gedrängt wird. Obwohl die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt fortschreitet und das Rollenbild, das die Frau an Heim und Herd verbannt, in weiten Bereichen überwunden scheint, bleiben andere Stereotype die mit dem weiblichen Rollenbild verbunden sind, bestehen, was zur Doppelbelastung von Frauen führen kann.

Die traditionell den Geschlechtern unterstellten Unterschiede bilden auch einen wichtigen Ausgangspunkt vieler wissenschaftlichen Diskurse: Während von manchen TheoretikerInnen die Annahme einer grundlegenden Differenz zwischen Männern und Frauen akzeptiert wird, lehnen andere die Unterschiede zwischen den Geschlechtern kategorisch ab.

Frau und Naturnähe

In den 70er und 80er Jahren kam es nicht nur zum Aufleben der Frauen-, sondern auch der Umweltbewegung. Im Zuge dieser Entwicklungen wurden auch Verbindungen zwischen den beiden Bewegungen benannt, die die Unterdrückung von Frau und Natur miteinander in Verbindung brachten. Dies kann man als den Beginn der Gender- und Nachhaltigkeitsdebatte sehen.

Die Rolle der Aufklärung

> *„Das neue Bild von der Natur als einer Frau, die durch das Experiment beherrscht und seziert werden musste, legitimierte die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen“* (Carolyn Merchant 1987, 190)

Zahlreiche Quellen sehen den sorglosen Umgang des Menschen mit der Natur und den Ressourcen durch das Weltbild begründet, dass sich im Zuge des Zeitalters der Aufklärung entwickelte. Eines der wichtigsten Werke,

das sich dieser Frage widmet, ist das Buch „Der Tod der Natur“ von Carolyn Merchant (1987). Sie argumentiert, die Ideen und Veränderungen in dieser Zeitepoche hätten dazu geführt, dass Frau und Natur ein Naheverhältnis unterstellt wurde, welches zur Unterdrückung der Frau sowie der Natur geführt habe. Behrend/Döge weisen darauf hin, dass noch in der Zeit der Renaissance eine organische Naturvorstellung vorgeherrscht habe, die die Natur zwar zum einen als Gefahrenquelle, zum anderen aber als Nährerin sah. Die Erde wurde als lebendig, als wohltätige, empfangende, nahrungsspendende Frau gesehen. In der Aufklärung wurde hingegen die Beherrschung der Natur zum erklärten Ziel der Wissenschaft. Besonders der Politiker, Philosoph und Wissenschaftstheoretiker Sir Francis Bacon propagierte die Idee, dass man die Grenzen der menschlichen Macht so weit wie möglich ausdehnen müsse und prägte das geflügelte Wort: „Wissen ist Macht.“

Nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die Herausbildung der kapitalistischen Wirtschaftsweise spielte laut Fox Keller (1986) eine bedeutende Rolle in der Etablierung eines passiven Frauenbilds, das auch bald das vorherrschende Bild von der Natur sein sollte. Frauen wurden durch die neue Form der Arbeitsteilung zunehmend aus dem öffentlichen Bereich der Gesellschaft in die Familie gedrängt und die Rollenbilder von Mann und Frau wurden klar abgegrenzt. In der Zeit der Aufklärung setzte sich somit eine Naturvorstellung durch, die Natur weitgehend auf Vorstellungen über die „Natur“ von Mann und Frau reduzierte. Aus diesem Verständnis heraus wird auch heute noch Männlichkeit mit grenzenloser (Gestaltungs-)Macht über Mensch und Natur gleichgesetzt – ein Bild, das den gesamten Sozialisationsprozess von Männern begleitet.

Öko- und Frauenbewegung

> *„Was Natur, Frauen und ‘Dritte Welt’ verbindet, ist die Tatsache, dass diese Bereiche der Wirklichkeit seit der Renaissance die wichtigsten Kolonien des weißen Mannes sind. Auf ihrer gewaltsamen Unterwerfung und Ausbeutung beruht sein Menschenbild, seine Zivilisation, sein Begriff von Wissenschaft, Technik und Fortschritt, sein Modell von immerwährendem ökonomischen Wachstum, sein Begriff von Freiheit und Emanzipation, seine Gesellschaft und sein Staat. Diese drei Kolonien wurden zur ‘Natur’ erklärt, das heißt zu Quellen möglichst kostenloser, ausbeutbarer Ressourcen (Rohstoffe, Arbeitskräfte, Leben).“* (Mies 1992, 277)

Die von Merchant (1987) analysierte Gleichsetzung von Frau und Natur wird insbesondere von Ökofeministinnen aufgegriffen, die daraus schließen, dass Frauen besonders zur Rettung der Natur befähigt seien. Sie kritisieren zwar die Abwertung weiblicher Werte, hinterfragen sie als solche jedoch nicht in ihrer geschlechterspezifischen Zuschreibung. Diese Haltung wird von anderen Feministinnen scharf kritisiert, da sie in ihren Augen das Vorurteil stützen, dass Mann und Frau grundverschieden seien. Diese direkte Verbindung der Genderfrage mit jener des nachhaltigen Umgangs mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen wird von einigen Feministinnen daher vehement abgelehnt, da sie darin einen Widerspruch zur angestrebten Emanzipation sehen.

Der Begriff Ökofeminismus wurde laut Braidotti et al. (1994) in den 70er Jahren von der französischen feministischen Autorin Francoise d’Eaubonne geprägt, die das patriarchale System für die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen verantwortlich machte. Okofeministinnen sehen eine kritische Verbindung zwischen der Unterdrückung der Frauen und der Natur und verbinden somit die Genderfrage mit ökologischen Anliegen. Bekannte Ökofeministinnen wie z.B. Vandana Shiva fordern die Anerkennung des „weiblichen Prinzips“ und sehen in Frauen die Bewahrerinnen der Natur. Sie führen globale ökologische Probleme insbesondere auf die westlichen Produktions- und Konsummuster zurück.

Der so genannte Bielefelder Subsistenzansatz baut auf den Erkenntnissen von Rosa Luxemburg auf, die feststellte, dass der Kapitalismus nicht nur von der Ausbeutung von Lohnarbeit, sondern vor allem von der fortgesetzten Zerstörung der Naturalwirtschaften – d.h. der Reproduktionsarbeit und der Ausbeutung der Natur - lebt. Die Ökofeministinnen Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies und Claudia von Werlhof stellen die Frage, welche Bedeutung die Subsistenzproduktion, also die gebrauchswertorientierte, unmittelbar auf die Herstellung und Erhaltung des Lebens gerichtete Arbeit für das Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise hat. In der Ausbeutung von Subsistenzproduktion und Natur sehen sie die eigentliche Grundlage und das Fundament der Wertschöpfung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die – großteils von Frauen geleistete - Reproduktionsarbeit wird demnach in unserer Gesellschaft nicht als wertschöpfend angesehen. Vielmehr wird argumentiert, es läge „in der Natur der Frau“, Kinder aufzuziehen und Hausarbeit zu leisten. Die Bielefelderinnen sprechen in diesem Zusammenhang von „Hausfrauisierung“: die Arbeit aller Frauen, auch die Lohnarbeit, werde entwertet und dementsprechend schlechter oder gar nicht entlohnt. Der Bielefelder Subsistenzansatz versteht sich als systemkritischer Ansatz und sieht nicht in der Subsistenzarbeit selbst das Problem, sondern in deren Instrumentalisierung.

Wissenschafts- und Technikkritik

Weller (2004) weist darauf hin, dass die enge (unterstellte) Verbindung zwischen Frau und Natur auch zum Ausschluss von Frauen aus Naturwissenschaft und Technik geführt hat. Margarete Maurer beschreibt anschaulich, wie die Leistungen jener Frauen, die im Laufe der Geschichte trotz aller Widrigkeiten doch Zugang zum Wissenschaftsbetrieb gefunden hatten, entwertet wurden. Wesentlich zum Ausschluss der Frau aus dem Wissenschaftsbetrieb hat der tief verwurzelte Glaube beigetragen, dass Objektivität, Verstand und Geist männlich, Subjektivität, Gefühl und Natur weiblich seien. Evelyn Fox Keller (1986, 13) meint, der Ausschluss der Frau aus der Wissenschaftspraxis

> *„… ist ein Symptom für eine breitere und tiefere Kluft zwischen weiblich und männlich, subjektiv und objektiv, ja sogar zwischen Liebe und Macht – er ist eine Spaltung des menschlichen Gefüges, die uns alle betrifft, als Frauen und Männer, als Mitglieder der Gesellschaft und auch als Wissenschaftler."*

Der Ausschluss von Frauen aus dem Wissenschaftsbetrieb hat also nicht nur Auswirkungen auf die Chancengleichheit und Gleichbehandlung der Geschlechter. Vielmehr geht es um die Frage der Gestaltungsmöglichkeiten in Naturwissenschaft und Technik und die Folgen der Vernachlässigung jener Kompetenzen in der Wissenschaft, die Frauen zugeschrieben werden. Dies führt nach Schultz nicht nur zu einer Unterrepräsentierung von Frauen in technischen Berufen und in der Wissenschaft, sondern auch zu Ausgrenzung von sozialwissenschaftlichen Kenntnissen sowie zu einem Mangel an sozialen Kompetenzen im beruflichen Know-how. So wird vielfach auf den „Störfaktor Mensch" – und damit auf die Lebenswelt von Mann und Frau – beispielsweise in der Konzeption technischer Anlagen keine Rücksicht genommen. Gertrude Klaffenböck streicht heraus, dass Technikkritik sich auch mit der Frage beschäftigt, inwieweit Geschlechterverhältnisse für Produktionsverhältnisse einer gegebenen Zeit eine besondere Rolle spielten und spielen und wieso Technologieentwicklung zur Männerdomäne wurde. Frauen haben im Laufe der Geschichte eigene Erfindungen entwickelt oder waren an der Entwicklung mancher Techniken wesentlich beteiligt. Dennoch ist ihnen die öffentliche Anerkennung verwehrt geblieben. Rein rechtlich konnten Frauen beispielsweise relativ lange keine eigenen Patente anmelden, weil sie nicht als „Bürgerinnen", d. h. nicht als juristisch selbständige Personen anerkannt wurden.

Die Konzeption von Wissenschaft ist in der heutigen Zeit insbesondere deswegen zu hinterfragen, weil sie einen sehr hohen Stellenwert hat und wird als objektiv und wertneutral wahrgenommen wird. Sie beeinflusst die Gestaltung unserer Lebenswelt und unseres Alltags in hohem Maße. Wie Wissenschaft durchgeführt wird und von wem ist daher von entscheidender Bedeutung für das menschliche Zusammenleben und damit für nachhaltige Entwicklung. Wenn Wissenschaft also zentrale Kategorien (z.B. Subjektivität, Machtverhältnisse) ausschließt und reduktionistische Modelle verwendet, ist dies in hohem Maße problematisch.

Netzwerke von Frauen in Wissenschaft und Technik

Der Verwirklichung der Chancengleichheit in der Wissenschaft wird in politischen Konzepten und Maßnahmen vermehrt Rechnung getragen und es gibt mittlerweile diverse Netzwerke von Frauen in Wissenschaft und Technik.

NUT (Verein Frauen in Naturwissenschaft und Technik)
Der Verein ist ein Zusammenschluss von Frauen, die in naturwissenschaftlichen und technischen Bereichen arbeiten oder studieren. Primäre Ziele sind die Förderung und Unterstützung von Frauen in männlich dominierten Berufsfeldern und die Förderung der Entwicklung umwelt- und sozialverträglicher Alternativen in Naturwissenschaft und Technik. Derzeit sind nehmen ca. 300 Frauen aus Bereichen wie Biologie, Chemie, Physik, Technischer Umweltschutz, Informatik, Agrarwissenschaft, Mathematik und Verfahrenstechnik an dem Netzwerk teil. Alljährlich wird auch ein Kongress von Frauen in Naturwissenschaft und Technik abgehalten, der nächste findet von 25.-28. Mai 2006 in Köln statt.

Zahlreiche Links zu Netzwerken finden sich auf der Seite der Koordinationsstelle für Geschlechterstudien, Frauenforschung und Frauenförderung der Karl-Franzens-Universität Graz.

Gelegenheit, persönliche Kontakte zu knüpfen gibt es auch am **5. Oktober 2005** bei der Veranstaltung „Wenn Frauen Wissen schaffen" im Rahmen der Wiener Wissenschaftstage.

Der aktuelle Diskurs

Mit den Strömungen der Friedensbewegung der 68er Jahre wurden auch der Feminismus und die Ökologiebewegung neu belebt. Im Laufe der Zeit erfolgte jedoch eine thematische Umorientierung dieser ersten Ansätze eines Gender- und Nachhaltigkeitsdiskurses. Nicht Frauen und Umwelt, sondern das Gesamtsystem der Beziehungen zwischen den Geschlechtern und die damit verbundenen gesellschaftlichen Auswirkungen stehen nun im Zentrum der Betrachtungen.

Ines Weller (2004, 66ff) geht davon aus, dass der gesellschaftliche Umgang mit Stoff- und Produktströmen maßgeblich von den Geschlechterverhältnissen beeinflusst wird. Grundsätzliche Anknüpfungspunkte zwischen dem Konzept der Nachhaltigkeit und Gender bzw. Geschlechtergerechtigkeit hat sie in fünf zentralen Punkten herausgearbeitet:

- Eine zentrale Frage im Nachhaltigkeitsdiskurs ist die *Verteilungsgerechtigkeit*. Aus der Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit lässt sich aus Genderperspektive die Forderung nach einer geschlechtergerechten Verteilung in Hinblick auf die Nutzung von Ressourcen und die Risiken von Umweltbelastungen ableiten.
- Die oftmals geforderte *Integration der drei Säulen der Nachhaltigkeit* – Wirtschaft, Umwelt und Soziales - wendet sich auch gegen die Trennung und Hierarchisierung von gesellschaftlichen Bereichen, Aufgabenfeldern und Eigenschaften wie sie auch im Genderdiskurs immer wieder kritisiert werden.
- Die gezielte *Partizipation* von Frauen in Entscheidungsprozesse ist ein erklärtes Ziel beider Diskurse. Frauen sollen nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch als naturwissenschaftlich-technische Expertinnen und als Schlüsselakteurinnen des Alltags an ökonomischen, sozialen und naturwissenschaftlich-technischen Gestaltungsprozessen teilnehmen und ihre Sichtweise einbringen.
- Eine wesentliche Rolle bei nachhaltiger Entwicklung spielt auch die *Vorsorgeorientierung*, wobei der Schwerpunkt hierbei auf den Erhalt der Reproduktionsfähigkeit von Natur und Gesellschaft gelegt wird. Dies bedarf auch einer ökologisch-ökonomischen Neuorientierung des Wirtschaftens, die eine dauerhafte und umweltverträgliche Gestaltung der Produktions- und Konsummuster ermöglicht. Feministinnen hinterfragen, wie sich die symbolischen geschlechtsspezifischen Zuweisungen der Bereiche Produktion bzw. Reproduktion auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse auswirken.
- Die Frage des Zusammenhangs *globaler und lokaler Strukturen* ist eng mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs verwoben. Die Beziehung zwischen der globalen Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Ausbeutung von Frauen wurde insbesondere von Ökofeministinnen hervorgehoben.

Die Überzeugung, dass eine gesellschaftliche Weichenstellung in Richtung Nachhaltigkeit nicht ohne Geschlechtergerechtigkeit erfolgen kann, wird in den letzten Jahren verstärkt auch von der politischen Ebene aufgegriffen, wobei das Konzept des Gender Mainstreaming eine zentrale Rolle spielt.

Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Gender Mainstreaming ist in erster Linie eine politische Strategie, die neben bzw. zusätzlich zur Gleichstellungspolitik zur Chancengleichheit von Frauen beitragen soll. Gemäß dem Slogan „Jedes Thema ist ein Frauenthema“, soll die Genderfrage als Querschnittsmaterie in alle Politikbereiche eingeführt werden.

Weller (2004) beschreibt, dass der Gender Mainstreaming Ansatz, der vor dem Hintergrund der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking in der internationalen Frauenpolitik Popularität erlangt hat, in der EU erhebliche Durchsetzungskraft erlangt hat. Er zielt auf Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern ab und verpflichtet Regierungen sowie andere EntscheidungsträgerInnen die Geschlechterperspektive bereits in die Konzeption von Politik und Programmen einzubeziehen und vor dem Fällen von Entscheidungen die Folgen für Männer und Frauen zu analysieren. In allen Politikbereichen kommen geschlechtsspezifische Auswirkungen zum Tragen und sind daher im Vorfeld zu überprüfen. Gender Mainstreaming ist ein Auftrag an die Politik, die Privatwirtschaft und öffentliche Verwaltung, in allen Belangen die unterschiedlichen

Interessen und Lebenslagen von Männern und Frauen zu berücksichtigen und so zu agieren, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen verwirklicht werden kann.

Gender Mainstreaming als politische Strategie

> *„Die Gleichstellung der Frau und die Anerkennung der Reproduktionsrechte der Frauen sind für die Entwicklung von zentraler Bedeutung. Solange Frauen ihre Rechte hinsichtlich der Geburtenkontrolle nicht wahrnehmen können und über keinen gleichberechtigten Status in der Gesellschaft verfügen, wird ihre Fähigkeit, ihre Kinder zu schützen, begrenzt bleiben."* Louis Michel, EU-Kommissar Entwicklung und humanitäre Hilfe (Mai 2005)

Die internationale Agenda

Meilensteine Gender Mainstreaming auf internationaler Ebene	
1975	Erste UN-Weltfrauenkonferenz in Mexico-City
1980	Zweite UN-Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen
1981	,,Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau" (kurz: **Frauenkonvention**) tritt in Kraft
1985	3. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in **Nairobi** – Gender Mainstreaming wird als politische Strategie vorgestellt
1992	**Umweltgipfel in Rio de Janeiro:** „Globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung", Kapitel 24 der Agenda 21 fordert die Untersuchung der strukturellen Zusammenhänge zwischen Geschlechterbeziehungen, Umwelt und Entwicklung
1994	**Europarat** setzt einen Lenkungsausschuss ein für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern (Steering Committee for Equality between Women and Men (CDEG)
1995	**4. Weltfrauenkonferenz in Peking** – Verabschiedung der Gender Mainstreaming Strategie: Verpflichtung der Mitgliedstaaten in den jeweiligen nationalen Strategien ein Konzept zur Implementierung von Gender Mainstreaming zu entwickeln.
2000	United Nations **Millennium Declaration**, Milleniumsziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und des Empowerment von Frauen
2000	OECD Konferenz in Paris "**Gender Mainstreaming, Competitiveness & Growth**"
2000	**Peking +5:** UNO-Sondergeneralversammlung zum Thema "Women 2000: Gender Equality, Development and Peace 21st Century" in New York
2005	**Peking +10:** Vom 28. Februar bis 11. März 2005 fand die 49. Konferenz der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen in New York statt. Im Rahmen derselben erfolgt der Peking +10 Überprüfungsprozess.

Auf internationaler, politischer Ebene fand die Frauenfrage bzw. der Genderdiskurs bereits vor Jahrzehnten Eingang in die Diskussion und es wurde erkannt, dass Geschlechtergerechtigkeit ein zentrales Mittel zur Erreichung nachhaltiger Entwicklung darstellt. Wichtige internationale Organisationen, allen voran die Vereinten Nationen, die OECD und die Weltbank haben dieses Thema aufgegriffen. Die Strategie des Gender Mainstreaming hat die Reorganisation der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen zum Ziel und will sicherstellen, dass Männer und Frauen in allen Lebensbereichen gleiche Chancen bekommen. Das Konzept wurde erstmals auf der 3. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen im Jahr 1985 vorgeschlagen.

Peking +10

Eine entscheidende Weichenstellung wurde 1995 bei der **4. Weltfrauenkonferenz in Peking** vorgenommen, in der sich die Mitgliedsstaaten der UN verpflichteten, in ihren Ländern Gender Mainstreaming Strategien zu entwickeln. Die Arbeiten im Anschluss an die Frauenkonferenz in Peking werden unter der „**Aktionsplattform Peking +10**" durchgeführt. Durch die Plattform wurden 1995 12 Schlüsselbereiche festgelegt, in denen

Regierungen sich auf die Gleichstellung der Geschlechter konzentrieren sollten, z.B. Bekämpfung der Frauenarmut, Zugang zu Bildung und Macht sowie die Wahrung der Menschenrechte. Zehn Jahre nach der Konferenz in Peking fand heuer vom 28.Februar – 11. März 2005 die 49. Konferenz der UNO-Frauenrechtskommission statt, bei der die Fortschritte und Herausforderungen in der Umsetzung der Peking Deklaration diskutiert wurden. Nach mühsamen Verhandlungen konnte auch gegen den Widerstand der USA eine gemeinsame politische Erklärung abgefasst werden, die die Wichtigkeit der Umsetzung der Peking Deklaration und der Frauenkonvention für die Erreichung der UN Milleniums-Entwicklungsziele herausstreicht.

UN Millenniums-Entwicklungsziele

Die Millenniums-Entwicklungsziele (siehe auch Monatsthema September) verpflichten die internationale Gemeinschaft zu einer erweiterten Sicht von Entwicklung; die die humane Entwicklung als Schlüsselrolle für sozialen und ökonomischen Fortschritt in allen Ländern stützt und die Wichtigkeit globaler Zusammenarbeit für die weitergehende Entwicklung anerkennt. Hierbei wird insbesondere die Rolle der Frauen für eine nachhaltige Entwicklung hervorgehoben. Die Weltbank sieht in der Gleichstellung und dem Empowerment von Frauen eine zentrale Komponente, um Armut zu reduzieren sowie das Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Insbesondere Ziel 3 der UN Millenium Development Goals beschäftigt sich mit der Gleichstellungsfrage, wobei der Fokus auf die Bereiche Bildung, Repräsentation in der Gesetzgebung und Verringerung der Einkommenskluft gelegt wird – siehe auch den neuesten UN Fortschrittsbericht. Auch in der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005-2014 spielt die Gleichstellung von Mann und Frau eine zentrale Rolle.

EU-Programme & -politik

Das Thema der Gleichstellung von Frauen und Männern wird innerhalb der Europäischen Kommission von der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales behandelt, auf deren Website sich umfassende Informationen zur Gender-Mainstreaming-Politik der EU finden. Gender Mainstreaming wird von der Europäischen Kommission wie folgt definiert:

> *Gender-Mainstreaming bedeutet, dass in allen Phasen des politischen Prozesses – Planung, Durchführung, Monitoring und Evaluation – der Geschlechterperspektive Rechnung getragen wird. Ziel ist die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Nach dem Gender-Mainstreaming-Konzept sind politische Maßnahmen stets daraufhin zu prüfen, wie sie sich auf die Lebenssituation von Frauen und Männern auswirken, und gegebenenfalls neu zu überdenken. Nur so kann Geschlechtergleichstellung zu einer Realität im Leben von Frauen und Männern werden. Allen Menschen – innerhalb von Organisationen und Gemeinschaften – muss die Möglichkeit eröffnet werden, ihren Beitrag zu leisten zur Entwicklung einer gemeinsamen Vision einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung und zur Verwirklichung dieser Vision.*

Meilensteine der EU-Politik	
1996	Die Europäische Union verpflichtet sich in der "Mitteilung der Europäischen Kommission zur Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft" dem neuen Ansatz des Gender Mainstreaming
1997	Gender Mainstreaming wird in den Vertrag von Amsterdam aufgenommen; damit verpflichten sich alle EU-Mitgliedsländer, Wege zur Umsetzung des Ziels der Gleichbehandlung und Gleichstellung der Geschlechter zu entwickeln
2000	Mitteilung der Kommssion Für eine Rahmenstrategie der Gemeinschaft zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern (2001-2005)

Die Anfänge des Gender Mainstreaming auf EU-Ebene liegen im dritten Aktionsprogramm der EU für Chancengleichheit (1991 bis 1995), in dem neben spezifischen Frauenfördermaßnahmen eine umfassendere Strategie zur Förderung der Chancengleichheit vorgeschlagen wurde. Ziel sollte die Einbindung von Chancengleichheitspolitik in die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik sein. Ein zentraler Bestandteil der EU-Strategie wurde das Konzept insbesondere nach der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995. Die EU hat die Zielsetzung des Gender Mainstreamings schließlich in den Vertrag von Amsterdam aufgenommen. Gemäß Artikel 2 und 3 des Amsterdamer Vertrages gehört die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und die Beseitigung der Ungleichheiten zu den Aufgaben der Gemeinschaft und muss als Ziel bei all ihren Tätigkeiten angestrebt werden.

Neben der Verankerung von Gleichstellungsfragen in den Papieren der Europäischen Union wurden auch Ausschüsse und Arbeitsgruppen eingerichtet, zu deren Aufgaben es zählt, Beiträge zu Aktionsprogrammen zu liefern, Meinungen und Stellungnahmen abzugeben, Berichte zu legen oder Vorschläge für Gesetzestexte auszuarbeiten. Die EU Kommission verpflichtet sich hierbei zu einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in von ihr eingesetzten Sachverständigengruppen und Ausschüssen. Mittelfristig soll der Anteil jedes Geschlechts in diesen Gruppen und Ausschüssen mindestens 40% betragen. Es wurden mehrere Ausschüsse und Arbeitsgruppen eingesetzt:

- Aufgabe der Kommissarsgruppe„Grundrechte, Diskriminierungsbekämpfung und Chancengleichheit“ ist es, eine Politik zu entwickeln, die Diskriminierung bekämpft und die Gleichstellung der Geschlechter fördert und sicherzustellen, dass Geschlechtergerechtigkeit in alle Politikbereiche miteinbezogen wird.
- Die „Hochrangige Gruppe Gender Mainstreaming“ ist ein Forum für hochrangige BeamtInnen aus den Mitgliedsstaaten, um sich über Best Practices und Erfahrungen auszutauschen. Ziel ist die Förderung von Synergien zwischen den nationalen Gleichstellungspolitiken und den Gender-Mainstreaming-Strategien auf nationaler Ebene.
- Bereits 1982 wurde erstmals der „Beratende Ausschuss für Chancengleichheit“ eingesetzt, der auch die Umsetzung der Rahmenstrategie zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern (2001-2005) zum Ziel hat.
- Vertreter der EU-Kommissionsdienststellen bilden seit 1996 die „Dienststellenübergreifende Gruppe für Geschlechtergleichstellung“, deren Hauptaufgabe es ist, Gender-Mainstreaming-Aktivitäten zu planen, einen Beitrag zu den einschlägigen Aktivitäten im Rahmen der jährlichen Arbeitsprogramme für Geschlechtergleichstellung zu leisten und diese zu koordinieren.
- Bei der Expertengruppe „Geschlechtergleichstellung, soziale Integration und Beschäftigung“ handelt es sich um ein Netzwerk von Experten aus den Bereichen Beschäftigung, soziale Integration und Geschlechtergleichstellung, dessen Aufgabe es ist, ein Jahresprogramm für politikorientierte Forschungsarbeiten festzulegen.

Darüber hinaus gehend hat der für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit zuständige EU-Kommissar Vladimír Špidla anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März 2005 die Einrichtung eines Instituts für Gleichstellungsfragen angekündigt.

Einen Überblick und ausführliche Informationen über die wichtigsten Entwicklungen in der Europäischen Union in Richtung Gleichstellung werden in dem Bericht Bericht "Beijing + 10 - Progress made within the European Union" gegeben. Der Bericht wurde im Rahmen der Gleichstellungskonferenz am 2. und 3. Februar 2005 in Luxemburg vorgelegt.

EU-Regionalpolitik

> *"Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eines der Hauptziele der EU. Es liegt in unserer Verantwortung, dafür zu sorgen, dass dieses Anliegen im Bereich der Regionalpolitik Beachtung findet, auf die immerhin ein Drittel der EU-Haushaltsmittel entfallen und die einer der Politikbereiche ist, der von den Bürgern am deutlichsten wahrgenommen wird. Außerdem ist Gender-Mainstreaming Bestandteil der Lissabon-Strategie, denn durch offene oder latente geschlechtsbedingte Diskriminierung werden in großem Umfang Humanressourcen verschwendet. Die Beseitigung von Diskriminierung bringt Zuwächse bei Beschäftigung und Produktivität."*
> Danuta Hübner, EU-Komissarin für Regionalpolitik

Die Europäische Kommission misst der gendersensiblen Regionalentwicklung große Bedeutung bei, was sich auch darin äußert, dass in dem Technischen Papier der Europäischen Kommission für den Programmplanungszeitraum 2000-2006 die Einbeziehung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in die Strukturfondsmaßnahmen gefordert wird. Die Strukturfonds sind das wichtigste Finanzinstrument der Europäischen Gemeinschaft zum Abbau von Entwicklungsunterschieden in den Mitgliedsstaaten. Sie sind deshalb ein effektives Instrument, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben.

Für die Strukturfonds der Europäischen Union hat die Kommission fünf Bereiche definiert, in denen die Reduzierung von Ungleichheiten und die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern besonders wichtig sind:

- Zugang zu und Teilhabe an allen Bereichen des Arbeitsmarkts
- allgemeine und berufliche Bildung, insbesondere im Hinblick auf Fachkompetenzen und berufliche Qualifikationen
- Gründung und Wachstum von Unternehmen

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- ausgewogene Beteiligung an Entscheidungsprozessen

In der Stellungnahme des Ausschusses der Regionen zu der "Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen "Implementierung des Gender-Mainstreaming in den Strukturfonds-Programmplanungsdokumenten 2000-2006" sind Anregungen enthalten, welche Schritte für die Umsetzung sinnvoll erscheinen, u.a. bzgl. Gender Budgeting, der Rolle der Gebietskörperschaften, Schulungen. Die volle Integration des Gleichstellungsziels in die Programmplanungen konnte in Österreich noch nicht in der gewünschten Tiefe berücksichtigt werden, da das Thema zu einem Zeitpunkt aufgekommen ist, als die Planungen bereits großteils abgeschlossen waren.

Nationale Initiativen

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist in Handlungsfeld 1, Leitziel 3 der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie verankert. Die Subziele umfassen

3.1 Gleicher Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten für Frauen und Männer – Aufwertung geringfügig bezahlter Arbeit
3.2 Geschlechterspezifische Arbeitsteilung – Aufwertung von Erziehungs-, Pflege- und sozialer Arbeit
3.3 Gleichstellung von Frauen und Männern – Gleichberechtigung – Chancengleichheit
3.4 Beruf und Familie – Frauen am Arbeitsmarkt
3.5 Soziale Absicherung von Frauen - Pension
3.6 Gesellschaftlicher Diskurs über Gleichberechtigung

Mit Ministerratsbeschluss vom 11.7.2000 wurde eine Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming (IMAG GM) unter Vorsitz der Bundesminsterin für Gesundheit und Frauen eingerichtet. Diese trägt zur Erfüllung der internationalen Verpflichtungen Österreichs bei, und zielt darauf ab, eine Grundlage für die Implementierung der Gender Mainstreaming Strategie auf Bundesebene zu schaffen. Auch die österreichischen Bundesländer haben entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung einer Gender Mainstreaming Strategie gesetzt.

Auf Initiative der europäischen Arbeitsgruppe „Chancengleichheit und Gender Mainstreaming in der Informationsgesellschaft“ und mit Unterstützung des österreichischen Bundesministeriums für Soziale Sicherheit und Generationen wurde das "Web-Portal GenderMainstreaming" aufgebaut, das einen Überblick über Aktivitäten und Vernetzungsmöglichkeiten zu Gender Mainstreaming in Österreich bietet.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hat eine Koordinationsstelle für Gender Mainstreaming im Europäischen Sozialfonds (ESF) eingerichtet, die Information, Vernetzung und Beratung zu Gender Mainstreaming und Gleichstellung am Arbeitsmarkt anbietet. Auf der Website derselben finden sich zahlreiche Infos zum Thema sowie auch das PraxisHandbuch GenderMainstreaming.

Im Jahr 2003 wurde vom Institut für Geographie der Universität Wien (Prof. Aufhauser und Mitarbeiterinnen) und der Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Theresia Oedl-Wieser) im Auftrag des Bundeskanzleramts eine Studie zum Thema "Grundlagen für eine Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung" erarbeitet. Der Bericht bietet eine umfassende theoretische Aufarbeitung des Verhältnisses von regionaler Entwicklung und Geschlechtergleichstellung, Grundlagen für eine geschlechterspezifische Regionalanalyse sowie Implementierungsvorschläge, wie Regionalentwicklung gleichstellungsorientierter werden kann.

Eine aktuelle Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft beschäftigt sich mit den Zusammenhängen von Gender, Geschlechterverhältnissen, Geschlechtergerechtigkeit und dem Themenbereich „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“.

Frauen in Forschung und Technologie

Während die Hälfte aller Studierenden weiblich ist, ist der Anteil der Frauen in wissenschaftlichen Führungspositionen außerordentlich gering – im Jahr 2001 lag der Anteil der ordentlichen Professorinnen in sechs EU-Ländern unter 7%. Aus Anlass der Unterrepräsentanz von Frauen nicht nur in wissenschaftlichen Berufen, sondern auch in wissenschaftlichen Entscheidungsgremien wurde von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften eine Expertinnenarbeitsgruppe eingesetzt, die einen Bericht über Frauen in der Wissenschaftspolitik in der Europäischen Union vorlegte.

Förderprogramme in Österreich

Im Februar 2002 wurde die Initiative fFORTE (Frauen in Forschung und Technologie) auf Initiative des Österreichischen Rates für Forschung und Technologieentwicklung ins Leben gerufen, die aus drei Programmen besteht:

- fFORTE academic: Dieses Programm, das vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur finanziert wird, zielt darauf ab, Frauen während aller Phasen des Bildungsweges und ihrer wissenschaftlichen Laufbahn zu unterstützen und Barrieren beim Einstieg und während des Karriereverlaufs in Naturwissenschaften und Technik abzubauen.
- w-fFORTE ist ein Programm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. zur Es wendet sich an hoch qualifizierte Frauen und bietet ihnen Unterstützung für die Karriereplanung sowie die Umsetzung einer erfolgreichen Berufslaufbahn. Ziel ist die Verbindung von Wirtschaft und Frauen in Forschung und Technologie.
- FEMtech-fFORTE ist das Programm des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie. FEMtech zielt darauf ab, die Rahmenbedingungen für Frauen in Forschung und Technologie zu verbessern, mehr Frauen für eine technisch-naturwissenschaftliche Berufsentscheidung zu motivieren und ihre Karrierechancen zu erhöhen.

Gender Mainstreaming umsetzen

Gender Mainstreaming soll nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern auch tatkräftig in die Praxis umgesetzt werden. Dies erfordert ein generelles Umdenken und stellt hohe Ansprüche an alle Beteiligten. Neue Instrumente und Kommunikationsformen müssen erst erprobt bzw. gefunden werden.

Gender Impact Assessment

Unter dem Begriff „Gender Impact Assessment“ versteht man eine Gleichstellungsverträglichkeitsprüfung, mit deren Hilfe die Auswirkungen eines geplanten Vorhabens auf die Situation der Geschlechter abgeschätzt werden können.

Gender Impact Assessment ist ein Instrument, das geschaffen wurde, um die potenziellen Auswirkungen der Politik auf Geschlechterverhältnisse zu analysieren. Politik wird oftmals als „geschlechtsneutral“ konzipiert, was häufig zu unintendierten, unvorhergesehenen und negativen Auswirkungen auf die Geschlechterbeziehungen führt.

Für eine erfolgreiche Umsetzung des Gender Mainstreaming Konzeptes ist eine umfassende Analyse der Situation erforderlich. Gender Impact Assessment ist ein zentrales Instrument zur Umsetzung von Gender Mainstreaming. Es werden durchgeführt, um im voraus die Auswirkungen politischer Maßnahmen auf Frauen und Männer gleichermaßen zu erheben und um unerwünschte Auswirkungen vermeiden zu können. Für eine genderkonforme Situationsanalyse eignet sich die in Schweden und inzwischen EU-weit Anwendung findende Gender Reflex bzw. 3-R-Methode. Die schwedische Gleichstellungsexpertin Simone Lindsten hat mit dieser Methode ein einfaches aber effektives Befragungsmodell entworfen, das zur Überprüfung dient, ob in Aktionsplänen und Programmen einer Behörde die geschlechtsspezifische Perspektive enthalten ist.

Laut Linsten kann der „Gender Reflex“ mit drei Fragekomplexen, die in Bezug auf jede vorgeschlagene Politik anzuwenden sind, bearbeitet werden:

Representation	Wie hoch ist der Anteil an Frauen und Männern, u.a. in den relevanten Entscheidungspositionen?
Ressourcen	Wie sehen Verteilung bzw. Zugang zu Ressourcen (z.B. Zeit, Geld, Bildung, Technologien) für Männer und Frauen aus?
Realität	Profitieren Männer und Frauen von der Maßnahme? Wer bekommt was, warum und zu welchen Bedingungen?

Bei der Gestaltung politischer Prozesse nach dem Prinzip des Gender Mainstreaming bietet auch das 6

Schritte Modell nach Karin Tondorf wichtige Anhaltspunkte:

1. Definition der gleichstellungspolitischen Ziele
2. Analyse der Probleme und der Betroffenen
3. Entwicklung von Optionen
4. Analyse der Optionen und Entwicklung eines Lösungsvorschlags
5. Umsetzung der getroffenen Entscheidung
6. Erfolgskontrolle und Evaluation (Ziele-Bewertungs-Ansatz)

Das Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) hat im Auftrag des deutschen Umweltministeriums eine Gender Impact Assessment Checkliste entwickelt, die die spezifischen Bedürfnisse der Umweltpolitik zugeschnitten ist. Von diesem Institut wurde zudem eine Gender Impact Assessment-Studie des Subprogramms „Environment and Sustainable Development“ des 5. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union durchgeführt. Das Ziel der Untersuchung war es, die genderrelevanten Faktoren der europäischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung zu identifizieren sowie zu analysieren, ob das Programm diese Faktoren berücksichtigt und wie das Programm die Geschlechterverhältnisse beeinflusst. Das Programm wurde im Hinblick auf drei Genderdimensionen untersucht: „Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung“, „Privatsphäre“ und „Gestaltungsmacht von Frauen in Naturwissenschaft, Technik und Politik“.

In dem vom deutschen Ministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft herausgegebenen Leitfaden „Gender-Mainstreaming - Ein neuer Ansatz in der Regionalentwicklung“ wird festgehalten, dass es nicht immer einfach ist, Gender Mainstreaming in die Praxis umzusetzen. Zentrales Hindernis hierbei ist zum einen die Unkenntnis der Thematik. Gender-Mainstreaming ist noch nicht im Alltagsdenken und –handeln verankert. Zum anderen bauen viele AkteurInnen Zugangsbarrieren auf, da sie Gender Mainstreaming mit Frauenförderung (bzw. „Emanzentum“) gleichsetzen und nicht erkennen, dass vielmehr beide Geschlechterperspektiven einbezogen werden sollen. In dem Sinne fassen manche Leute Chancengleichheit sogar als Hemmnis für regionale Entwicklung auf. Ein wesentliches Hindernis bei der Umsetzung ist aber auch die Unerfahrenheit mit dem Thema. Selbst jene Personen, die aufgeschlossen sind, können nicht immer ausreichend überzeugende Argumente vorbringen.

Hilfestellung bei der Umsetzung des Konzepts geben diverse Leitfäden, u.a.:

- Praxishandbuch Gender Mainstreaming der Koordinationsstelle für Gender Mainstreaming im ESF
- Handbuch Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung vom österreichischen Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur.
- „Gender-Mainstreaming - Ein neuer Ansatz in der Regionalentwicklung“ vom deutschen Ministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
- Leitfaden zur Bewertung geschlechterspezifischer Auswirkungen der EU-Kommission
- Der Gender Mainstreaming Leitfaden für LegistInnen wird demnächst auf der Website des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen abrufbar sein.

Gender Budgeting

> *"If you want to see which way a country is headed, look at the country's budget and how it allocates resources for women and children."* Pregs Govender, South African MP

"Budgeting" bedeutet Haushaltsplanung, d.h. die Planung der Einnahmen und Ausgaben. Dabei geht es insbesondere um die politisch wichtigen öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen. Mit dem Begriff "Gender Budgeting" wird international die geschlechtsdifferenzierte Analyse der öffentlichen Haushalte bezeichnet.

Die Rolle von Frauen in Familie, Partnerschaft, Erwerbsarbeit und Politik ist eng an die Macht- und Ressourcenverteilung gebunden. Laut Information der IMAG-Arbeitsgruppe kann der Staat über öffentliche Budgets einen entscheidenden Beitrag zu dieser Verteilung leisten: in Form öffentlicher Güter, als Arbeitgeber, insbesondere auch durch eine frauengerechte Allokation öffentlicher Mittel. Dem Gender Budgeting liegt die Überlegung zugrunde, dass die finanziellen Entscheidungen der öffentlichen Hand die Situation der Geschlechter erheblich beeinflussen. Es soll somit transparent gemacht werden, wie Ressourcen verteilt werden und welche Auswirkungen sich auf

die Chancengleichheit von Frauen und Männern ergeben.
Gender-Budgeting ist also ein Instrument zur direkten Steuerung des Gender-Prozesses. Staatsausgaben und Staatseinnahmen sollen geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselt und die Auswirkungen budgetpolitischer Maßnahmen auf die unbezahlte, vor allem von Frauen verrichtete Arbeit untersucht werden.

Wie Elisabeth Klatzer festhält, ist der Ansatz einer geschlechtergerechte Budgetpolitik international mittlerweile weit verbreitet. So wurde im Oktober 2001 in Brüssel bei einer Konferenz, die gemeinsam von OECD, UNIFEM, Nordischem Rat und belgischer Regierung veranstalt wurde, das Ziel formuliert, bis 2015 in jedem Land der Welt Gender Budgets zu realisieren. Dennoch muss der Diskurs zu Gender Budgeting als relativ jung bezeichnet werden. Das deutsche Verbraucherministerium weist darauf hin, dass kaum noch praktische Erfahrungen in der Umsetzung vorliegen. In Deutschland hat die Bundesregierung Gender Budgeting als Teil der Gender Mainstreaming Strategie in ihre Koalitionsvereinbarung aufgenommen und erste Aktivitäten zur Genderanalyse des Bundeshaushalts unternommen. In Österreich befasst sich eine Arbeitsgruppe mit der Einführung eines Gender Mainstreaming Prüfverfahrens im Bundesministerium für Finanzen. Die Arbeitsgemeinschaft für Gender Mainstreaming im Bundesministerium für Finanzen hat im Dezember 2001 Konzepte, Arbeitsergebnisse und Projektvorschläge präsentiert, die u.a. eine Analyse zum Thema "Ist das österreichische Steuersystem tatsächlich geschlechtsneutral?" enthielten (siehe Ergebnisse der Studie)

Weitere Handbücher und Berichte zu Gender Budgeting:

- Der Bericht "Opinions on Gender Budgeting" beschreibt einerseits Initiativen in der EU und in den Mitgliedstaaten sowie die für Gender Budgeting erforderlichen Methoden und Instrumente.
- Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung ist kostenlos bei Attac Österreich zu beziehen bzw. Download hier
- Handbuch zu Gender Budgeting Bericht MA57
- Die Pilotstudie zum Drogenbudget des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen wurde bei der Gender Budgeting Fachtagung am 25. April 2005 vorgestellt. Ein Zwischenbericht wird in Kürze auf der Ministeriumswebsite abrufbar sein

Gender-Projekte in Österreich

Eine vom Frauenbüro der Stadt Wien beauftragte Studie zur Umsetzung von Gender Mainstreaming auf Verwaltungsebene gibt Überblick über die Erfahrungen der Implementierung des Konzepts in der Stadt- und Landesverwaltungen in Österreich und international.

Im Handbuch Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung des österreichischen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird festgestellt, dass im Grunde genommen völlig neue Zugangsweisen und Ansätze in der gendersensiblen Regionalentwicklung aufgegriffen werden müssen. Dies beinhaltet beispielsweise die Abkehr vom Entwicklungsleitbild technologischer Innovationen hin zu sozialen Innovationen. Eine spezifische Problemlage in der Regionalentwicklung ergibt sich daraus, dass sich zwar zentrumsnahe Regionen zu attraktiven Wohngebieten entwickeln, da die Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation gut ist, in peripheren ländlichen Regionen die Dörfer jedoch schrumpfen und die jungen Leute aus strukturschwachen Gebieten abwandern oder auspendeln. Dies hat besonders für Frauen Folgen, die aufgrund ihrer eingeschränkteren Mobilität länger an den ländlichen Raum gebunden sind.

GEKO (Genderexpertise für Grenzüberschreitende Regionalentwicklung)

GEKO ist ein grenzüberschreitendes Projekt zwischen dem Weinviertel und den angrenzenden Regionen Südmährens und der Záhorie. GEKO bringt Gender Mainstreaming in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein. Die unterschiedlichen Ausgangssituationen und traditionellen Frauenrollen werden explizit miteinbezogen. Während im Weinviertel Frauen noch sehr stark durch die traditionelle Familienorientierung im ländlichen Raum geprägt sind, waren die Frauen in den angrenzenden Regionen immer Teil des Erwerbsarbeitsprozesses und gleichwertig in lokale Entscheidungsstrukturen eingebunden. Ziel des Projekts ist die Verankerung von Gender Mainstreaming in grenzüberschreitenden Aktivitäten.

GeSir (Gendersensible Regionalentwicklung)
Das Pilotprojekt GeSir widmete sich im Zeitraum von 2002 bis 2005 im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL der gendersensiblen Regionalentwicklung in Niederösterreich. GesiR bestand aus fünf Kernprojekten: GesiR in Förderprogrammen, GesiR im Regionalmanagement, GesiR Netzwerk

Waldviertel, GesiR Familie & Beruf, GesiR Gründungsberatung. Das Projekt wurde mit September 2005 abgeschlossen, sodass interessante Projektergebnisse vorliegen, z.B. geben nur 5,3% der Befragten in einer Umfrage an, dass die Mitwirkung von Frauen an allen Entscheidungen in ihren Organisationen gefördert wird.

WoMen

(Tiroler Gemeinschaftsprojekt für Chancengleichheit und marktorientierte Qualifizierung und Beratung in der IKT-Branche)
WoMen ist ein Projekt der Gemeinschaftsinitiative EQUAL mit dem Ziel, Ungleichbehandlung und Diskriminierung am Arbeitsmarkt abzubauen und die Chancen von Frauen im Bereich Informationstechnologien durch gezielte Qualifizierung und Beratung zu fördern. Neben Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ist auch die Forschung zu Ursachen und Motiven der Ungleichstellung von Frauen und Männern am Tiroler Informations- und Kommunikationstechnologie-Arbeitsmarkt Gegenstand des Projekts. Berichte zum Download: „Abschlussbericht der qualitativen Studie „Frauen sind anders. Männer auch. Chancengleichheit für Frauen und Männer am Tiroler Informationstechnologiearbeitsmarkt“ sowie „Good-Practice-Modelle in der Kinderbetreuung - Alternative Angebote im nationalen und europäischen Vergleich“

CHIRON (CHancengleichheit In der RegiON)
Das Projekt CHIRON greift die Strategie des Gender Mainstreaming auf, um sie für den Ländlichen Raum – konkret für die Mühlviertler Alm - zu adaptieren. Das Projekt findet im laufenden Agenda21-Prozess unterstützende Strukturen und zielt darauf ab, Benachteiligungen in der Region aufzuzeigen, Kompetenzen aufzubauen und Impulse für Veränderungen zu setzen. Es wurden verschiedenste Maßnahmen zur Sensibilisierung ergriffen, so brachte der so genannte Genderbus die ersten Gender-Mainstreaming-Informationen in die drei Almgemeinden Liebenau, Schönau und Unterweissenbach. Zu ihren Praxiserfahrungen berichten die beiden InitiatorInnen Ulrike Schmalzer und Ully Leitner in einem Gastkommentar.

Der Endbericht des Projekts CHIRON kann über das Mühlviertler Almbüro, 4273 Unterweissenbach 19, Email: chiron@muehlviertleralm.at, gegen einen Druckkostenbeitrag von € 6.- angefordert werden.

Eine Sammlung von Gender Mainstreaming Projekten in österreichischen Bundesländern finden sich auf der Website GeM, der Koordinationsstelle für Gender Mainstreaming im ESF.

Im LEADER Magazin 2/03 zum Schwerpunkt Chancengleichheit kommen ExpertInnen zu Wort und berichten über ihre Erfahrungen mit Gender Mainstreaming in Praxisprojekten. Lesen Sie auch den Gastkommentar des Koordinators der Leader-Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming, Günter Salchner.

Copyright Foto: LINSER

Provokante Kampagne mit klarer Botschaft: Frauen sind für die Gestaltung des Gemeindelebens unverzichtbar. In unseren Gemeinderäten seid ihr willkommen! Acht Außerferner Bürgermeister rühren mit Unterstützung von Bezirkshauptmann Dr. Dietmar Schennach an der Tafel die Werbetrommel für einen Politiklehrgang für Frauen.

Weitere EQUAL Projekte in Österreich:
Just GeM
Salzburg goes equal
NORA
Girls crack IT

Die Frau als Wirtschaftsfaktor

„Frauen leisten zwei Drittel der Arbeitsstunden, haben ein Zehntel des Einkommens und ein Hundertstel des Eigentums auf dieser Welt.“ Monika Griefahn, deutsche SPD-Politikerin, ehem. niedersächsische Umweltministerin

Frau und Wirtschaftswachstum

In Dokumenten internationaler Organisationen, insbesondere der Weltbank, wird betont, dass geschlechtliche Gleichberechtigung und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in einem Wechselverhältnis stehen. Wirtschaftliches Wachstum habe nicht nur Auswirkungen auf die Verhältnisse der Geschlechter und das Maß der Gleichberechtigung von Frauen, sondern umgekehrt wirke Gleichberechtigung sich auch positiv auf das Wirtschaftswachstum aus. Bereits in einem Bericht aus dem Jahr 1995 stellt die Weltbank fest, dass die Gleichberechtigung ein entscheidendes Kriterium ist, um das Wirtschaftswachstum voranzutreiben. Die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen wird darin als Ursache für die Beschränkung der Produktivität betrachtet, wodurch das Wirtschaftswachstum verlangsamt würde. Außerdem stellten Investitionen in Frauen wichtiges Humankapital dar, das Nutzen für die gesamte Gesellschaft generiere. Da geringe Ausbildung, schlechte Ernährung und Gesundheit die Lebensbedingungen verschlechtern, verringerten sie auch die Arbeitsproduktivität. Diese ökonomische Ineffizienz stelle einen signifikanten Verlust für die Gesellschaft dar und behindere das Wirtschaftswachstum. Demgegenüber wird jedoch im Weltbank Bericht aus dem Jahr 2001 einschränkend erklärt, dass Wirtschaftswachstum alleine nicht zur Gleichberechtigung der Geschlechter führen könne. Ein Beispiel für einen Zielkonflikt kommt im Schlussbericht der deutschen Enquete-Kommission zur Globalisierung der Weltwirtschaft zum Ausdruck: Darin heißt es, Studien belegten, dass Lohndiskriminierung in Ökonomien mit einem hohen Anteil an Frauen in der verarbeitenden Exportproduktion durchaus wachstumsfördernd sein kann.

Die wichtige Rolle der Frauen für Wirtschaft und Gesellschaft wird auch auf der aktuellen Gender & Development Website der Weltbank herausgestrichen. Zum einen wird festgestellt, dass Frauen und Mädchen härter arbeiten als Männer, sie ihre Einkünfte eher für ihre Kinder ausgeben und zudem wichtige Produzentinnen und Konsumentinnen darstellen. Würden Frauen nicht einen Großteil der Reproduktionsarbeit übernehmen, die wesentlich zur Überlebenssicherung beiträgt, könnten Männer keine entsprechend produktiven Leistungen erbringen. Zum anderen wird festgehalten, dass Frauenförderung auch deshalb wichtig sei, um die demografische Entwicklung eines Landes zu beeinflussen. Während die hohe Geburtenrate in den Entwicklungsländern zur so genannten „Bevölkerungsexplosion“ führe, was in der Diskussion um Nachhaltige Entwicklung Anlass zur Sorge gibt, ist man in den westlichen Industrieländern wegen des Geburtenrückganges besorgt, der die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme gefährdet. Eine Analyse zur Situation in Deutschland findet sich auf der Website des Bundesministeriums für Gesundheit und soziale Sicherheit.

Das Ziel der Weltbank-Strategie ist es in erster Linie - laut deren aktuellem Bericht - Armut zu bekämpfen und das Wirtschaftswachstum voranzutreiben. Um dieses Ziel zu erreichen, wird primär bei der Sicherstellung der reproduktiven Gesundheit angesetzt, welche als kritischer Faktor für das Überleben und Wohlergehen von Frauen und Kindern angesehen wird. Dies beinhaltet insbesondere den besseren Zugang zu medizinischer Versorgung und Ernährung. In vielen Bereichen tragen Ungleichheiten in der Kontrolle des Haushaltseinkommens, in der Entscheidungsmacht und in der Bewegungsfreiheit außerhalb des Haushalts zur schlechten Gesundheit von Frauen und Mädchen bei. Schlechte Ernährung, hohe Fruchtbarkeitsraten, Blutarmut und schlechte medizinische Versorgung führen zu hoher Mütter- und Säuglingssterblichkeit und reduzieren allgemein die Produktivität. Etwa 200 Millionen Frauen - meist aus Entwicklungsländern - haben keinen Zugang zu Verhütungsmitteln. Würde dem Abhilfe geschaffen, könnten 23 Million ungeplante Geburten und der Tod von 1,4 Millionen Kindern verhindert werden, wird argumentiert. Auf Ebene der Vereinten Nationen spielt der United Nations Population Fund (UNFPA) in den Entwicklungsländern in Fragen der reproduktiven Gesundheit und der Bevölkerungsentwicklung eine wichtige Rolle. Seine Aufgabe ist es, weltweit das Bewusstsein für diese Themen zu fördern, da die Steuerung des Bevölkerungswachstums als wichtiges Instrument gesehen wird, um die ökonomische und die ökologische Nachhaltigkeit gewährleisten zu können.

Dieser Ansatz wird auch von der Global Marshall Plan Initiative aufgegriffen, einem breiten Netzwerk von Organisationen und Einzelpersonen aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft, deren Ziel es ist, die Entwicklung der ärmeren Länder durch eine Anschub-Finanzierung voranzutreiben.

Das Netzwerk "Frau in der Wirtschaft" bietet selbständigen Frauen eine Plattform zum Kontakte-Knüpfen und Networken. Im Rahmen dieses Netzwerkes werden Veranstaltungen angeboten und auch diverse Projekte durchgeführt. So wird z.B. der Kooperationspreis TWOgetherPLUS an Wiener Klein- und Mittelbetriebe vergeben.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Wenn zwei das Gleiche tun,
ist das noch lange nicht das Selbe.

Während Männern traditionell die Rolle der Erwerbstätigen zugeschrieben ist und sich die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für sie nicht stellt, müssen Frauen eine Vielzahl von Rollen erfüllen, was zur viel zitierten Doppelbelastung führt. Frauen, die heutzutage nicht berufstätig sind, setzen sich ebenso Vorwürfen aus wie berufstätige Frauen, die nach wie vor mit dem Stigma der „Rabenmütter“ versehen werden. Tatsache ist jedoch, dass immer mehr Frauen einer Erwerbsarbeit nachgehen und damit nicht vom Haushaltseinkommen des Mannes abhängig sind. Dieser gesellschaftliche Wandel hat auf die Geschlechterbeziehungen allgemein Einfluss. Aufgrund eingefahrener Muster sind Frauen dennoch nach wie vor verschiedensten Formen der Diskriminierung ausgesetzt.

Mit der Arbeitssituation der Frauen weltweit setzt sich vor allem die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) auseinander. In deren Bericht "Globale Beschäftigungsstrends für Frauen 2004“ wird festgestellt, dass heute mehr Frauen als jemals zuvor einer Erwerbsarbeit nachgehen. Im Jahre 2003 waren 40% der ArbeitnehmerInnen auf der Welt Frauen. Dies entspricht einem weltweiten Anstieg um fast 200 Millionen „arbeitende“ Frauen in den vergangenen zehn Jahren. Dennoch zeigt sich, dass von Gleichheit in der Arbeitswelt nicht die Rede sein kann: Frauen bekommen für gleiche Arbeit noch immer geringere Löhne als Männer, sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen und konnten keinen nennenswerten sozio-ökonomischen Bedeutungszuwachs erlangen. Diese Aussagen sind tendenziell auf die Arbeitssituation von Frauen weltweit anwendbar. In dem ILO Bericht zu Frauen im Management aus dem Jahr 2004 wird festgehalten, dass der Anteil der Frauen an der Erwerbsarbeit zwar beträchtlich erhöht wurde, dass allerdings ein Großteil der Frauen nach wie vor in frauentypischen Berufen beschäftigt ist (eine Ausnahme bilden hier die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas). Frauen konnten ihren Anteil an Managementpositionen erhöhen, aber die Fortschritte erfolgen hierbei nur langsam, da sie oft durch Vorurteile in ihrem beruflichen Werdegang gebremst werden. Selbst in weiblich dominierten Berufen finden sich in Führungspositionen kaum Frauen. Generell ist festzustellen, dass der Anteil von Frauen mit der zunehmenden Hierarchiestufe abnimmt. Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen bleibt relativ unverändert. In Europa ist sie jedoch ein wenig zurückgegangen. Österreich zählt zu den Ländern mit der größten Einkommensschere (21%) in Europa. Eine Analyse im Rahmen des Projekts INTERDISK bzgl. der Kennzahlen zum Gender Mainstreaming der Wiener Wohnbevölkerung 1996–2003 zeigt jedoch, dass sich die Einkommensschere in Österreich seit 2000 leicht verringert. Verursacht werden die Unterschiede bei den Einkommen von Männern und Frauen nicht nur durch unterschiedliche Voraussetzung in Erziehung und Ausbildung, sondern vor allem auch durch eingefahrene soziale und kulturelle Strukturen. Institutionelle Barrieren und soziale Einstellungen Frauen gegenüber behindern deren Möglichkeiten, in verantwortliche Stellungen vorzudringen. Aber das sind nicht die einzigen Gründe, warum Frauen weniger verdienen als Männer: Frauen sind häufig weniger lang im Berufsleben, da sie nicht unbedingt ihr Leben lang Vollzeit arbeiten. Viele geben ihre Jobs in der Phase der Familiengründung auf oder arbeiten Teilzeit. Sie kehren erst später wieder ins Berufsleben zurück. Das führt zu Verzögerungen bei der Beförderung und geringerem Einkommen. Zusätzlich verlangen Managementpositionen längere Arbeitszeiten, Dienstreisen oder einen Wohnortwechsel. Viele Frauen vermeiden solche Jobs aufgrund ihrer familiären Verpflichtungen.

Die heutige Arbeitswelt ist von Dynamisierung und Flexibilisierung gekennzeichnet, die es zusätzlich schwer machen, Beruf und Privatleben zu vereinbaren. Im Work-Life-Balance Bericht des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2005 wird das Ziel formuliert, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben -eben die Work-Life-Balance - durch eine moderne Personalpolitik und Arbeitsorganisation zu gewährleisten. Das Konzept beinhaltet die Verwirklichung der

Chancengleichheit von Frauen und Männern ebenso wie Ansätze einer alternsgerechten Laufbahngestaltung bis hin zu Modellen einer familienfreundlichen Arbeitsorganisation. Unter anderem wird die deutliche Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit als ausschlaggebend gesehen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen der Zukunft.

Mütter stehen vor allem vor dem Problem, die Betreuung ihrer Kinder zu gewährleisten, was angesichts der Tatsache, dass zu wenige Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen, schwierig ist. Die Möglichkeit, Teilzeitarbeit zu verrichten, berücksichtigt – wie im Handbuch Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung festgehalten - zwar das Bedürfnis von Frauen, Familie und Beruf leichter vereinbaren zu können. Diese Maßnahme wird häufig vorgeschlagen, um zur Förderung der Berufstätigkeit von Frauen beizutragen. Teilzeitarbeit ist jedoch wie oben festgehalten mit geringerem Einkommen und schlechteren Berufs- und Aufstiegschancen verbunden, wodurchdie Schlechterstellung der Frauen fortgeschrieben wird. Gleichzeitig wird die Alleinverantwortung der Frauen für Familie und Haushalt trotz Erwerbstätigkeit nicht in Frage gestellt, was zur Mehrfachbelastung führt.

"Familienkompetenzen - Schlüssel für mehr Erfolg im Beruf“

Mit dem Projekt "Familienkompetenzen - Schlüssel für mehr Erfolg im Beruf" bietet das Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Müttern und Vätern die Möglichkeit, sich fit für den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu machen. An ausgewählten Familienberatungsstellen in ganz Österreich wird ein innovatives Coaching-Programm zur Unterstützung beim Wiedereinstieg angeboten.

Krise der Reproduktionsarbeit

Wenn wir heutzutage von Arbeit sprechen, meinen wir in der Regel die bezahlte Erwerbsarbeit. Die Reproduktionsarbeit hingegen, die zum überwiegenden Ausmaß von Frauen geleistet wird, fristet ein Schattendasein. Sie umfasst jene Tätigkeiten, wie Haus- und Versorgungsarbeit, die zur Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft und des menschlichen Lebens notwendig sind. Gerade jene Arbeit, die somit die Basis der Erwerbswirtschaft darstellt und für unser aller Überleben entscheidend ist, wird in der Regel nicht einmal als „Arbeit“ betrachtet, sondern vielfach sogar dem Freizeitverhalten zugezählt, wie Meike Spitzner veranschaulicht. Nichtmarktliches Haushalten und Wirtschaften, die eine entscheidende Rolle im Alltag und Zusammenleben der Menschen spielen, erhalten keine entsprechende Beachtung, wenn es um die Vereinbarkeit mit wirtschaftlichen Interessen geht. Vielmehr ist es so, dass durch die Fixierung auf den erwerbswirtschaftlichen Sektor die Erkenntnisse über das Wirtschaften und Haushalten allgemein verzerrt werden. Versorgungsarbeit wird beispielsweise erst dann in planerischen Tätigkeiten berücksichtigt, wenn sie in irgendeiner Weise marktlich relevant wird. Dadurch werden die wirtschaftlichen Zusammenhänge jedoch falsch eingeschätzt, was dazu führt, dass das Versorgungsökonomische zur Privatangelegenheit erklärt wird. Diese Verzerrungen stehen einem Abbau der Geschlechterhierarchie und nachhaltiger Entwicklung im Wege.

Von einer **Krise der Reproduktionsarbeit** wird laut Weller (2004, 54) gesprochen, da durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frau und die nach wie vor geringe Beteiligung der Männer an der Versorgungsarbeit Frauen einer Doppelbelastung ausgesetzt werden. Ihre überstrapazierten Zeitbudgets stoßen insbesondere in der Familienphase an die Grenzen. Der Zeitaufwand für Haushaltsarbeit von Männern steigt jedoch auch in Doppelverdienerhaushalten nur geringfügig an. Zugleich entstehen neue Anforderungen an Frauen, z.B. Kinder optimal zu fördern oder ökologische Belange bei der Ernährung der Familie zu berücksichtigen. Im Work-Life-Balance Bericht des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird der Schluss gezogen, dass diese Krise auf lange Sicht dadurch gelöst werden könnte, dass eine vermehrte Nachfrage nach Haushaltshilfen eintritt. Die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen wird somit auch als Chance für den Dienstleistungsmarkt begriffen. Durch das sinkende Zeitbudget für unbezahlte Haushaltsarbeit wird die Nachfrage nach haushaltsnahen Dienstleistungen gesteigert. Dies soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die erwerbstätige Frau erleichtern. Mit einer verbesserten Work-Life-Balance wird auch mit einem Anstieg der Geburtenrate gerechnet, die in der Folge einen Beitrag zur Sicherung der Sozialsysteme leistet. Die Lösung für die Krise der Reproduktionsarbeit wird demzufolge im Grunde genommen in der Integration der Reproduktionssphäre in den Markt gesehen. Beate Littig bezeichnet diesen Ansatz als einen erwerbsarbeitszentrierten Vorschlag zur Behebung der Krise. Diesem stehen jene Anätze gegenüber, die um einen neuen erweiterten Arbeitsbegriff und eine Neubewertung von Arbeit bemüht sind.

Anneli Rüling geht in dem WZB-Papier zu Arbeitszeit und Reproduktionsarbeit darauf ein, ob Teilzeitarbeit zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beitragen kann. Ein Problemfeld, dem hierbei besondere Beachtung zukommt, ist die Zeitpolitik. Autorinnen, wie Meike Spitzner oder Margarete Maurer, führen den zunehmenden gesellschaftlichen Zeitkonflikt darauf zurück, dass die Reproduktionssphäre gezwungen wird, sich der industriellen Zeitlogik anzupassen. Dies führe zu einer Ausbeutung sozialer wie ökologischer Ressourcen für

die Interessen des Kapitals. Meike Spitzner spricht in dem Zusammenhang auch von der „Krise der Reproduktion“ als einem nicht-nachhaltigen Umgang mit den sozialen Ressourcen des Versorgens und Pflegens. Die heutigen gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse zur natürlichen und sozialen Umwelt seien strukturell nicht zukunftsfähig, da sie auf Ausbeutung der Natur und hierarchischen Geschlechterverhältnissen aufbauen.

Vorsorgendes Wirtschaften

Adelheid Biesecker schlägt in dem Modell des vorsorgenden Wirtschaftens vor, Produktions- und Reproduktionssphäre zusammenzuführen und den Versorgungsbereich aufzuwerten. Nicht der abstrakte Wert, sondern die Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse soll Ziel des wirtschaftlichen Handelns sein. Hierzu bedarf es der Orientierung nach neuen Prinzipien, nämlich am Lebensnotwendigen statt an monetären Größen, an Kooperation statt Konkurrenz, an Vorsorge statt Nachsorge. Dies erfordert eine Neu- und Umbewertung von Arbeit, von Erwerbs- und Versorgungsarbeit sowie eine Neuverteilung zwischen den Geschlechtern.

Die Vertreterinnen dieses Ansatzes sind im Netzwerk vorsorgendes Wirtschaften organisiert. Es handelt sich dabei um einen geschlossenen Kreis von etwa 50 Frauen aus dem deutschsprachigen Raum, die an ökonomischen Fragen interessiert sind und nach einer langfristig für alle Menschen verträglichen, vorsorgenden Wirtschaftsweise streben.

Umwelt und Gender

Untersuchungen bezüglich der Einstellung zu Umweltfragen haben Differenzen zwischen den Geschlechtern aufgezeigt. So weisen laut Weller (2004) Frauen ein stärkeres Umweltbewusstsein und Umweltverhalten auf, Männer haben allerdings mehr Umweltfaktenwissen. Demgegenüber hält Christa Wichterich jedoch fest, dass Männer, die stärker in die Haushalts-, Garten- und familiale Sorgearbeiten einbezogen sind, ein ähnlich umweltfreundliches Verhalten wie Frauen entwickeln und allgemein eine größere Umwelt- und Gesundheitsverantwortlichkeit als andere Männer an den Tag legen. Dies verweist auf die Schlüsselrolle der Reproduktionsarbeit. Die soziale Kategorie „Geschlecht“ ist dabei nachrangig.

LIFE Frauen entwickeln Ökotechnik e.V.
Der Verein LIFE e.V. mit Sitz in Berlin verbindet umweltpolitische und frauenpolitische Ziele. Die Mitarbeiterinnen von LIFE e.V. engagieren sich für Umweltschutz und Chancengleichheit in Handwerk, Naturwissenschaft und Technik. Zahlreiche Projekte und Aktivitäten tragen zur Weiterbildung und Vernetzung von Frauen im Umweltbereich bei. Ein Großteil der Projekte wird im ökotechnischen Bildungszentrum in Berlin durchgeführt. Eines der interessantesten Projekte des Vereins ist die Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit, Umwelt und Nachhaltigkeit (genanet), auf deren Homepage umfangreiche Informationen zu Gender und Umweltfragen aufbereitet sind.

Die Verbindung zwischen Umwelt- und Genderfrage wird laut Studie der Heinrich-Böll-Stiftung aus dem Jahr 2000 in zahlreichen theoretischen Arbeiten und Analysen hergestellt. Dennoch würden die Welt des Gender-Diskurses und der Alltag der Umweltpolitik relativ unabhängig voneinander existieren. Die Verbindung der Geschlechter- mit der Umweltfrage bedarf daher einer differenzierteren Betrachtung.

Raum, Zeit und Mobilität

Die Krise der Reproduktionsarbeit hat auch für umweltrelevante Fragen weit reichende Auswirkungen wie Meike Spitzner aufzeigt. Am Beispiel des Verkehrs kann demonstriert werden, dass u.a. bei der Verkehrsplanung soziale und physische Raum- und Zeiteigenschaften außer Acht gelassen werden, was in

letzter Konsequenz zu verstärkter Umweltbelastung führt. Spitzner führt an, dass die Rollenzuweisungen und insbesondere die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung dazu führen, dass Männer die Lebensrealität nur aus dem Blickwinkel der Erwerbsarbeit wahrnehmen und der Alltag von Frauen auch in Stadtplanungsaktivitäten - die in der Regel ebenfalls von Männern durchgeführt werden - weitgehend unberücksichtigt bleiben. Üblicherweise werden daher Wege in der Stadt- und Verkehrsplanung so konzipiert, dass man mit dem Auto möglichst schnell von A nach B kommt, Fußwege und die Qualität des öffentlichen Raums spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Spitzner definiert Mobilität als Kontakt mit verschiedenen Menschen an verschiedenen Orten zu verschiedenen Handlungszwecken. Männer, deren Interesse primär auf die Erwerbsarbeit ausgerichtet ist, und blenden wichtige Teile des sozialen Lebens aus. Die geringe Beteiligung von Männern an Versorgungs-, Haus - und Familienarbeit spiegelt sich auch in deren Mobilitätsverhalten wider. Es ist bekannt, dass Männer z.B. viel weniger Fußwege als Frauen zurücklegen, viel seltener den Öffentlichen Personennahverkehr benutzen und auch ihr Motorisierungsgrad ist doppelt so hoch wie der von Frauen. Spitzner kritisiert Planungskonzepte, die primär an der Produktionssphäre, der Waren- bzw. Tauschwertproduktion und der Erwerbsarbeit ausgerichtet sind. An deren Stelle fordert sie Planungskonzepte, die der Reproduktionssphäre und den versorgungsökonomischen Zusammenhängen Raum geben.

In der Studie Gender Mainstreaming und Städtebaupolitik hält Christina Färber fest, dass gendergerechte Stadtplanung vor allem mit den Fragen in Zusammenhang stehen, wie Räume von den Geschlechtern genutzt werden, wie der Bereich der Reproduktionsarbeit für Männer und Frauen attraktiver gemacht werden kann und wie für mehr Sicherheit von Frauen und Kindern - sowohl vor Gewalt als auch vor dem Straßenverkehr - im privaten und öffentlichen Raum gesorgt werden kann. Sie formuliert folgende baupolitische Gleichstellungsziele für das Wohnen in der Stadt:

- Raum für Frauen und Raum für Männer in der Wohnung
- Räumlicher Stellenwert von Reproduktionsarbeit
- Verbleib in der Wohnung bei Änderung der Haushaltsverhältnisse
- Sicherheit durch bauliche Strukturen
- Geschlechtergerechte Förderung von Wohnungseigentum
- Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit (Familie und Beruf) für beide Geschlechter

"Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen" der Stadt Wien

Auch in Wien wird alltagsgerechtes Planen und Bauen groß geschrieben und von einer eigenen Leitstelle, die in der Wiener Magistratsdirektion - Stadtbaudirektion angesiedelt ist, koordiniert. Der 6. Wiener Gemeindebezirk (Mariahilf) dient als Pilotbezirk. Die Broschüre zum Pilotbezirk ist bei der Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen kostenlos zu bestellen unter der Telefonnummer 01/4000/82663 sowie unter der Email-Adresse: hrb@mbd.magwien.gv.at
Lesen Sie hierzu auch den Gastkommentar von Frau Dipl.-Ing.in Eva Kail

Gendersensible Landschaftsplanung wird in Wien auch von den Büros Knoll & Szalai, Tilia und Plansinn gemacht.

Umwelt-, Klimaschutz und Risikobewertung

Frauen weisen generell ein stärkeres Umweltbewusstsein und -verhalten auf als Männer und stehen Umweltrisiken kritischer

gegenüber. Eine deutsche Studie stützt die Aussage, dass Frauen Umweltprobleme in allen Bereichen als gravierender einstufen als Männer. Anja Becker weist darauf hin, dass bei Frauen generell das Risikobewusstsein gegenüber Technologien, bei denen unumkehrbare Gefährdungen entstehen können, wie z.B. der Gentechnik oder Atomenergie, deutlicher ausgeprägt ist als bei Männern. Frauen sind jedoch nur selten beteiligt, wenn Entscheidungen getroffen werden, die Auswirkungen auf die Gemeinschaft haben. Gerade Bereiche wie die Verkehrs- und Energiewirtschaft sind weitgehend von Männern bestimmt, dies trifft sogar auf den Bereich der erneuerbaren Energiewirtschaft zu. Jedoch passen sich selbst Frauen - wenn einzelne von ihnen in Führungspositionen vorgedrungen sind - in der Regel den vorhandenen Strukturen an, sodass sie ein ähnliches Entscheidungsverhalten zeigen wie Männer.

Um auf Umwelt- und Klimaschutzagenden Einfluss nehmen zu können und ihrer Stimme Gehör zu verschaffen, engagieren sich aber zahlreiche Frauen in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Eine diese Initiativen betrifft die Beteiligung von Frauen am UNFCCC-Prozess (UN Klimarahmenkonvention). Die deutsche Leitstelle für Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit genanet hat eine enge Kooperation mit dem europäischen Netzwerk WECF aufgebaut, um ihre Kräfte zu bündeln. Bisher war die Beteiligung von Frauenorganisationen an internationalen Politikprozessen zum Klimawandel eher gering und unkoordiniert. Strategievorschläge, wie dieses Manko behoben werden kann und zu welchen Fragen noch eingehendere Forschungen notwenig sind, finden sich in einem aktuellen Strategiepapier von genanet.

Besonders aktiv sind Frauenorganisationen auch im Bereich der Chemikalienpolitik und -sicherheit. Kathrin Buchholz weist darauf hin, dass die Frage der Gesundheitsgefährdung hierbei zentral ist. Insbesondere komme es jedoch auch zu einem Zielkonflikt hinsichtlich der beruflichen Gleichstellung der Geschlechter einerseits und der Gefährdung von gebärfähigen Frauen und stillenden Müttern an Arbeitsplätzen mit Gefahrstoffbelastungen. Auf dem 31. Kongress des Vereins Frauen in Naturwissenschaft und Technik (NuT), der vom 5. bis 8. Mai 2005 in Bremen stattfand, setzten sich die Teilnehmerinnen mit der EU-Chemikalienverordnung REACH (Registration, Evaluation and Authorisation of CHemicals) auseinander. Sie fordern eine Verankerung des Vorsorgeprinzips und damit eine restriktivere Ausrichtung der Verordnung, um Mensch und Umwelt vor den negativen Auswirkungen von gefährlichen Chemikalien zu schützen und setzen sich auch für eine stärkere Einflussnahme von Frauen bei der Verabschiedung der Verordnung ein. Die Forderungen der Frauen wurden in der Resolution Frauen aus Naturwissenschaft und Technik für ein starkes REACH festgehalten. Diese wurde von den Teilnehmerinnen einstimmig angenommen und an die verantwortlichen PolitikerInnen weitergeleitet.

Women in Europe for a Common Future (WECF)
Women in Europe for a Common Future ist ein Netzwerk von Organisationen in 30 Ländern das Frauen hilft, aktiv daran mitzuarbeiten, dass ihre Umgebung und Gemeinschaft gesünder und nachhaltiger wird. Das Netzwerk, das sich vorwiegend mit Umweltfragen beschäftigt, erarbeitet Lösungsvorschläge und unterbreitet diese den PolitikerInnen. Eine der Arbeitsgruppen ist dem Themenkomplex „Gender und nachhaltige Entwicklung“ gewidmet.

Ernährung, Biodiversität und Leben

Frauen sind nicht nur in der Lage, Kinder zu gebären, sondern tragen in unserer Gesellschaft auch die Hauptsorge für das Leben, indem sie Versorgungsarbeiten übernehmen. Hierzu zählt insbesondere auch der Bereich der Ernährung. In der Regel sind für den Einkauf und die Zubereitung der Nahrung in den Familien die Frauen zuständig. Zu den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Frage Gender und Ernährung lesen Sie bitte den Gastkommentar von Marie Jelenko.

Viele Frauen stehen neuen Technologien kritisch gegenüber, weil sie Verantwortung für das Leben und die Gesundheit ihrer Kinder und Familienmitglieder übernehmen. Dies hat jedoch nicht nur mit der Sorge um das leibliche Wohl zu tun. Vielfach (z.B. Trallori 1996) wird argumentiert, dass mit der Aufwertung von technologischen Lösungen, insbesondere von Reproduktionstechnologien, die Abwertung des Lebendigen und der Natur Hand in Hand gehe. Vandana Shiva, eine Preisträgerin des Alternativen Nobelpreises, veranschaulicht diese Problematik am Beispiel der modernen Pflanzenzucht. Sie argumentiert, dass sich selbst regenerierendes Saatgut heutzutage wird als „primitiv“ und als „rohes Ausgangsmaterial“ definiert wird, während hochgezüchtetes Saatgut, das aus sich heraus nicht mehr reproduzierbar ist – also Hybridsaatgut - als „fortschrittlich“ oder „verbessert“ gilt. Die Fähigkeit des Saatguts sich von Natur aus zu reproduzieren und die damit verbundene menschliche Arbeit, wird abgewertet und zum wertlosen Ausgangsprodukt umdefiniert. Das Bestreben in der modernen Pflanzenzüchtung geht dahin, die natürliche Reproduktionsfähigkeit des Lebens in eine Situation der Knappheit zu verwandeln, damit ein Marktwert erzielt werden kann. Der damit

erfolgte Wechsel von der „ökologischen Reproduktion zum technologischen Produktionsprozess“ hat gravierende Auswirkungen auf das soziale und ökologische Gefüge.

Wie in dem Diskussionspapier Globalisierung und Gesellschaftliche Naturverhältnisse festgehalten wird, macht die Umwandlung reproduktiver Potenziale für die technologische Produktion auch vor dem Menschen selbst nicht halt, wie man an den Entwicklungen der modernen Reproduktionstechnologien erkennen kann. Die gesellschaftlichen Haltung Frauen gegenüber reicht von einer respektvollen Anerkennung ihrer körperlichen Befähigung, „Leben zu schenken“, bis hin zur Reduktion von Frauen auf bestimmte Funktionen – zur „Frau als Ressource“. Es wird argumentiert, dass sich hinter dem Leitbild der Medizin, das den gesünderen Menschen, ein größeres Maß an reproduktiver Sicherheit und Gesundheit und damit eine glücklichere, effektivere Gesellschaft propagiert, eine kaum verhohlene Geringschätzung bisheriger Reproduktionsleistungen verbirgt. Die Reduktion von Menschen, Pflanzenarten oder Tierrassen – also die Reduktion des Lebendigen – auf die Erfüllung von gewissen Funktionen innerhalb eines Systems, können nicht mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung übereinstimmen. So gesehen wären nämlich spezifische Individuen oder Arten verzichtbar oder ersetzbar, wenn deren Funktion von anderen übernommen oder technisch substituiert werden können. Ihr Verlust würde dann nicht mehr mit der Auslöschung von Leben in Verbindung gebracht werden.

Es kann also festgestellt werden, dass sich der Naturbegriff vom Lebendigen löst und seine Körperlichkeit verliert. Leben mechanisch-technisch zu begreifen wird insbesondere durch die Fortschritte in der Gentechnologie wissenschaftlich legitimiert. Gertrude Klaffenböck weist hierbei insbesondere auch auf die Patente auf Leben, d.h. auf Gene, Tiere, Pflanzen und Teile des menschlichen Körpers, hin. Sie sieht in dem Einsatz der Gentechnik in der Lebensmittelherstellung einen Prozess, in dem die Entfremdung der Körperlichkeit und die Enteignung von Wissen Hand in Hand gehen. Diese Entwicklung gefährdet in weiterer Folge auch die Biodiversität.

Auf der Website von genanet ist festgehalten, dass Biodiversität ein Thema ist, das interdisziplinär bearbeitet werden muss und das wesentlich durch die bestehenden Geschlechterverhältnisse und die Trennung von Produktion und Reproduktionsarbeit beeinflusst wird. Der Hauptgrund für den Rückgang der Artenvielfalt ist die Intensivierung und Technisierung der Landwirtschaft, aber auch die Zerschneidung von Lebensräumen durch Verkehr oder die Veränderung des Klimas durch Treibhausgase. Diese Problematik lässt sich nicht allein mit umweltpolitischen Maßnahmen lösen, vielmehr beeinflusst die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten, konsumieren und wirtschaften unsere natürliche Umwelt.

Die Biodiversitätskonvention hebt die wichtige Rolle von Frauen bei der Biodiversitäts-Erhaltung hervor und betont die Notwendigkeit ihrer Beteiligung insofern als es in vielen Kulturen die Frauen sind, die beispielsweise für die Pflege und Weiterentwicklung von Saatgut zuständig sind. Einem Bericht der Eidgenössischen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit zufolge übernehmen Frauen weltweit eine entscheidende Rolle in der Landwirtschaft. In vielen Entwicklungsländern erzeugen sie mehr als 50% der Nahrungsmittel, in afrikanischen Ländern südlich der Sahara produzieren sie 80% der Nahrungsmittel, in Asien sind beinahe 90% der im Reisanbau beschäftigten Frauen. Gleichzeitig sind die Vorteile, die aus Erhaltung, nachhaltiger Nutzung und Verwendung genetischer Ressourcen entstehen, zwischen Männern und Frauen unterschiedlich verteilt und entsprechen nicht dem geleisteten Beitrag. Frauen haben meist rechtlich, ökonomisch und kulturell bedingt weniger Zugangsmöglichkeiten zu Ressourcen.

Feminisierung der Verantwortung

> *It did not take long for me to find out that, typically, women were the major victims of these acts and also the ones most eager to clean up the man-made messes* (Bella Abzug, 1994)

Die so genannte „Feminisierung der Umweltverantwortung“ wurde erstmals von Monika Weiland und Irmgard Schultz am Beispiel des Hausmülls problematisiert. In der Studie "Frauen und Müll – Frauen als Handelnde in der kommunalen Abfallwirtschaft" aus dem Jahr 1991 wurde erhoben, dass mit der Einführung der Abfalltrennung eine Ausweitung der Hausarbeiten verbunden ist, die aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung vor allem die Frauen trifft. Dies trifft auch auf andere ökologische und soziale Bereiche zu. Politische Maßnahmen greifen vielfach unreflektiert auf die unbezahlte Reproduktionsarbeit zurück, ohne sie jedoch entsprechend anzuerkennen.

Dieser Problematik wird KritikerInnen zufolge in politischen Konzepten nach wie vor nicht ausreichend Rechnung getragen. So ist in Kapitel 24 der Agenda 21 ist zwar festgehalten, das die Partizipation von Frauen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist. Es wird jedoch

insbesondere auf „Programme zur Stärkung des
Verbraucherbewusstseins und der aktiven Beteiligung von Frauen unter Hervorhebung ihrer führenden Rolle bei der Herbeiführung der für den Abbau oder die Abschaffung nicht nachhaltiger Verbrauchs- und Produktionsmuster notwendigen Veränderungen“ eingegangen. Weller (2004) bezeichnet gerade diese Forderung im Hinblick auf die Genderdebatte als problematisch. In dieser Formulierung würden Frauen auf ihre traditionelle Rolle als Hauptverantwortliche für die Alltagskoordination festgelegt und zugleich würde ihre Verantwortung auf umweltorientiertes Handeln und nachhaltigen Konsum ausgeweitet.

Christa Wichterich betont, dass somit die unbezahlten Sorgearbeiten aus der Ökonomie externalisiert würden, zugleich aber Frauen zur sozialen und ökologischen Eigenverantwortung angehalten würden. Dies gelte für die Entwicklungspolitik – in der man bemüht ist, das Selbsthilfepotential von Frauen zu aktivieren – ebenso wie in der lokalen oder nationalen Umweltpolitik. Die Delegation von Überlebensverantwortung vom Staat an die Privathaushalte oder lokalen Gemeinschaften und Kommunen führe schließlich zur Feminisierung der Verantwortung. Diese Einschätzung wird von Meike Spitzner geteilt. Sie spricht insbesondere die Verlagerung von öffentlichen Aufgaben in den Privatsektor an. Ihrer Ansicht nach erfolgt diese weit reichende Umorganisation wenig durchdacht und lediglich einer „Entstaatlichungs-Euphorie“ folgend. Spitzner äußert die Befürchtung, dass nicht nur für den sozialen und Umweltbereich eine „Feminisierung der Verantwortung” erfolge, sondern dass derzeit sogar eine Feminisierung der grundlegenden Gemeinwohlverantwortung, insbesondere der Daseinsvorsorge, betrieben wird.

Die „Feminisierung der Verantwortung” sowohl im sozialen sowie auch im Umweltbereich geht einher mit einer Ungleichverteilung was die “gesellschaftlichen Gestaltungsmacht” betrifft. Anstatt Frauen aufgrund der vielfach diagnostizierten, bereits bestehenden Doppelbelastung und Zeitnot von unbezahlter Arbeit zu entlasten, kommen aufgrund der geschlechtsspezifischen Zuweisung vermehrt Belastungen auf sie zu.

Kongress „Femme Globale - Geschlechterperspektiven im 21. Jahrhundert“

Vom 8. - 10. September 2005 veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung einen internationalen Kongress in Berlin rund um das Thema Geschlechterdemokratie. Die behandelten Themenkomplexe reichten von Gender Mainstreaming über Biopolitik bis zur Informationsgesellschaft. Ein Workshop von genanet beschäftigte sich mit der Frage „Gender Mainstreaming oder Utopien für eine andere (Um)Welt?“ Dabei wurde auch ein kritischer Blick auf das Instrument des Gender Mainstreaming geworfen und gefragt, ob nicht durch die Konzentration auf die Umsetzung dieser Strategie, die Ziele und Visionen über eine geschlechtergerechte und umfassend zukunftsfähige Gesellschaft verloren gegangen seien und damit die Mobilisierung einer kritischen Bewegung verhindert würde.

Partizipation und Empowerment

> *Women do not want to be mainstreamed into a polluted stream. We want to clean the stream and transform it into a fresh and flowing body. One that moves in a new direction—a world at peace, that respects human rights for all, renders economic justice and provides a sound and healthy environment.* Bella Abzug, WEDO (1920-1998)

Mit dem "Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung" (Kapitel 24 der Agenda 21) wird explizit unterstrichen, dass eine nachhaltige Entwicklung nur realisiert werden kann, wenn Frauen in die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse aktiv einbezogen werden. Auf der 3. Weltfrauenkonferenz in Nairobi im Jahr 1995 wurde der Begriff „Empowerment“ eingeführt, der Strategien und Maßnahmen umfasst, die das Maß an Selbstbestimmung und Autonomie im Leben der Menschen – insbesondere der Frauen –erhöhen sollen, ihre Belange selbstverantwortlich zu gestalten. Weller (2004) hält fest, dass „Empowerment“ weit über politische Partizipation und ökonomische Teilhabe hinausgeht. Dieser Prozess soll sowohl zur Erweiterung individueller und kollektiver Fähigkeiten als auch sozialer und politischer Handlungsspielräume führen.

Aktuellen Erkenntnissen der Weltbank zufolge bleiben jedoch trotz einiger Erfolge die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern nach wie vor in den meisten Ländern bestehen. Dies belegen Indikatoren wie die unverändert hohe Müttersterblichkeit, Unterschiede im Zugang zu höherer Schulbildung und medizinischer Basisversorgung sowie die Unterrepräsentierung von Frauen auf Regierungsebene. In einem Weltbank-Bericht, der die Verbindungen zwischen politischen Maßnahmen, der Genderfrage und dem Entwicklungsfortschritt

analysiert, wird festgehalten, dass jene Gesellschaften, in denen Frauen diskriminiert werden, tendenziell ein geringeres Wirtschaftswachstum und geringere Erfolge in der Armutsbekämpfung aufweisen.

Verteilungsgerechtigkeit

Was die Verteilungsgerechtigkeit betrifft, sprechen die Zahlen, die von der Weltbank vorgelegt werden, eine deutliche Sprache: Von den sechs Milliarden Menschen auf der Welt leben die Hälfte von weniger als 2 $ pro Tag und ein Fünftel lebt von weniger als 1 $. Die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern schaffen eine zusätzliche Belastung, und zwar nicht nur für Frauen, sondern für die gesamte Gesellschaft. Im Bericht der Vereinten Nationen wird angegeben, dass 70% der Armen weltweit weiblich sind. Frauen beziehen weltweit 10% aller Einkommen, besitzen 1% des globalen Vermögens, verrichten aber 70% der unbezahlten Arbeit. Zwei Drittel der AnalphabetInnen sind Frauen. In einem Bericht der ILO heißt es, dass von den 550 Millionen arbeitenden Armen - das sind jene Personen, deren Familien von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben müssen - 330 Millionen bzw. 60 Prozent Frauen sind. In einem Papier der Eidgenössischen Direktion für Entwickung und Zusammenarbeit ist festgehalten, dass Frauen aufgrund ihrer Stellung auch einen schlechteren Zugang zu Krediten haben als Männer. Sie hätten oft keine oder weniger Sicherheiten wie Grundstücke, Gebäude oder Vermögen vorzuweisen und würden von Banken abgewiesen. Es bestehe daher dringender Bedarf, lokale Banken zu stärken sowie deren Bereitschaft, günstige Kredite auszugeben zu erhöhen.

In abgeschwächter Form finden sich die beschriebenen Ungleichheiten auch in westlichen Industrieländern. Gertrude Klaffenböck führt an, dass auch in Österreich nach wie vor zwischen 70% und 80 % der Hausarbeit überwiegend von Frauen erledigt wird. In Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind, wird ein relativ höherer Anteil des Einkommens der Frau für gemeinsamen Konsum verwendet als des Einkommens des Mannes. Darüber hinaus hat auch hierzulande die Frauenarmut in den letzten Jahren stark zugenommen, besonders betroffen sind allein erziehende Mütter. Detaillierte Informationen zu Geschlechtsspezifische Disparitäten in Österreich finden sich in einem Bericht der Statistik Austria aus dem Jahr 2002. Ein aktueller Bericht zu "Frauen und Männer in Österreich" wird demnächst auf der Website des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen veröffentlicht.

Christa Wichterich führt die Armut darauf zurück, dass diese Menschen keinen oder nur sehr beschränkten Zugang zu Ressourcen, Einkommen und Macht haben und daher in besonderem Maße auf Gemeinschaftsgüter und öffentliche Güter zur Lebensabsicherung angewiesen sind. Gerade sie verlieren jedoch aufgrund der fortschreitenden Kommerzialisierung öffentlicher Güter ihre Nutzungsrechte an Überlebensressourcen wie Land, Wasser und Saatgut sowie die Zugangsrechte zu sozialer Grundsicherung. In diesem Zusammenhang werden internationale Abkommen wie z.B. das GATS (General Agreement on Trade in Services) von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie beispielsweise feministAttac kritisiert. Auch Gabriele Michalitsch führt an, dass Privatisierung nicht nur die Verschiebung bisher öffentlicher Leistungen in den Marktbereich bedeutet, sondern auch in die unbezahlte Versorgungsarbeit, wo sie Frauen in aller Welt zusätzlich belastet.

Gestaltungsmacht

Die Forderung, die Zivilgesellschaft – und zwar insbesondere auch Frauen - an der politischen Entscheidungsfindung teilhaben zu lassen, ist in internationalen Aktionsprogrammen wie der Agenda 21 oder der Aarhus Konvention verankert. In der Praxis stößt die Umsetzung jedoch aufgrund der ungleichen Machtverhältnisse und tradierter sozialer und kultureller Strukturen auf Schwierigkeiten. Vor allem verhindern die streng hierarchischen Strukturen auch das Vordringen von Frauen in herkömmliche Entscheidungspositionen. In der Europäischen Union ist man bemüht, diese Ungleichheiten zu beseitigen und die Beteiligung an Entscheidungsprozessen transparent zu machen. Hierzu wurde die Datenbank Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen eingerichtet, die einen Einblick gibt, wie die Geschlechterverteilung in europäischen Institutionen aussieht.

Frauen haben insbesondere aufgrund ihres mangelnden Zugangs zu Ressourcen häufig wenig Gestaltungsmacht über ihr Leben. Meike Spitzner stellt fest, dass Frauen zu so genannter „ohnmächtiger Über-Verantwortung“ tendieren. Das heißt, sie übernehmen häufig die Verantwortung für Geschehnisse, die nicht im

Bereich ihrer Gestaltungsmacht liegen. Spitzner fordert nicht nur den Abbau der Hierarchie der Geschlechter, sondern den Abbau von „Herrschaftlichkeit“ insgesamt. Frauen, die heutzutage in der Hierarchieleiter hochklettern, erfahren nur Anerkennung, wenn sie sich den vorhandenen Strukturen anpassen. Dieser „Vermännlichungsdruck“ stehe dem Abbau der Geschlechterhierarchie entgegen. Braidotti (1994) stellt fest, dass es nicht ausreicht, Frauen Zugang zu Stellungen zu verschaffen, die vorwiegend Männer innehaben, also z.B. in Parlament, Kirche oder Universität. Entscheidend sei vielmehr, dass Frauen als Neulinge in diesen Stellen das Recht eingeräumt werde, die Strukturen so zu verändern, dass sie für beide Geschlechter weniger diskriminierend sind.

Die Gestaltungsmacht von Frauen ist aber bereits auf viel persönlicherer Ebene bereits limitiert. Frauen sind häufig Opfer familiärer Gewalt, haben keinen Zugang zu adäquater medizinischer Versorgung oder zu Verhütungsmitteln. Auf internationaler Ebene, z.B. der OECD will man zur Verbesserung der Situation von Frauen – insbesondere in Entwicklungsländern - durch bessere Möglichkeiten zur Familienplanung, d.h. durch Aufklärung, Bereitstellung von Verhütungsmitteln etc., beitragen. Bei diesem Ansatz wird die Familiengröße in direkte Verbindung mit Armut gesetzt, welche wiederum als Ursache für die fortschreitende Umweltzerstörung betrachtet wird. Braidotti (1994) führt an, dass der Bevölkerungsfonds (UNFPA) der vereinten Nationen in der Reduzierung des Bevölkerungswachstums die kosteneffizienteste Strategie sieht, das Ausmaß der Umweltzerstörung zu reduzieren. Diese starke Effizienzorientierung und der westlich geprägte Entwicklungsbegriff der Top-Down-Ansätze von Seiten der UN, OECD oder Weltbank, die auf eine Produktivitätssteigerung des weiblichen Human- und Sozialkapitals abzielen, stößt insbesondere bei Aktivistinnen (z.B. DAWN) aus dem Süden auf starken Widerstand. Sie setzen auf ein Empowerment-Konzept, das Frauen in die Lage versetzen soll, sich Rechte, Ressourcen und Geschlechtergerechtigkeit wie auch selbstbestimmte Überlebenswege zu erkämpfen.

Sustainable Livelihood

Alternativkonzepte von Frauen zu Rio und Johannesburg

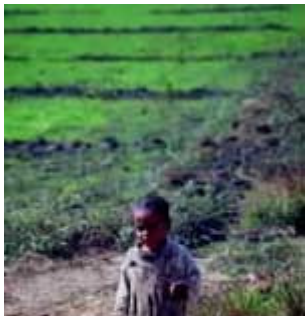
Auf dem Weltfrauenkongress für einen gesunden Planeten, der 1991 in Miami zur Vorbereitung der UN-Konferenz von Rio stattfand, forderten die Teilnehmerinnen mit dem Sustainable-Livelihood-Ansatz einen tiefgreifenden Wandel menschlicher Werte und menschlichen Wirtschaftens, einen Paradigmenwechsel, der herrschende Entwicklungsstrategien und ihre Orientierung an der globalen Marktwirtschaft überwindet. Die Forderungen der Frauen sind in der Women’s Action Agenda 21 festgehalten.

Women's Action Agenda for a Healthy and Peaceful Planet 2015 (2002)

Weiterführende Informationen zum Beitrag von Frauen im Wirkungsfeld der UN-Konferenzen 1992 und 2002 finden Sie auf der Heinrich-Böll-Stiftung

Internationale Frauennetzwerke
DAWN - Development Alternatives with Women for a New Era
WEDO Women’s environment & development organization
WIDE - Netzwerk Women in Development Europe

Das Konzept nachhaltiger Entwicklung wie es im Brundtland Report oder der Agenda 21 definiert wird, wird nicht allerorts unkritisch angenommen. Katz et al. heben hervor, ein Großteil der Kritik daher rührt, dass es zu stark an der ökonomischen Verwertungslogik orientiert sei, die Reproduktionssphäre nicht ausreichend berücksichtige und Konzepte ausblende, die auf Ganzheitlichkeit beruhen. An diesem Punkt setzte auch die Kritik von Frauennetzwerken vor der Rio-Konferenz von 1992 an.



Das Süd-Frauennetzwerk „Development Alternatives with Women for a New Era“ (DAWN) hat dem Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ jenes des “sustainable livelihood” (dt. etwa „nachhaltige Lebensgrundlagen“) entgegengesetzt. Livelihood umfasst die Summe aller materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Existenzsicherung und setzt bei lokalen Lebensbedingungen, der Überlebenssicherung und den Alltagserfahrungen von Frauen an und steht damit im Gegensatz zum Konzept nachhaltiger Entwicklung, das eine eine Makrostrategie umfasst. DAWN nannte den Ansatz „nachhaltige Entwicklung“ einen Widerspruch in sich selbst, denn Entwicklung, die wie in der Agenda 21 über Wirtschaftswachstum, Handelsliberalisierung und Effizienz definiert sei, stehe der Erhaltung und dem Schutz der Ressourcen entgegen.

Vertreterinnen des Livelihood-Ansatzes fordern einen Machtzuwachs – was insbesondere auch die Verfügungsrechte über die Ressourcen betrifft - für jene, die die Verantwortung für die Überlebenssicherung tragen.

Auch WissenschaftlerInnen aus westlichen Industrieländern, wie z.B. Beate Littig sehen in den vorherrschenden nördlichen bzw. westlichen umweltzerstörenden Produktions- und Konsumtionsweisen die Ursache für die globalen sozial-ökologischen Probleme. Diese Perspektive führt in letzter Konsequenz zur Infragestellung der Organisation unserer Erwerbs- Arbeitsgesellschaften und der damit verbunden Massenproduktion und -konsumtion.

Dokumente, Hintergrundinfos, Links

>> zurück >> zum Beginn >> weiter

Bücher

- Beauvoir, Simone de: Le deuxième sexe (dt.) Das andere Geschlecht : Sitte und Sexus der Frau, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt , 1987
- Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria/von Werlhof, Claudia: Frauen, die letzte Kolonie: zur Hausfrauisierung der Arbeit;. Zürich: Rotpunktverlag, 1992
- Biffl, Gudrun: Die Rolle zivilgesellschaftlicher Institutionen und des Gender Mainstreaming bei der Bekämpfung von sozial- und gesellschaftspolitischer Benachteiligung, 2002
- Braidotti, Rosi: Women, the environment and sustainable development: towards a theoretical synthesis - London: Zed books, 1994
- Fox Keller, Evelyn: Reflections on gender and science (dt.) Liebe, Macht und Erkenntnis: männliche oder weibliche Wissenschaft? – München, Wien: Hanser, 1986
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich: Mythen globalen Umweltmanagements, Westfälisches Dampfboot, 2002
- Merchant, Carolyn: Der Tod der Natur: Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft, München: Beck, 1987
- Mies, Maria: Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung, Zürich: Rotpunkt, 1992
- Nebelung, Andreas et al.: Geschlechterverhältnisse - Naturverhältnisse. Feministische Auseinandersetzungen und Perspektiven der Umweltsoziologie, Opladen: Leske & Budrich, 2001
- Schachtner, Christina: Architektinnen der Zukunft, Lokale Frauenprojekte im Kontext der Globalisierung, oekom verlag München, 2005
- Trallori, Lisbeth N.: Die Eroberung des Lebens. Technik und Gesellschaft an der Wende zum 21. Jahrhundert, Wien, Verlag für Gesellschaftskritik, 1996
- Weller, Ines: Nachhaltigkeit und Gender, München: Ökom-Verlag, 2004

Diskurs

- abfallGUT (2003) Arbeit auf Teufel komm raus: Sinn und Unsinn von Erwerbsarbeit
- Behrend, Hanna/Döge, Peter (2001) Nachhaltigkeit als Politische Ökologie - Eine Kontroverse über Natur, Technik und Umweltpolitik
- Bundesanstalt Statistik Österreich (2002) Geschlechtsspezifische Disparitäten
- Deutsches Bundesministerium für Bildung und Forschung (2004) Steuerung und Transformation – Überblick über theoretische Konzepte in den Projekten der sozial-ökologischen Forschung
- Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten (2005) Issue Paper - Gender spezifische Auswirkungen von multilateralen (WTO) und bilateralen Handelsregeln
- genaStudie 1 (2004) Positionen zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aus der Geschlechterperspektive. Frankfurt a.M. 2004
- Heinrich-Böll-Stiftung (2000) Gender & Environment in der praktischen Umweltpolitik, Werkstattgespräch der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesumweltministerium am 21. September 2000 in Berlin
- Heinrich-Böll-Stiftung (2002) Alles Gender? Oder Was? Theoretische Ansätze zur Konstruktion von Geschlecht(ern) und ihre Relevanz für die Praxis in Bildung, Beratung und Politik, Schriften zur Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 1, Heinrich-Böll-Stiftung, 2002
- Klaffenböck, Gertrude (2005) Genderperspektiven für den Bereich Grüne Gentechnik - Hintergründe und

politische Positionen, genaStudie 8
- Littig, Beate (2002) Gesellschaftliche Naturverhältnisse und nachhaltige Entwicklung: Überlegungen zur Konzeption nachhaltiger Arbeit
- Michalitsch, Gabriele: Private Liebe statt öffentliche Leistung. Geschlechterimplikationen von Privatisierung. In: Kurswechsel 3/2004, S. 75-85
- Mies, Maria: Globalisierung, Frauen und Widerstand
- Rodenberg, Birte: Von starken Frauen und schwacher Nachhaltigkeit - Die Welt-Umweltkonferenz in Rio 1992 und ihr Folgeprozess,
- Rüling, Anneli (1999) Arbeitszeit und Reproduktionsarbeit - Zusammenhänge und Wechselwirkungen am Beispiel der Teilzeitarbeit, WZB-Papier
- Schön, Susanne et al. (2002) Gender und Nachhaltigkeit. Sondierung eines unübersichtlichen Forschungsfeldes, Discussion paper Nr. 01/02
- Spitzner, Meike/Beik, Ute: Soziale Aspekte der Mobilität. Untersuchung des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie im Auftrag der Enquete-Kommission „Zukunft der Mobilität".
- Thielmann, Gabriele et al. (2005) Frauen im Bereich der „Erneuerbare Energien-Wirtschaft", Ergebnisse einer Umfrage bei Initiativen, Verbänden und Unternehmen, genaStudien 6
- Wichterich, Christa: Gender Matters - Zur Vergeschlechtlichung von Arbeit auf globalisierten Märkten
- Wichterich, Christa: Strategische Verschwisterung, multiple Feminismen und die Glokalisierung von Frauenbewegungen
- Wichterich, Christa (2004) Überlebenssicherung, Gender und Globalisierung
  Soziale Reproduktion und Livelihood-Rechte in der neoliberalen Globalisierung
- Zulehner, Paul M./Slama, Andrea (1994) Österreichs Männer unterwegs zum neuen Mann? Wie Österreichs Männer sich selbst sehen und wie die Frauen sie einschätzen, hg. v. BMJF, Wien 1994.
- Zulehner, Paul M./Volz, Rainer (1998) Männer im Aufbruch. Wie Deutschlands Männer sich selbst und wie Frauen sie sehen. Ein Forschungsbericht, Ostfildern 1998, (2) 1998, Schwabenverlag.

Gender Mainstreaming

- Aufhauser, Elisabeth, Herzog, Siegrun, Hinterleitner, Vera, Oedl-Wieser, Theresia, Reisinger, Eva (2003): Grundlagen für eine Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung. Hauptband. Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Abteilung IV/4. Wien.
- Aufhauser, Elisabeth, Herzog, Siegrun, Hinterleitner, Vera, Oedl-Wieser, Theresia, Reisinger, Eva (2003): Grundlagen für eine Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung. Kurzfassung. Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Abteilung IV/4. Wien.
- Aufhauser, Elisabeth, Herzog, Siegrun, Hinterleitner, Vera, Oedl-Wieser, Theresia, Reisinger, Eva (2003): Grundlagen für eine Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung. Kartenteil. Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Abteilung IV/4. Wien.
- Aufhauser, Elisabeth, Herzog, Siegrun, Hinterleitner, Vera, Oedl-Wieser, Theresia, Reisinger, Eva (2003): Grundlagen für eine Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung. Summary. Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Abteilung IV/4. Wien.
- Bergmann, Nadja et al. (2003) „Nationale und internationale Umsetzungsbeispiele zur Umsetzung von Gender Mainstreaming ", Bericht im Auftrag des Frauenbüros der Stadt Wien
- Blickhäuser, A./von Bargen, Henning (2003) Wege zu Gender-Kompetenz – Gender Mainstreaming mit Gender-Training umsetzen; Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung
- BRIDGE – Oxaal, Z and S. Baden (1997) Gender and Empowerment: Definitions, Approaches and Implications for Policy. Sussex: Institute for Development Studies, 1997.
- Buchholz-Will, Wiebke (2005) Beteiligungsmodelle erneuerbare Energien/Windkraftanlagen – nur für männliche Besserverdiener? Eine kritische Untersuchung der gegenwärtigen Fondspraxis und ihrer steuerlichen Rahmenbedingungen, genaStudien 5
- Bundesministerium für Bildung,Wissenschaft und Kultur (2001) Handbuch Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung
- Deutsches Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005) Work Life Balance - Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität Analyse der volkswirtschaftlichen Effekte
- Deutsches Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003) Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme, Bericht der Kommission
- Deutsches Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (2004) Gender-Mainstreaming - Ein neuer Ansatz in der Regionalentwicklung
- Europarat / Berichterstattergruppe für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern: Gender Mainstreaming - konzeptueller Rahmen, Methodologie und Beschreibung bewährter Praktiken (deutsche Übersetzung durch die österreichische Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz), Straßburg,1998.
- Färber, Christine et al. (2001) Gender Mainstreaming und Städtebaupolitik, Expertise im Auftrag des

deutschen Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2002) Gender Macht Politik, 10 Fragen und Antworten zum Konzept Gender Mainstreaming
- Hayn, Doris/ Schultz, Irmgard (2004) Wissenschaftliche Begleitung zur Einführung des Gender Mainstreaming in die Regelpraxis des BMU, Abschlussbericht.
- Gender Mainstreaming in Deutschland - Auf dem Weg zu geschlechtergerechter Umweltpolitik
- Kalmár, Monika et al. (2004) Kennzahlen zum Gender Mainstreaming der Wiener Wohnbevölkerung 1996–2003, Studie im Auftrag des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (WAFF)
- Katz, Christine et al. (2004) Globalisierung und gesellschaftliche Naturverhältnisse
- Knoll, Bente, Szalai, Elke (2005) Gender und Bildung für Nachhaltige Entwicklung, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1996) Mitteilung der Kommission „Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft. KOM (96) 67. Brüssel, 21.02.1996
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1998) Leitfaden zur Bewertung geschlechterspezifischer Auswirkungen
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000a) Der neue Programmplanungszeitraum 2000-2006: Technisches Papier 3 Einbeziehung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in die Strukturfondsmaßnahmen
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000b), Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen 'Für eine Rahmenstrategie der Gemeinschaft zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern (2001-2005). KOM (2000) 335, Brüssel.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bericht der ETAN-Expertinnenarbeitsgruppe „Frauen und Wissenschaft“ (2001) Wissenschaftspolitik in der Europäischen Union - Förderung herausragender wissenschaftlicher Leistungen durch Gender Mainstreaming
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2003) Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Europäischen Union – Jahresbericht 2002
- Koordinationsstelle für Gender Mainstreaming im ESF (2004) PraxisHandbuch Gender Mainstreaming
- Lindsten, Simone (1998) The equality reflex, Gemeindeverwaltung von Vastra, Götland, Schweden
- Lindsten, Simone (2000) Women in Politics - A survival guide for Female Politicians and Decision Makers
- ÖROK, Gender Mainstreaming in der Österreichischen Regionalpolitik
- Schultz, Irmgard/Hummel, Diana (2002) Der Zusammenhang von Gender und Technik Ergebnisse einer Gender-Analyse des EU-Programms „Environment and Sustainable Development“ von, Institut für sozialökologische Forschung (ISOE) GmbH
- Woodward, Alison E. (2001) Gender Mainstreaming in European Policy: Innovation or Deception?
- Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung, Wien 2004

Offizielle Berichte

- ILO (2004a) Global Employment Trends for Women
- ILO (2004b) Breaking through the glass ceiling, Women in Management; Update 2004
- ILO (2005) World Employment Report 2004-05, Employment, Productivity and Poverty Reduction
- Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie
- Vereinte Nationen (2005) Millennium Development Goals Report 2005
- World Bank (1995) Toward Gender Equality
- World Bank (2001) “Engendering Development - Through Gender Equality in Rights, Resources and Voice”
- World Bank (2002) Integrating Gender into the World Bank’s Work: A Strategy for Action
- World Bank (2005) Improving women' s lives: World Bank actions since Beijing Vol. 1 of 1

Websites

- Amnesty International, Frauenlinks
- Arbeitskreis für interdisziplinäre Männer- und Geschlechterforschung
- Agenda 21, Kapitel 24
- Agenda Ya Wananchi
- Bundeszentrale für Politische Bildung, Gender Mainstreaming Links
- BMU Gender Links

- DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era)
- EQUAL (Beschäftigungsinititative – gegen Diskriminierung)
- EU-Datenbank Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen
- EU-Seite zur Gleichstellung von Männern und Frauen
- FemTech - Frauen in Forschung und Technologie
- FeministAttac
- fFORTE - Frauen in Forschung und Technologie
- Frauen in Naturwissenschaft und Technik e.V.
- GeM
- genanet - Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit
- GenderKompetenzZentrum
- Gender Mainstreaming.net
- Gender Perspectives for Earth Summit 2002
- Global Marshall Plan
- Heinrich Böll Stiftung
- Heinrich Böll-Stiftung, World Summit 2002 in Johannesburg
- ILO (International Labour Organisation)
- Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming
- ISOE - Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) GmbH
- ISOE Tagung
- International Women`s Rights Action Watch
- Koordinationsstelle für Geschlechterstudien, Frauenforschung und Frauenförderung an der Karl Franzens Universität Graz
- LIFE - Frauen entwickeln Ökotechnik e.V.
- Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland
- Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften
- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development)
- Statistik Austria
- Territoriale Beschäftigungspakte in Österreich
- World Bank Development Indicators
- World Bank Gender & Development
- World Bank Gender Statistics
- OECD (2001) Poverty-Environment-Gender Linkages
- Pilotprogramm Gender, Linkliste
- UN-INSTRAW
- UNDP, Gender Mainstreaming in UNDP
- UNIFEM (UN Development Fund for Women)
- UN-Millenium Development Goals (Milleniums-Entwicklungsziele)
- United Nations, Women Watch
- United Nations Statistics Division
- Verein Frauen in Naturwissenschaft und Technik
- WECF - Women in Europe for a Common Future
- WEDO Women's environment & development organization
- WIDE (Netzwerk Women in Development Europe)
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
- Women's Action Agenda for a Healthy and Peaceful Planet 2015 (2002)
- Womenwatch:

Gastkommentare

>> zurück >> zum Beginn >> weiter

Angela Franz-Balsen, Universität Lüneburg & Peter Döge, TU Braunschweig

Elisabeth Freytag, Lebensministerium

Roswitha Hofmann, Wirtschaftsuniversität Wien

Marie Jelenko, Wirtschaftsuniversität Wien

Eva Kail, Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen

Ully Leitner & Ulrike Schmalzer, Projekt CHIRON

Interview mit Beate Littig, Institut für Höhere Studien

Theresia Oedl-Wieser, Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Sybille Pirklbauer, Arbeiterkammer Wien

Günter Salchner, Geschäftsführer des Leader-Vereins Regionalentwicklung Außerfern

Doris Hammermüller, Geschäftsführerin der AEE-Arbeitsgemeinschaft ERNEUERBARE ENERGIE NÖ-Wien

Gabriele Gerhardter, FFG Forschungsförderungsgesellschaft mbH

Falls Sie der Ansicht sind, dass in diesem Monatsthema zu viele Frauen zu Wort kommen,
bedenken Sie bitte: wenn es umgekehrt wäre… es würde Ihnen nicht auffallen!

Angela Franz-Balsen (Universität Lüneburg) & Peter Döge (TU Braunschweig)

Wider den Pessimismus

Liest man aktuelle deutschsprachige Artikel zum Thema Gender Mainstreaming und Genderforschung, könnte man wehmütig werden. So pessimistisch wird der „State of the Art“ beurteilt: Der Neoliberalismus halte Einzug in die Geschlechterdiskurse, in den Institutionen gehe es nur um die Abschöpfung weiblicher Potenziale als Human Resources, in der Wissenschaft gerieten die feministischen Standpunkte ins Abseits. Und überhaupt, es sei nicht viel geschehen, seit die EU Gender Mainstreaming zum Instrument ihrer Gleichstellungspolitik gemacht habe.

Das Problem besteht wohl eher darin, dass diejenigen, die diesen Pessimismus verbreiten, Gender nicht wirklich denken können – oder wollen. Sich mit Gender auseinandersetzen, heißt Lernen, neue Perspektiven auf klassische Themen zulassen. Und dies verlangt Offenheit.

Etliche haben diese Offenheit gezeigt. In Bildung und Forschung sind in den vergangenen Jahren Entwicklungen zu verzeichnen, die noch vor zehn Jahren undenkbar waren und die dem wissenschaftlichen und politischen Erfolg der Kategorie Gender zu verdanken sind. Richten wir den Blick auf die Hochschulen: Der Gender-Begriff – der die soziale Konstruktion von Geschlecht und damit die gesellschaftlichen Konstrukte von Männlichkeit und Weiblichkeit beschreibt – hat in Forschung und Lehre das Geschlechterthema aus dem Abseits in die Breite akademischen Arbeitens geholt. Hier geht es allerdings auch weniger um Gleichstellung als um die Neuentdeckung der Welt mit der Gender-Brille. Die Genderforschung hat blinde Flecken in den Disziplinen aufgezeigt und methodisch innovative Impulse gesetzt. Die neu entstandenen Strukturen an den Hochschulen, Zentren für Frauen- und Geschlechterforschung oder Genderkompetenzentren, haben die Freiheit, interdisziplinäre Forschungssprojekte anzustoßen und fachbereichsübergreifend Lehrveranstaltungen anzubieten. Und damit sind Öffnungs- und Veränderungsprozesse in Gang gekommen, die sich im Rahmen der aktuellen Reformen (Stichwort „Bologna-Prozess“) als modellhafte Schritte zur Erneuerung der Hochschulen darstellen. Ist es nicht ein großer Schritt nach vorne, wenn der Autor als männlicher Geschlechterforscher am Genderkompetenzzentrum einer technischen Universität tätig ist und mit seinen Veranstaltungen Männer in technischen Disziplinen für Genderfragen sensibilieren kann? Und ist es nicht ein Fortschritt, wenn an der Universität der Autorin ein umfassendes Programm „Gender-Kompetenz in der Hochschuldidaktik“ für alle Lehrenden angeboten wird? Denn immer noch müssen die meisten Lehrenden selbst erst lernen, die permanente, diskriminierende Konstruktion von Geschlecht zu erkennen.

Im Komplex „Gender & Nachhaltigkeit“ werden gleich zwei Innovationsstränge zusammen gebracht – auch Nachhaltigkeit macht es erforderlich, altbekannte Gegenstände unter neuem Blickwinkel zu betrachten. Die Nachhaltigkeitsforschung und die „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ verlangen ebenfalls nach Interdisziplinarität und neuen Lern- und Arbeitsformen. Fassen wir Gender & Nachhaltigkeit in Fragestellungen zusammen, muss das Blickfeld um die sozialen und kulturellen Aspekte von Nachhaltigkeit erweitert werden. Themenfelder wie Konsum, Mobilität oder Wasser erschließen sich dabei nur über komplexes Denken. Dann aber wird in der Tat „neues Wissen“ generiert. Dann wird deutlich, wie viel (Nicht)Nachhaltigkeit mit der sozialen Konstruktion von Geschlecht zu tun hat. Dann wird deutlich, dass Nachhaltigkeit als normatives Leitbild vor allem mit den gängigen Leitbildern von Männlichkeit (Dominanz, Erfolg, u.a. durch Ausbeutung von Menschen und Ressourcen) nicht kompatibel ist. Diese aber sind tief in den Köpfen (auch vieler Frauen) und in den gesellschaftlichen Strukturen verankert.

Deshalb lautet die Herausforderung für alle, die auf der Schnittstelle von Gender & Nachhaltigkeit forschen und lehren: Gender muss sichtbar gemacht werden – als Barriere, die nachhaltige Entwicklung behindert. Der publizierte Pessimismus sollte uns in dieser wichtigen Aufgabe nicht verunsichern und schon gar nicht von ihr abhalten.

Dr.in Angela Franz-Balsen, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation der Universität Lüneburg; vertritt Gender & Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre; Genderkompetenzprogramm Universität Lüneburg

Dr. Peter Döge, Männerforscher, Technische Universität Braunschweig
Vorstandsmitglied des Instituts für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung
Braunschweiger Zentrum für Gender Studies

Elisabeth Freytag (Lebensministerium)

Gender und Nachhaltigkeit

Gender Mainstreaming ist eine Strategie zur Erreichung der Gleichstellung von Männern und Frauen. Gender Mainstreaming wird in vielen Fällen Frauenförderung sein, gleicher Lohn für gleiche Arbeit gehört da ebenso dazu wie Frauen in Führungspositionen, Männerkarenz, um die Benachteiligung von Frauen bei der Arbeitssuche und er Karriereplanung zu beseitigen und vieles mehr. Gender Mainstreaming ist aber im Gegensatz zur reinen Frauenförderung an beiden Geschlechtern orientiert und richtet sich vermehrt an Menschen in Führungspositionen, die die Möglichkeit haben Entscheidungen zu treffen und Rahmenbedingungen zu gestalten.

Was hat nun Gender Mainstreaming mit Nachhaltigkeit zu tun ? Sehr viel finde ich. GM ist in der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie verankert und setzt sich zum Ziel bis 2010 einen gleichen Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten von Männern und Frauen sicherzustellen und gleichzeitig eine qualitative Neuorientierung herbeizuführen. Das heißt die Doppel- und Dreifachbelastung, die durch Beruf und Familie entsteht soll gerechter auf die Geschlechter aufgeteilt werden, Nicht-Erwerbsarbeit einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft bekommen.

In meiner Funktion als Gender Mainstreaming Beauftragte des Lebensministeriums haben wir bereits eine Reihe konkreter Aktivitäten gesetzt, um das Prinzip GM im Haus bekannt zu machen.

Wir haben die Arbeitsgruppe erweitert und insbesondere um engagierte Männer ergänzt, da GM eben auch aber nicht nur Frauenförderung ist. Wir haben den Generalsekretär und den Minister informiert, einen Folder gestaltet und mit der MitarbeiterInnenzeitung verteilt, wir haben im Rahmen eines Frühstücks mehrere hundert MitarbeiterInnen informiert und der Minister so wie viele Führungskräfte des Hauses haben sich sozusagen öffentlich zu GM bekannt. Im Rahmen der Erarbeitung des internen und externen Leitbildes des Lebensministeriums wurde heftig darüber diskutiert und vom Generalsekretär festgehalten, dass GM Teil der Kultur unseres Hauses ist (es ist auch schriftlich festgehalten, dass „die Gleichstellung von Frauen und Männern für uns selbstverständlich ist“.

Besonders freut es mich, dass es uns gelungen ist, im Organisationshandbuch zu verankern, dass ALLE Schriftstücke geschlechtergerecht und zwar in der Version „-Innen“ formuliert werden. Ich persönlich bin sensibel gegenüber Sprache, finde dass Sprache Bewusstsein schafft und es daher wichtig ist in der Sprache

zum Ausdruck zu bringen, dass es eben auch Expertinnen, Bürgerinnen und Beamtinnen gibt. Das Organisationshandbuch hat formal den Charakter einer Weisung, sodass tatsächlich ein sehr hoher Prozentsatz der Bediensteten sich an die Vorgabe hält. Als nächsten Schritt wollen wir verankern, dass es keine Veranstaltung mehr geben darf, wo nur männliche Referenten und Moderatoren auftreten (wobei die Variante gescheite Männer werden von hübscher junger Frau moderiert auch nicht die gewünschte ist).

Wir engagieren uns im Rahmen der Initiativen des Finanzministeriums für Gender Budgeting, das heißt dass man sich bei Budgetentscheidungen überlegen soll, welche Auswirkungen Maßnahmen auf die Geschlechter haben oder haben können (mir persönlich gefällt das Beispiel der Gemeinde gut, die einen Sportplatz baut und sich dessen bewusst ist, dass der mehr den Burschen als den Mädchen zugute kommt und dafür dann einen Gymnastikraum bei dem das Umgekehrte gilt – das heißt Männerförderung ist ebenso zulässig wie Frauenförderung, aber EntscheidungsträgerInnen sollten sich dessen bewusst sein, wen sie fördern – wozu es Daten braucht, die derzeit nicht immer vorhanden sind, weil zb immer noch nicht alle relevanten Statistiken nach Geschlechtern getrennt sind).

Im Rahmen der Vorbereitung der österreichischen EU-Präsidentschaft im 1. Halbjahr 2006 startete das Lebensministerium das Projekt „Greening the Presidency“. Es sollen alle Veranstaltungen so umweltgerecht und nachhaltig wie möglich organisiert werden, um zu zeigen, dass wir die Prinzipien, die wir vertreten auch leben. Es geht darum wohlgemerkt nicht nur um Events unseres Hauses sondern um die Präsidentschaft als solche, vor allem auch die Hofburg (in der als sogenannter Permanenter Konferenzfazilität die meisten Konferenzen stattfinden werden). Gender Mainstreaming ist eines der Kriterien, die zur Definition von Nachhaltigkeit gewählt wurden – das heißt es sollen Männer und Frauen an Veranstaltungen als RednerInnen, DiskutantInnen, etc teilnehmen. Geschlechtergerechte Sprache wünschen wir uns auch – das Unverständnis demgegenüber ist allerdings leider in vielen Institutionen und nicht nur bei männlichen Entscheidungsträgern hoch.

Gut Ding braucht Weile aber steter Tropfen höhlt den Stein und so wie das Konzept der nachhaltigen Entwicklung nur langsam in den Köpfen und Herzen ankommt so ist es wohl auch mit Gender Mainstreaming.

Mag.a Elisabeth Freytag, Gender Mainstreaming Beauftragte im Lebensministerium

---

Roswitha Hofmann, Wirtschaftsuniversität Wien

Wissensgesellschaft: Nachhaltig und gendergerecht?

In den letzten Jahrzehnten wurden Gesellschaften „westlicher“ Prägung zunehmend als „Wissensgesellschaften“ beschrieben, Gesellschaften also, die ihre Wertschöpfung immer weniger aus materieller Produktion ziehen und immer mehr aus der Herstellung und der innovativen Anwendung von Wissen. Wissen, so ist immer wieder zu lesen, stellt gegenwärtig den vierten Produktivitätsfaktor neben Kapital, Arbeit und Boden dar. Diskurse zur „Wissensgesellschaft“ besitzen demnach nicht nur diskursgeschichtlich einen vorwiegend ökonomischen Fokus, sie bilden eine äußerst anschlussfähige Narration im gegenwärtigen sozio-politischen und ökonomischen Klima „westlicher“ Gesellschaften.

Die zunehmend zu Tage tretenden Risiken und Problemlagen kapitalistisch-neoliberal ausgerichteter Ökonomie- und Politiksysteme - in Form von Umweltvernichtung, der Aufrechterhaltung und Etablierung von Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnissen, der Fragmentierung von Arbeits- und Existenzweisen, der weltweit zunehmenden Chancenungleichheit u.v.m. - brachten politische Diskurse zur nachhaltigen Entwicklung auf den Weg. Die zunehmende Desintegration von Menschen in Produktions- und Konsumprozesse sowie die Gefährdung von Ressourcen machte diese Diskurse auch für den ökonomischen Bereich anschlussfähig. Auch im europäischen Raum wurde das politisch-ökonomische Konzept der Wissensgesellschaft mit Zielen der nachhaltigen Entwicklung verschränkt. Mit beiden Konzepten ist der Anspruch verbunden, gesellschaftliche Inklusion zu unterstützen und Exklusionsmechanismen zu bewältigen. Nicht zuletzt aufgrund dieses explizit erhobenen Anspruchs integrativer Wirkmächtigkeit verdient die Verschränkung der beiden Diskurse eine genauere Betrachtung. Aus Sicht einer gender- und diversitätstheoretischen Perspektive stellt sich die Frage, inwiefern im Rahmen dieser Konzepte soziale, ökonomische und politische Problemen hinsichtlich der nach wie vor existierenden Geschlechterhierarchie, Rassismen u.a.m. und den damit verbundenen Effekten der Ungleichbehandlung und Chancenungleichheit entgegengewirkt wird. Um das integrative Potential einer „nachhaltigen Wissensgesellschaft“ im Hinblick auf Geschlechter- und Diversitätsgerechtigkeit beurteilen zu können, darf m. E. nicht erst bei der

Konzeptualisierung und Beurteilung von Maßnahmen, wie beispielsweise bei Programmen zur Überwindung des „digital divides“ angesetzt werden. Inklusions- und Exklusionsmechanismen wirken bereits in den diskursiven Konstruktionen von „Wissensgesellschaft“ und „nachhaltiger Entwicklung“ durch unhinterfragte und tabuisierte Grundannahmen, sowie Legitimierungsmechanismen. So stellt sich aus gender- und diversitätstheoretischer Sicht die grundsätzliche Frage, warum sich die Vision von einer „nachhaltigen Wissensgesellschaft“ - und nicht ein anderes Gesellschaftsbild - im gegebenen soziopolitischen und ökonomischen Rahmen durchsetzen konnte und welche Zwecke diese Konzeption auf ökonomischer und politischer Ebene erfüllt. Gender- und diversitätstheoretische Zugänge stellen somit insbesondere die Frage nach den in diesen Konzepten enthaltenen Machtverhältnissen. Im Rahmen eines solchen diskursanalytischen Ansatzes wird beispielsweise relativ rasch deutlich, dass sich in den letzten Jahrzehnten jene Nachhaltigkeitskonzepte im Mainstream-Diskurs „westlicher“ Politik- und Wirtschaftssystem neoliberaler Prägung etablieren konnte, die das Versprechen der sozialen, ökonomischen und ökologischen Integration aufrecht erhalten und damit entsprechendes Problemlösungspotential signalisiert. Aus gender- und diversitätstheoretischer Sicht ist beispielsweise das in diesem Zusammenhang nach wie vor häufig vertretene 3-Säulen-Modell aus mehreren Gründen problematisch. Zum einen ist die Gleichwertigkeit der drei Säulen in der Praxis nicht gegeben, überschreiben doch die sogenannten ökonomischen Sachzwänge zumeist die ökologische und soziale Dimension. Zum anderen können mit der Ausblendung einer vierten nämlich gesellschaftspolitischen Säule die gesellschaftlichen Machtverhältnisse im Rahmen dieses Modells und damit die Bedingungen für Teilhabe und Teilnahme an einer nachhaltigen Entwicklung im Rahmen des Modells nicht grundsätzlich thematisiert werden. Dies führt zu der Konsequenz, dass Gender- und Diversitätsaspekte trotz ihrer grundsätzlichen gesellschaftsgestaltenden Wirkung durch geschlechtsspezifische Positionierungsmechanismen wie Rollenzuschreibungen und Identitätskonzepte nur fragmentarisch behandelbar sind. Dadurch finden Geschlecht und andere gesellschaftliche Strukturierungsaspekte wie Alter, Ethnie, Behinderung, Lebensstil etc. im Diskurs zu einer „nachhaltigen Wissensgesellschaft“ nur insofern Beachtung als sie im Rahmen des herrschenden Politik- und Wirtschaftssystems in bezug auf Wachstum und Innovation funktional sind. Strukturelle Ungleichheitsverhältnisse wie Einkommensunterschiede, Chancenungleichheitseffekte u.a. aufgrund geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung werden dabei zwar beklagt, aber nicht im Rahmen einer „starken Nachhaltigkeit“, die auf grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen abzielt, bearbeitet.

Ein grundsätzliches Problem in Konzeptionen „nachhaltiger Wissensgesellschaften“ liegt somit in deren „Geschlechter- und Diversitätsneutralität“, in der kritiklosen Übernahme von Gender- und Diversitätsstereotypien, Rollenzuschreibungen und Identitätskonstrukten. Das Gender und Diversität kaum als relationale Querschnitts-Phänomene betrachtet sondern mehr über punktuelle Maßnahmen bearbeitet werden, wird sowohl in den jeweiligen Politiken wie auch im Mainstream-Diskurs deutlich. So wird nach wie vor davon ausgegangen, dass die Genusgruppe “Frauen“ bzw. die Genusgruppe „Männer“ in sich homogen ist („die Frauen“, „die Männer“). Die Lebenspraxis und -realität von Individuen zeigen jedoch, dass dies keineswegs der Fall ist. Eine Folge ist, dass prinzipiell Frauen Genderkompetenz zugesprochen und damit auch – beispielsweise im Rahmen der Umsetzung von Gender-Mainstreaming - die Aufgabe übertragen wird, für Geschlechtergerechtigkeit zu arbeiten. Männer üben sich dabei zumeist in Zurückhaltung, fühlen sich nicht angesprochen.

Der politisch etablierten Narration einer „nachhaltigen Wissensgesellschaft“, in der auf systemimmanente Modernisierung unter Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte gesetzt wird, muss daher die grundsätzliche Forderung nach einer gesellschaftlichen Transformation gegenüber gestellt werden. Gender- und Diversitätsblindheit darf dabei nicht weiterhin mit Gender- und Diversitätsneutralität verwechselt werden. Um die strukturellen Problemstellungen ernsthaft in Angriff zunehmen bedarf es mehr als die Demonstration politischen Willens in Form von rhetorischer Übungen.

Mag.a Roswitha Hofmann, Abteilung Gender and Diversity in Organizations, Wirtschaftsuniversität Wien, Roswitha.Hofmann@wu-wien.ac.at

---

Marie Jelenko, WU Wien

Nachhaltige Ernährungspraktiken und Gender

Die Entwicklung und Förderung nachhaltiger Ernährungspraktiken ist gerade in den „überernährten“ Industrieländern ein wichtiger Beitrag zu Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 21. Gleichzeitig ist Ernährung ein stark geschlechtsspezifisch strukturiertes Handlungsfeld und zwar insbesondere in Bezug auf die symbolische Bedeutung von Nahrungsmittel und Speisen, hinsichtlich der Ernährungsorientierungen und bei der

Zuständigkeit für Ernährungsarbeit.

Der österreichische Ernährungsbericht von 2003 kommt ähnlich wie andere Ernährungsstudien zu dem Ergebnis, dass Frauen häufiger zu Obst und Gemüse greifen und sich fleischärmer ernähren als Männer. Typisch weibliche Vorlieben beim Essen sind frisches Obst und Gemüse sowie Vollkorn- und Milchprodukte. Männer bevorzugen demgegenüber rotes Fleisch und Alkohol sowie deftige, stark gewürzte Speisen. Dies ist gemeinhin die Grundlage dafür, Frauen einen nachhaltigeren Ernährungsstil zuzuschreiben als Männern. Die Beschäftigung mit geschlechtsspezifischen Unterschieden in den Ernährungspraktiken darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch wesentliche Unterschiede innerhalb weiblicher bzw. männlicher Handlungen im Ernährungsbereich gibt. So spielen über die Geschlechtergrenzen hinweg in gehobeneren Milieus Qualitätsbewusstsein und Genuss und in alternativen Milieus ökologische und sozialkritische Zugänge zu Ernährung eine wichtige Rolle für das Ernährungshandeln. Eine deutsche Studie des Instituts für soziale Ökologie untersucht geschlechtsspezifische Differenzen der Ernährungspraktiken von Menschen mit ähnlichen Konsummustern. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich Frauen auch innerhalb eines Typs von KonsumentInnen nachhaltiger ernähren als Männer im entsprechenden Typ: Sie essen weniger Fleisch, mehr Obst und Gemüse sowie Bioprodukte und weisen eine stärkere saisonale Orientierung auf.

Woher kommen diese Unterschiede und was sind die Konsequenzen für den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung? Die symbolische Positionierung als Mann bzw. Frau erfolgt auch über Lebensmittel und Speisen, denn kräftiges schweres Essen ist männlich und zurückhaltendes leichtes Essen weiblich konnotiert. Das Bild der aktiv-männlichen und passiv-weiblichen Ernährung ändert sich jedoch sehr schnell, wenn Verantwortlichkeiten ins Blickfeld geraten. Denn Ernährung ist einer jener Bereiche im Haushalt, der weitgehend unangetastet in weiblicher Hand liegt, und das trotz rapide gestiegener weiblicher Erwerbsbeteiligung. Während sich Frauen aktiv um das kulinarische und gesundheitliche Wohlergehen der Haushaltsmitglieder kümmern (müssen), treten Männer in erster Linie als „Verzehrer“ in Erscheinung. Nicht zuletzt wegen dieser Positionierung als Nahrungskonsumenten beschränken sich männliche Ernährungsorientierungen oft auf Sättigung und persönliche Geschmacksvorlieben, während weibliche die Verantwortung für die eigene Gesundheit und die anderer Menschen und/oder Schlankheitsvorstellungen zumeist mit einbeziehen. Die Rolle des Mannes in diesem Zusammenhang als rein passiv zu bezeichnen, würde aber seiner realen Gestaltungsmacht beim Essen nicht gerecht werden. Der männliche Geschmack besitzt erheblichen Einfluss auf die Auswahl von Lebensmitteln und die Zubereitung von Speisen. Dabei offenbart „sich die Familienmahlzeit in verschiedener Hinsicht als Ausdruck patriarchaler Verhältnisse und als Ort, an dem sich diese innerhalb der Familie stets aufs Neue reproduzieren“.

Eingebettet in die Diskussion um nachhaltige Entwicklung und Gender ergibt sich für das Handlungsfeld Ernährung ein ähnliches Bild wie in anderen konsumbezogenen Handlungsfeldern: Ergebnisse der Umweltbewusstseinsforschung attestieren Frauen ein höheres Umweltbewusstsein (Ausnahme: Technikwissen) und auch ein stärker ausgeprägtes Umwelthandeln, obwohl die Unterschiede letztendlich gering und diesbezügliche Studien nicht eindeutig sind. Ungeachtet dessen wird Frauen eine verantwortungs- und umweltbewusstere Einstellung und Handlungsweise zugeschrieben und sie werden häufig als alleinige oder hauptsächliche Adressatinnen der Umweltkommunikation betrachtet. Auf Ernährung trifft dies besonders zu: Sie ist jenes haushaltsnahe Handlungsfeld, in dem die Differenzen zwischen Männern und Frauen im Umwelthandeln am stärksten ausgeprägt sind und gleichzeitig ist Ernährungsarbeit beinahe unangetastet Frauenarbeit. Männer als Ansprechpartner für Ernährungsfragen, der männliche Einfluss auf den Ernährungsstil im Haushalt und die Überlastung von Frauen, die neben Beruf, Haushalt und Familie auch für den nachhaltigen Lebensstil Hauptverantwortung tragen sollen, werden dabei häufig nicht in die Betrachtung mit einbezogen. Mit zunehmender Berufstätigkeit von Frauen, ihrer weithin unangefochtenen Hauptverantwortung für Haushalt und Kinder und dem Auseinanderdriften von ökonomischen, beschleunigten Zeiten und sozialen Zeiten der Reproduktion entsteht ein Rationalisierungsdruck, der auch im Feld Ernährung seine Spuren hinterlässt und zur Auslagerung von Ernährungsarbeit führt (z.B.: Verwendung Convenience-Produkte, steigender Außer-Haus-Konsum, etc.).

An Frauen adressierte Nachhaltigkeitsstrategien, die auf eine „Verhäuslichung“ von Ernährungsarbeit abzielen, sind nicht nur unter der Perspektive von Geschlechtergerechtigkeit bedenklich, sondern real nur für sehr wenige Frauen eine Option und damit nicht zielführend. Wollen Strategien nicht nur Nachhaltigkeit versprechen, sondern auch nachhaltig wirken, so müssen sie an gegebenen Lebenssituationen, Werten und Orientierungen von Frauen und Männern anknüpfen und im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit sowie der Entlastung von Frauen auch Männer stärker mit einbeziehen. Darüber hinaus ist es notwenig außerhalb des Haushalts (insbesondere am Arbeitsplatz und in öffentlichen Institutionen) ein nachhaltiges Ernährungsangebot zu schaffen. Die Herauslösung von Ernährungsarbeit aus dem Status einer unsichtbaren, individualisierten Arbeit und ihre Einbettung in größere gemeinschaftliche Zusammenhänge könnte ebenfalls ein Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und zur Entlastung von Frauen sein. Ein derzeit im Bau befindliches CoHousing-Wohnprojekt in Niederösterreich versucht über das Angebot vieler gemeinsamer Einrichtungen (darunter auch eine Gemeinschaftsküche mit Speisesaal) eine Verbindung von „Leben in geschützter Privatsphäre mit den

Vorzügen einer tragfähigen Gemeinschaft“ zu schaffen und dabei auch ökologische Vorteile zu bieten. Inwieweit solch ein Projekt tatsächlich die ökologischen, ökonomischen und sozialen Versprechungen einlösen kann, wird sich weisen. In jedem Fall scheint es sinnvoll nach Möglichkeiten einer rationelleren, gemeinschaftlichen und nachhaltigen Gestaltung von Ernährungsarbeit Ausschau zu halten, die einen Beitrag zur Entlastung von berufstätigen Frauen, Männern und Eltern leistet.

Mag.a Marie Jelenko, Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, Wirtschaftsuniversität Wien, arbeitet an einem wissenschaftlichen Projekt zum Thema „Ernährungspraktiken und nachhaltige Entwicklung“

Eva Kail, Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen, Magistratsdirektion - Stadtbaudirektion, Stadt Wien

Gender Mainstreaming in der Stadt- und Verkehrsplanung: eine neue Strategie der Qualitätssicherung

Die Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen

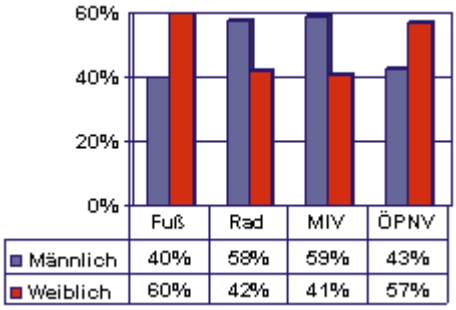
Frauengerechte Planung setzt sich seit vielen Jahren für die Berücksichtigung der Interessenslagen von Frauen ein. Der Alltag von berufstätigen Frauen mit Familie ist in der Kombination von Erwerbs- und Hausarbeit in der Regel deutlich komplexer als der von berufstätigen Männern. Da der Frauenalltag seit jeher davon geprägt ist, für die Bedürfnisse anderer zu sorgen, kamen damit auch die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit in den Blickwinkel. Auch das Alter ist weiblich, was die große Mehrzahl alter Menschen betrifft, aber auch das Geschlecht derer, die bezahlt oder unbezahlt für sie sorgen.
In Wien werden die Interessenslagen von Frauen im Planungsbereich seit 12 Jahren thematisiert: von 1992 bis 1997 im damals neu gegründeten, interdisziplinär zusammengesetzten Frauenbüro der Stadt Wien (MA 57). 1998 wurde die Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen in der MD-Stadtbaudirektion geschaffen. Damit wurde viel an Genderkompetenz im Planungs- und Verkehrsbereich aufgebaut.

Gender Mainstreaming als neue Strategie der Qualitätssicherung

Gender Mainstreaming bedeutet die Institutionalisierung des Begriffs Gleichwertigkeit der Interessen von Frauen und Männern. In der Stadt- und Verkehrsplanung sind die PlanerInnen aufgefordert, sich die Auswirkungen ihrer Planungen und Projekte konkret für Frauen und Männer zu überlegen, und zwar differenziert nach Lebensphasen, kulturellen Hintergründen und besonderen Bedürfnissen.
Es gibt mittlerweile eine Fülle von Literatur, etliche Pilotprojekte unter Genderaspekten wurden realisiert – Wien ist hier sicher im europäischen Vergleich Vorreiter. Wie man das jedoch systematisch verzahnt, wie man das wirklich in den Planungsprozess einbringt, ist noch immer methodisches Neuland.

Verkehrsbereich

Der Verkehrsbereich ist für Politik der Nachhaltigkeit ein zentrales Handlungsfeld. Gerade hier sind die geschlechtsspezifischen Interessenslagen relativ leicht nachzuvollziehen, da personenbezogene Erhebungen seit jeher wichtige verkehrspolitische Entscheidungsgrundlagen darstellen. Der sogenannte Modal-Split (Verkehrsmittelwahl) ist dabei ein zentraler Zielindikator. Eine geschlechtsspezifische Betrachtung ist aufschlussreich:



59% aller Autofahrten werden von Männern gemacht, 60% aller Fußwege werden in Wien von Frauen zurückgelegt. Nur 40 % der Frauen verfügen gegenüber 61 % der Männer im Alltag über ein Auto. In der traditionellen Verkehrsplanung war die systematische Betrachtung des FußgängerInnenverkehrs kein vorrangiges Thema. Damit sind strukturelle Benachteiligungen und Barrieren für zu Fuß gehende Personen entstanden. Vor allem Kinder, ältere Personen und Menschen, die Betreuungs- und Versorgungsarbeit leisten, legen viele Wege in der unmittelbaren Wohnumgebung zu Fuß zurück. Da es in der Regel – immer noch – die Frauen sind, die einen Großteil der Arbeit in der Familie leisten und oft mit den langsamsten VerkehrsteilnehmerInnen unterwegs sind, aber auch bei den älteren Menschen ein hoher Frauenanteil festzustellen ist, kommen alle Maßnahmen die das Zu-Fuß-Gehen unterstützen in einem besonderen Ausmaß Frauen in ihrer Alltagsbewältigung zugute.

Mitarbeit im Masterplan Verkehr

Die Leitstelle war bei der Erstellung des Masterplan Verkehr Wien 2003 für den Arbeitskreis "Öffentlicher Raum und Verkehrssicherheit" federführend zuständig. In diesem Arbeitskreis wurden die Verkehrsarten „Zu-Fuß-gehen“ und „Radfahren“ behandelt. Die Leitstelle war um eine starke Verankerung der FußgängerInneninteressen und ihre weitreichende Detaillierung in den Maßnahmenvorschlägen bemüht. Zu den Qualitätsstandards, die im Sinne der FußgängerInnen umgesetzt wurden, zählen beispielsweise die Vorgabe von mindestens 2 Meter breiten Gehsteigen oder die fußgängerfreundliche Programmierung von Lichtsignalanlagen mit einer maximalen Wartezeit von 40 sec und einer maximal notwendigen Gehgeschwindigkeit von 1m/sec über die Kreuzung.

Zudem wurden auf Anregung der Leitstelle sämtliche Maßnahmen und Vorschläge der sechs Arbeitskreise aufgelistet und von den ArbeitskreisleiterInnen hinsichtlich ihrer Auswirkungen für die Erreichbarkeit im Umweltverbund, die Sicherheit im öffentlichen Raum, die Erledigung von Haus- und Familienarbeit, die Effekte für Kinder, Jugendliche und alte Menschen bewertet. Mittlerweile gibt es bei der Stadt Wien auch eine Koordinatorin für FußgängerInnen- und Jugendangelegenheiten.

Gender Mainstreaming - Musterbezirke

Die Bezirksebene bietet sich für eine systematische Erprobung des Gender Mainstreamings an. Auf dieser Ebene des kommunalpolitischen Handelns ist die Verbindung von Politik, Verwaltungshandeln und Alltagsleben der Bevölkerung am stärksten spürbar, denn die Auswirkungen von Entscheidungen werden unmittelbar wahrgenommen.
In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Allgemeine Datenverarbeitung wurden daher für 19 Wiener Bezirke EDV-gestützt Karten entwickelt, die den Verantwortlichen in jedem interessierten Bezirk eine geschlechtssensible Entscheidungsfindung für Projekte und Vorhaben im öffentlichen Raum erleichtern. In einem zweiteiligen Kartenwerk sind jetzt erstmalig systematisch die „Netzqualität“ und die „Netzdefizite“ der Verkehrsart Zu-Fuß-Gehen zusammengefasst.

Gender Mainstreaming - Pilotbezirk

Als „Gender Mainstreaming Pilotbezirk“ wurde 2002 Mariahilf ausgewählt, der sich die Verbesserung der Bedingungen für FußgängerInnen schwerpunktmäßig zum Thema gemacht hat. Die Leistelle koordiniert den Prozess, liefert theoretische und praktische Grundlagen und unterstützt die beteiligten Dienststellen durch Information und Beratung.

Die sieben beteiligten Dienststellen, die mit dem öffentlichen Raum auf Bezirksebene befasst sind, haben dabei selbstständig Leitprojekte und –verfahren im Bezirk ausgewählt, um beispielhaft die geschlechtsspezifischen Auswirkungen abzuschätzen und auszuweisen, welche unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Zielgruppen berührt werden. Das Aktivitätsspektrum reicht dabei vom Straßenumbau über Beleuchtungsverbesserungen bis zu Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum.

STADT FAIR TEILEN
Gender Mainstreaming in Mariahilf bietet für Frauen und Männer, Mädchen und Burschen gleiche Chancen im Stadtraum

Mit 2005 berücksichtigen die drei Kernabteilungen (Verkehrsplanung, Straßenbau und Beleuchtung), die aufgrund der Vielzahl der laufenden Aktivitäten und aufgrund der inhaltlichen Schwerpunktsetzung im Bezirk ausgewählt wurden, Gender Mainstreaming flächendeckend bei allen Maßnahmen. Dazu wurden gemeinsam Beurteilungsinstrumente entwickelt, die für jede Maßnahme angewandt werden.

Die besondere Herausforderung des Gender Mainstreaming Pilotprozesses Mariahilf bestand in dem systematischen Einbringen eines erweiterten Blickwinkels in die Arbeit der im 6. Bezirk tätigen MitarbeiterInnen der verschiedenen Dienststellen über einen längeren Zeitraum. Europaweite Recherchen zeigten, dass es keine vergleichbaren Beispiele gab, Wien damit wieder eine VorreiterInnen-Rolle hatte. Viele Win/Win Situationen wurden geschaffen. Besonders wichtig ist so eine verkehrspolitische Schwerpunktsetzung aber in Konfliktsituationen, die im Verkehrsbereich leider die alltägliche Arbeit von BezirksvorsteherInnen, BezirksrätInnen und PlanerInnen darstellt. Mit dem Pilotprozess ist nachgewiesen, dass die Qualitätsansprüche des so abstrakt klingenden Prinzips Gender Mainstreaming im konkreten Planungsalltag eingelöst werden können – gut handhabbare und handfeste Methoden liegen vor.

Welchen Planungsthemen widme ich wie viel Zeit, Energie und Sorgfalt – dieser Frage hat sich Politik und Verwaltung immer wieder zu stellen. FußgängerIn ist nicht gleich FußgängerIn. Ist mein Maßstab der fitte Erwachsene allein unterwegs oder eine Mutter/Vater mit Kinderwagen und Kleinkind an der Hand unterwegs. Sie sollten der „LKW am Gehsteig“ sein, an dem die PlanerInnen Maß nehmen, das Bild das sie im Kopf haben. Jemand Gebrechlicher, der die Füße nur ein bis zwei Zentimeter heben kann ist der Maßstab für barrierefreie komfortable Wege, jemand der sich am Heimweg im Dunklen fürchtet der Maßstab für ausreichende Beleuchtung. An den Bedürfnissen dieser Indikator-Personen sind Qualitätsansprüche festzumachen. Wenn es für sie passt, passt es für die meisten Anderen auch. Das sind auch jene VerkehrsteilnehmerInnen die keine Schlagzeilen in den Zeitungen produzieren. Sie sind leise und in einem besonderen Maß auf die aktive Interessenvertretung seitens der Bezirkspolitik und der Stadtverwaltung angewiesen. Hier ist der Einfluss der Bezirkspolitik besonders hoch, da sie nicht nur über den Einsatz der finanziellen Mittel entscheidet, sondern auch ihre lokale Kenntnis durch die Tätigkeit „vor Ort“ in den Planungsprozess einbringt.

Fazit: Gender Mainstreaming und Nachhaltigkeit sind zwei Handlungsansätze, die gerade im Verkehrsbereich viele gemeinsame Ziele haben und sich gegenseitig verstärken können. Eine genderbewusste Nachhaltigkeitspolitik ist daher unverzichtbar!

D.I.in Eva Kail, Leitstelle Alltags- und Frauengerechtes Planen und Bauen, Magistratsdirektion – Stadtbaudirektion, Stadt Wien

---

Ully Leitner & Ulrike Schmalzer, Projekt Chiron

CHIRON – CHancengleichheit In der RegiON
ein Gender-Sensibilisierungsprojekt in der Region Mühlviertler Alm,OÖ

Von April 2003 bis November 2004 wickelten wir nach längeren ehrenamtlichen Vorbereitungen das Sensibilisierungsprojekt CHIRON ab. Entstanden ist es aus den Aktivitäten zum oberösterreichischen Jahr der Chancengleichheit 2002, das uns einen kräftigen Netzwerk- und Kompetenzaufbau ermöglichte. Während der Leitung des Projektes qualifizierten wir uns in diversen Seminaren und Workshops zu Gendermoderatorinnen. CHIRON lief in zwei Phasen. Die erste wurde vom Büro für Frauenfragen (oö. Landesregierung) gefördert und sprach im *Aktionsmonat Mai03-Frauen als gestaltende Kraft* die Almbewohnerinnen mit einer Reihe von Veranstaltungen an; im *Bäuerinnenkabarett der Miststücke* wurde das Thema humorvoll vermittelt. Das zweite Modul klinkte sich in den laufenden *Agenda21-Prozess* ein und wurde über Leader+ finanziert. Eine *Zukunftsprojektwerkstatt* und neun *Gemeindeimpulse* waren die Bühne, die Chancengleichheit durch Sketches vielen Menschen nahe zu bringen und sie in launigen Fragespielen von Betroffenen zu Beteiligten zu machen. Die daraus erhobenen Statistiken und Statements sind dem Endbericht CHIRON zu entnehmen.

Regelmässige Berichterstattungen in der regionalen Zeitung Almpost trugen zur weiteren Verbreitung des Genderthemas bei. Die Mitarbeit in der regionalen Steuergruppe brachte nach anfänglicher Scheu eine Auf“weichung“ der rein männlichen Gremien und Sichtweisen mit sich. Mittlerweile ist sie auch nach Projektende gern gesehen. Da sich die Mühlviertler Alm zunehmend als Exkursionsregion profiliert, wurde “CHIRON“ oft zur Präsentation gebeten *(Russische Delegation, Österr. Agenda21 Gipfel, Lehrveranstaltungen der BOKU etc.)*. Als wechselseitig bereichernd erwies sich die österreichweite Vernetzung und Kooperation, aus der nicht nur *Gendergstanzln*, sondern auch eine *Innovative Werkstatt -Chancengleichheit in der ländlichen Entwicklung* und ein zukünftiges *Projekt mit der Universität für Bodenkultur* resultierten. Studiengruppen (BOKU; Universität für Völkerkunde) vermerken eine spürbare Aufbereitung von Genderfragen in der Region.

Es gibt keine besseren Menschen als Frauen und Männer (Zita Küng)
Dieser Satz wurde unser wichtigstes Argument, um aus dem Emanzeneck zu kommen und die Männer ins Boot zu holen.
Das zeigen auch die nachfolgenden Zitate aus der stark männlich besetzten Agenda-Steuergruppe zur Frage: Wie hat sich das Projekt CHIRON in der Region ausgewirkt?

„Spürbare Ansätze in der Sprache, das tut wohl!“....Impulse über die Alm hinaus....die Alm ist gut unterwegs, hört man oft, das tut auch wohl....mehr Frauen sind aktiv bei Projekten dabei, auch an vorderster „Front“(ersichtlich bei verschiedensten Veranstaltungen, Präsentationen, am Rednerpult)
CHIRON hat aufmerksam gemacht, Chancengleichheit ist ins Bewusstsein gebracht, man spricht darüber – übrigens waren die Berichte von der Almpost sehr positiv.. ....Mehr Frauen als Mitarbeiterinnen!....CHIRON

brachte Sensibilisierung für das Thema Chancengleichheit, viel konkrete Aktionen dank der unermüdlichen Tätigkeit der beiden Protagonistinnen...man denkt intensiver nach, wie und was man redet: Sensibilisierung für die Sprache....
Chancengleichheit mit der gesamten Bedeutung für Männer und Frauen....

Über die Region

Wie war nun die Ausgangssituation – welche Bühne haben wir für unser Vorhaben vorgefunden? Geografisch befinden wir uns im Nordosten Oberösterreichs, in der jungen Region „Mühlviertler Alm". Acht Gemeinden des Bezirk Freistadt haben sich vor elf Jahren zur Intensivierung der interkommunalen Kooperation verbunden. Im Jahre 2003 schloss sich eine weitere Gemeinde an. Die Region hat annähernd 16.000 EinwohnerInnen und ist geprägt von kleinstrukturierter Landwirtschaft und Kleingewerbe. .Im Alltagsleben müssen massgebliche klimatische Herausforderungen und die schleichende Privatisierung des öffentlichen Verkehrs gemeistert werden wie in vielen peripheren Regionen. Die Schieflage des Finanzausgleichs degradiert die Gemeinden durch „Bedarfszuteilung" oft zu Bittstellerinnen. Durch die eingeschränkten Erwerbsmöglichkeiten wird häufig ein Auspendeln nach Linz notwendig; das gilt ebenso für den Ausbildungssektor. Ausbildungs- und Arbeitsplätze sind rar – die Jugendlichen erfahren für Lehre und Studium früh das Pendeln in die Landeshauptstadt; für viele Männer sind stundenlange Arbeitswege lebenslang geübte Praxis. Für Frauen erweist sich der Zugang zum Arbeitmarkt in einer der einkommensschwächsten Zonen Österreichs als besonders schwierig. Vielfach haben sie in der Landwirtschaft, in Erziehungsfragen und in der Pflege alternder Angehöriger die Abwesenheit ihrer Männer zu kompensieren. So konnte sich lange eine rigide geschlechtsspezifische Rollenzuteilung halten: Der Mann - mit dem Erwerb des Familieneinkommens befasst - mobil in Stadt- und Arbeitswelt, die Frau mit Pflege- und Sorgepflichten häuslich gebunden.

Erkenntnisse und Hypothesen

Das noch immer straffe Rollenkorsett in diesem peripheren ländlichen Raum lässt Männer und Frauen eher getrennt agieren und behindert eine entspannte, beiderseits wertschätzende, breite Zusammenarbeit in der Öffentlichkeit. Noch sind die regionalen Gremien beinahe ausnahmslos männlich besetzt; hier spielt die Hierarchie eine wesentliche Rolle. Sie zwingt Männer, die Anwesenheitskultur zu pflegen – Abwesenheiten könnten die eigene Position ungünstig beeinflussen. Frauen in solchen Gremien sollten sangesfreudig sein, ein Schnäpschen nicht verschmähen und ein Schlafdefizit locker wegstecken, denn in der inoffiziellen Phase lässt sich manches Neue leichter transportieren. Wir orten die oft beklagte Politikverweigerung der Frauen ebenda. Frauen wollen praktische Sachpolitik machen und das in einer absehbaren Zeit. Ihre Positionskämpfe spielen sich auf einer anderen Bühne ab: wer hat den saubersten Haushalt, die bravsten Kinder, den schönsten Vorgarten? Wer denkt positiver? Männergruppen ertragen erst allmählich die Anwesenheit von Frauen in Entscheidungsgremien und sind es nicht gewohnt, die weibliche Sicht des Lebens als eine komplementäre in ihre Überlegungen einzubeziehen. In persönlichkeitsbildenden Kursen wiederum sind Frauen stark vertreten und Männer sehr rar. Ein Dialog, ja eine gemeinsame (Körper-)Sprache muss von beiden Geschlechtern erst erlernt, ein „Wir-Gefühl" im öffentlichen Raum auch auf Frauen ausgedehnt werden. Beide Geschlechter können mit ihren spezifischen Ressourcen viel zum Gemeinwesen beitragen: Männer kennen sich beim Geld, beim Förderwesen, bei der Präsentation ihrer Ideen aus – die Kompetenz der Frauen liegt im Sozialen, in der Nachhaltigkeit, im Regenerationswesen. Letztere sollten trotz möglicher Widerstände lernen, ihre Expertinnenschaft un-sentimental und durchaus auch ungefragt einzubringen. Es gilt, miteinander den d r i t t e n Weg zu gehen, der über die weiblichen Netzwerke **und** die männlichen Seilschaften ein neues, für beide gangbares Koordinatensystem zeichnet.

***

„In der neuen Ordnung wird ein Drittes entstehen, das weder herrscht, noch dient, sondern forscht und sucht, schafft und mittelt. Das ist der Mensch in seiner Vollendung, frei von Machtwillen, frei von Unterwerfung, frei von Ausbeutung.
Allen leuchtet das Licht, allen gehört die Erde."
Anita Augspurg (1857 – 1943) dt. Juristin, Herausgeberin von „Frau im Staat", 1920

Ully Leitner & Ulrike Schmalzer leiten das Projekt CHIRON des Verbands Region Mühlviertler Alm

---

Interview mit Beate Littig, Institut für Höhere Studien
geführt von Astrid Konrad

Warum ist die Genderfrage Ihres Erachtens nach bedeutsam für Nachhaltige Entwicklung?

Ich würde die Frage grundsätzlicher stellen: was hat Gender mit Nachhaltigkeit zu tun? Denn ich weiss nicht, ob es DIE Genderfrage gibt, und welche das das dann wäre. Die Frage nach den Zusammenhängen, lässt sich aus meiner Sicht in 4 Richtungen beantworten:
1. Es gab viele Aktivitäten von engagierten Frauen(-NGOs) in der Vorbereitung des Rio-Gipfels 1992 (und den UN-Folgekonferenzen) und es gibt nach wie weltweit aktive Frauen in Sachen Nachhaltigkeit.
2. Die Agenda 21, Kap. 24: „Global action plan for women towards sustainable and equitable development“ beinhaltet einen umfangreichen Maßnahmenkatalog für Gleichstellungspolitik und zum Empowerment von Frauen.
3. In dem Kapitel Lokale Agenda 21 (Kap. 28) der Agenda 21 werden Frauen explizit als Akteure von Nachhaltigkeit adressiert, insbesondere in ihrer Rolle als Familienversorgerinnen.
4. Man kann neben der politischen Begründung, eine systematische soziologische Begründung der Zusammenhänge von nachhaltiger Entwicklung und Geschlecht vorlegen, das Stichwort dazu heißt "die Struktur und Organisation moderner Arbeitsgesellschaften": (Jede) Arbeit, als die zentrale Vermittlungsinstanz zwischen Natur und Gesellschaft, ist „gendered“, d.h. die geschlechtliche Arbeitsteilung ist maßgeblich für die strukturelle Ungleichheit zwischen Männern und Frauen.

Sie beschäftigen sich seit mehreren Jahren mit der Genderproblematik - worin sehen Sie die wichtigsten Herausforderungen und Knackpunkte für mehr Geschlechtergerechtigkeit?

Das zentrale Thema konzeptionell als auch politisch ist für mich das Thema nachhaltige Arbeit, wobei ich mit Arbeit alle möglichen Formen von Arbeit und nicht nur Erwerbsarbeit meine. Nachhaltige Entwicklung verlangt nach nachhaltiger Arbeit und nachhaltigen Lebens- (und Arbeits-)bedingungen für Männer und Frauen. Nachhaltige Arbeit ist ein normatives Konzept: Sie ermöglicht eine selbstbestimmte Lebensführung für Frauen und Männer, sie ermöglicht gemischte Arbeits(zeit)optionen für Männer und Frauen (Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Eigenarbeit, bürgerschaftliches Engagement) bei ausreichender sozialer Sicherung und sie ermöglicht eine gesunde Lebensführung. Und sie garantiert ein ausreichendes und faires Einkommen für Männer und Frauen. Letztlich geht es bei Nachhaltigkeit um soziale Gerechtigkeit, international, intra- und intergeneratinal und auch zwischen den Geschlechtern.

"Gender und Nachhaltigkeit" ist einer der Schwerpunkte des Forums "Nachhaltiges Österreich" für das Jahr 2005/06. Warum wird dieses Thema gerade jetzt von Ihnen aufgegriffen?

Weil es nach 13 Jahre nach Rio endlich an der Zeit ist, die dort verlangten geschlechterpolitischen Maßnahmen laut und deutlich in Erinnerung zu rufen und anzufangen sie umzusetzen. Im Boot des allgemeinen Gendermainstreamings könnte da etwas weitergehen. Geschlechterpolitik ist ein zentrales Thema der so genannten sozialen Dimension der Nachhaltigkeit. Langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass es nicht nur um Ökonomie und Ökologie geht.

Sie werden die Arbeiten des Forums "Nachhaltiges Österreich" zu diesem Thema koordinieren. Welche Schwerpunkte möchten Sie dabei setzen?

Die Arbeiten für das kommende Jahr sind noch nicht zu Ende geplant. Die erste Koordinationsaufgabe wird die Schaffung einer Arbeitsgruppe im Forum sein, die dieses Thema vorantreiben wird. Auftakt des Themas ist eine Vortragsreihe in Kooperation zwischen IHS, Uni Wien und Forum zum Thema Work-Life Balance. Diese beginnt am 3.10. und endet mit einer politisch hochrangig besetzen Podiumsdiskussion am 5.12. (Download Programm) Die Vortragsreihe ist zugleich Teil einer vom Forum in Auftrag gegebenen Studie zu nicht-nachhaltigen Trends in Österreich.

Auf welcher Ebene muss angesetzt werden, damit das Thema Niederschlag in der alltäglichen Praxis findet?

Aus meiner Sicht geht es dabei weniger um die Alltagspraxis als um partizipative-politische Maßnahmen, Förderungen, Regelungen, Aktionen und Allianzen. Zu letzterem gehört eine Verbindung der Diskussionen um Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat mit einer umfassenden, nicht auf Ökologie beschränkte Nachhaltigkeitsdiskussion. Oder anders ausgedrückt: ein Gendermainstreaming der Nachhaltigkeitsdiskussion und ein Nachhaltigkeitsmainstreaming der Geschlechterpolitik. Dazu gehört dann auch die Individualisierung und Feminisierung der ökologischen Verantwortung sichtbar zu machen: Frauen sind weltweit von Umweltverschmutzung stärker betroffen als Männer, sei es, dass sie weitere Wege für Brennholz oder Wasser zurücklegen müssen, oder weil sie als Familienversorgerinnen für Einkauf und Müllentsorgung zuständig sind. Zugleich dürfen sie nicht auf die Rolle der Umweltretterinnen festgelegt werden; es hat einen schalen Geschmack, wenn sie für die Aufräumarbeiten zuständig gemacht werden. Letztlich ist die Lage allerdings komplizierter: DIE Frauen ist ein unhaltbare Kategorie, die zwar vielleicht politisch Sinn macht, aber

wissenschaftlich nicht undifferenziert haltbar ist. Natürlich tragen auch Frauen zur Umweltverschmutzung bei, als nachholende in der Motorisierung, als Konsumentinnen usw. Hier gilt es auch die globalen Unterschiede zwischen Frauen sichtbar zu machen.

Was möchten Sie am Ende des "Gender"-Jahres erreicht haben?

Ich hoffe, dass es nicht nur ein "Gender"-Jahr wird. Aber was ich hoffe, ist, dass es auf politischer Ebene mehr Bewusstsein für die genannten Zusammenhänge zwischen Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit gibt. Für die politische Umsetzung erhoffe ich mir klare Zielvorgaben, Zeithorizonte und nennenswerte Budgets.

Dr.in Beate Littig, IHS, Abt. Soziologie/Universität Wien, Inst. für Soziologie/Österreichisches Forum Nachhaltigkeit

---

Theresia Oedl-Wieser, Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Gender & Ländliche Entwicklung

Seit dem Vertrag von Amsterdam 1997 ist festgelegt, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern zu den zentralen Aufgaben der Europäischen Gemeinschaften zählt. Es wird betont, dass die Forcierung der Gleichstellung von Frauen und Männern zwei Parallelstrategien erfordert: eine *spezifische Frauenförderung* und *Gender Mainstreaming (GM)*. Impulse der Europäischen Kommission im Rahmen der Strukturfonds sind dafür verantwortlich, dass Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern auch in der regionalen und ländlichen Entwicklung in Österreich zum Thema wurden. Dies wird von österreichischen Expert/-innen als ein enorm wichtiger und fördernder Faktor angesehen. Als Mitgliedstaat der EU hat sich Österreich in seiner nationalen Politik dem Prinzip des GM verpflichtet. Als transversales Ziel muss GM auch im Bereich der Agrarpolitik und der Politik für die Entwicklung des ländlichen Raumes zur Anwendung kommen. Agrar- und regionalpolitische Akteur/innen werden sich zukünftig immer mehr mit der Anforderung konfrontiert sehen, in ihrem Wirkungsbereich gleichstellungsorientiert zu handeln.

Geschlechterverhältnisse werden in unserer Gesellschaft wesentlich über Politiken beeinflusst und mitgestaltet, die nicht direkt auf das Geschlecht der Menschen Bezug nehmen. In der politischen Praxis zeigt sich jedoch, dass viele Programme und Maßnahmen, die auf den ersten Blick „geschlechterneutral“ scheinen, verschiedenste Formen der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern (re-)produzieren. Die Geschlechterspezifik des eigenen politischen Handelns wird von den Akteur/-innen vor allem in den wirtschaftsnahen Politikbereichen – darunter auch in der Regionalpolitik, in der ländlichen Entwicklungspolitik und in der Agrarpolitik – bisher wenig reflektiert. Für die Einbindung von GM in die ländliche Entwicklungspolitik ist es daher notwendig, dass die Entscheidungsträger/innen auf politischer, administrativer und Projektebene sensibler für Geschlechterfragen werden. GM kann nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn das Konzept mit Leben gefüllt ist, d.h. von Männern und Frauen überzeugt vertreten, ausgehandelt, institutionalisiert, weiterentwickelt und diskutiert wird. Neben dieser Sensibilisierung für Geschlechterfragen, sowohl top-down als auch bottom-up, sind systematische Interventionen und pro-aktives Handeln notwendig, um die Verankerung von Chancengleichheit zu forcieren.

Vielfach wird, trotz der faktischen gesellschaftlichen Benachteilung von Frauen, davon ausgegangen, dass bei einer erfolgreichen Umsetzung von Programmen Frauen automatisch mitpartizipieren können und es werden daher auch keine spezifischen Aktionen für Frauen formuliert. Es ist daher realistischerweise notwendig, dass Frauen über „eigene Förderschienen“ angesprochen werden. GM Prozesse werden in einem ersten Schritt zu einem deutlichen Ausbau spezifischer Fördermaßnahmen führen müssen, bei denen die Ansprüche und Bedürfnisse der Frauen im Mittelpunkt stehen. Themen wie die Stärkung des weiblichen Selbstbewusstseins, das Empowerment von Frauen in ländlichen Regionen durch die Schaffung und Finanzierung von weiblichen Vernetzungsstrukturen oder das Aufbrechen der männlichen Entscheidungsgewalt in der ländlichen (politischen) Öffentlichkeit müssen sehr bewusst an die Akteur/-innen der ländlichen Entwicklungspolitik auf allen räumlichen Ebenen herangetragen werden.

Als Beispiel für ein so genanntes „geschlechterneutrales“ Programm sei das Österreichische Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (PELR) angeführt: Die Schwerpunkte der geförderten Maßnahmen im PELR (2000-2006) liegen bei den Agrarumweltmaßnahmen (61%) und bei der Förderung der Benachteiligten Gebiete durch die Ausgleichszulage (26%). Die Maßnahmen Berufsbildung und Artikel 33, durch die, den Erfahrungen aus der vergangenen Förderperiode zur Folge, vor allem auch Frauen profitiert haben, sind mit

0,9% bzw. 3,1% veranschlagt. Die Förderung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern wird im Programm mittels einer „Generalklausel“ zum Ausdruck gebracht: *„Alle Maßnahmen dieses ländlichen Entwicklungsplanes sind unabhängig vom Geschlecht zugänglich. …“*. Damit sich das Potenzial der Frauen auch entsprechend entfalten kann, wäre es jedoch notwendig, gezielte und spezifische Fördermaßnahmen – Frauen in ländlichen Regionen sind keine homogene Gruppe – zu forcieren. Im PELR ist in dieser Hinsicht keine offensive bzw. pro-aktive Haltung zu erkennen, denn es sind keine spezifischen Fördermaßnahmen für Frauen formuliert worden.

Diese Ignoranz der Geschlechterspezifik regionaler Entwicklungsprozesse und –potenziale verursacht gesellschaftliche Kosten, weil regionale Ressourcen und Potenziale brachliegen, regionalpolitische Interventionen an Effizienz verlieren, die demokratische und kulturelle Akzeptanz vermindert wird und damit letztlich auch regionale Problemlagen (re)produziert werden. Eine Politik für die Entwicklung des ländlichen Raumes kann aber auf das (Innovations-)Potenzial der Frauen nicht verzichten, wenn sie die ländlichen Entwicklungs-prozesse stärken will. Frauen sind vielfach Innovationsmotoren bei Entwicklungen und ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten sind häufig kreative Antworten auf Marktchancen und den lokalen/regionalen Bedarf. Um den Gedanken der Chancengleichheit der Geschlechter in diese Entwicklungsbemühungen zu verankern, bedarf es der Bereitschaft der zahlreichen Akteur/-innen, sich auf eine grundlegende Reflexion des „Geschlechterdenkens“ und der „Geschlechterbilder“ einzulassen. Im Sinne einer „gleichstellungsorientierten“ regionalen und ländlichen Entwicklung muss die bestehende Vielfalt von Lebensentwürfen von Frauen und Männern in den österreichischen Regionen als Chance und innovatives Potenzial erkannt werden und auch bewusst gefördert werden. Im Sinne des Denkens in Programmplanungsperioden der Strukturfonds der EU ist es bereits jetzt notwendig, Strategien der Einbindung des GM in das neue Österreichische Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (Strukturfondsperiode 2007 – 2013) zu entwickeln.

Dr.in Theresia Oedl-Wieser, Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien

---

Sybille Pirklbauer, Arbeiterkammer Wien

Gender Budgeting als Nachhaltigkeitsstrategie

Die ökonomische und soziale Entwicklung einer Gesellschaft kann nur nachhaltig sein, wenn Frauen und Männer gleichermaßen davon profitieren und beide Geschlechter die gleichen Rechte, Chancen und Möglichkeiten zur beruflichen und persönlichen Entfaltung vorfinden. Nachhaltigkeit ist ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht denkbar.

Dass eine Politik der Geschlechtergleichstellung ihr Augenmerk auch auf die Verteilung von Budgetmitteln richten muss, erkannte die österreichische Abgeordnete Gabriele Proft, die eine entsprechende Analyse forderte, bereits 1928. Bis zur Umsetzung der ersten konkreten Initiative war es allerdings noch ein weiter Weg – im doppelten Sinn. Erst 1984 wurde auf der anderen Seite des Globus, in Australien, erstmals eine umfassende Analyse des Staatshaushaltes unter dem Genderaspekt durchgeführt. Der Weg zu nachhaltiger Politik verlangt manchmal eben auch nachhaltige Geduld.

Trotz der mittlerweile 20-jährigen Geschichte befindet sich der Ansatz des Gender Budgeting noch im Entwicklungsstadium. Bislang gab es einige recht interessante Einzelinitiativen, aber keine kontinuierliche Weiterentwicklung, wie es für die Komplexität des Themas erforderlich wäre. Zudem sind die Ergebnisse der einzelnen Beispiele nur bedingt übertragbar, da sich die jeweiligen Kompetenzen, faktische und rechtliche Rahmenbedingungen der einzelnen Budgets usw. stark unterscheiden.

Dennoch findet Gender Budgeting zunehmend Aufmerksamkeit, die Zahl der Umsetzungsbeispiele steigt an. Wie Gender-Mainsteaming basiert GB auf der Grundlegung, dass politisches Handeln unterschiedliche Wirkung auf Frauen und Männer hat, weil diese unterschiedliche Ausgangsbedingungen und (oft daraus resultierend) unterschiedliche Bedürfnisse haben. Gender Budgeting setzt an der altbekannten Tatsache an, dass Budgets in Zahlen gegossene Politik darstellen. Gerade weil Themen wie Budget und Wirtschaft als neutral gelten, ist es notwendig aufzuzeigen, dass Maßnahmen in diesen Bereichen Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise betreffen. Dabei geht es nicht um die Schaffung oder Ausweitung von Frauenfördertöpfen – obwohl das Teil eines notwendigen Maßnahmenpaktes sein kann – sondern um eine gesamthafte Betrachtung von Budgets.

Wesentlich ist, dass es um eine systematische Analyse der Struktur der Einnahmen und Ausgaben geht und nicht um nur punktuelle, singuläre Analysen. Möglichst sollen gesamte Budgets und umfassende Budgetkapitel

analysiert werden und direkte und indirekte Wirkungen berücksichtigt werden. Diese Auswirkungen offen zu legen, ist oft der Kernpunkt einer Gender Budgeting Analyse, denn solange das Wissen darüber fehlt, dass z.B. Mädchen und Burschen Sportanlagen unterschiedlich nutzen und ihnen die Investitionen in solche Anlage nicht in gleicher Weise zu Gute kommen, können Budgetentscheidungen nicht geschlechtergerecht gestaltet werden. Indem auch die Gestaltung der Entscheidungsprozesse hinterfragt wird, kann GB auch ein Instrument zur Demokratisierung von Budgets sein.

Interessanterweise wird im deutschsprachigen Raum Budget mit „öffentlich“ oder gar „staatlich“ gleichgesetzt. Damit ist der deutsche Budget-Begriff wesentlich enger als „budget“ im Englischen, das jede Art von Haushaltsplan umfasst. Gerade in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit ist aber die Abgrenzung zwischen Öffentlichem und Privatem eine hochgradig relevante, weil damit auch die Zuständigkeit der reproduktiven Arbeit definiert wird und Verschiebungen ins Private für Frauen mit wesentlichen Belastungen in Form gesellschaftlich notwendiger, unbezahlter Arbeit verbunden sind. Es ist daher bedeutsam, den Begriff von Gender Budgeting möglichst weit zu fassen.

Dieser bislang von der Wirtschaftswissenschaft bislang kaum nicht berücksichtigte Beitrag zur Gesamtwirtschaft ist zwischen den Geschlechtern höchst ungleich verteilt. So leisten erwerbstätige Frauen in Österreich für jede bezahlte Arbeitsstunde 54 Minuten unbezahlte Arbeit, bei den Männern sind es nur 11 Minuten. Die Belastung durch unbezahlte Arbeit schränkt die Möglichkeit, ein Erwerbseinkommen zu erzielen, deutlich ein. Das geringere Angebot an Erwerbsarbeitszeit ist eine zentrale Ursache, warum Frauen 40 % weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen und in der Folge niedrigere Transferleistungen aus der Sozialversicherung erhalten. Der Mangel von Zeit durch die Leistung unbezahlter Arbeit hat also einen engen Zusammenhang mit der Verteilung von Geld.

Fraglos kann keine Gesellschaft ohne reproduktive Tätigkeiten auskommen, Betreuungs- und Versorgungsarbeit ist gewissermaßen der nachhaltige Kern von Arbeit. Soll die Entwicklung einer Gesellschaft eine dauerhafte sein, führt kein Weg an der Auseinandersetzung mit unbezahlter Arbeit vorbei. In dieser Hinsicht entspricht Gender Budgeting dem Erfordernis der Nachhaltigkeit vollinhaltlich, indem es die Berücksichtigung von unbezahlter Arbeit einfordert und somit den Wirtschaftsbegriff deutlich ausweitet. Gender Budgeting macht auf diese Weise die Prozesse und Ergebnisse der Ressourcenverteilung (Geld und Zeit) zwischen den Geschlechtern sichtbar und ermöglicht es so, diese in Richtung Gleichstellung zu verändern.

GB als grundsätzliche Strategie umfasst unterschiedliche methodische Ansätze, die nicht alle gleich tiefgehend sind. Während etwa eine Inzidenzanalyse die Verteilung von Ausgaben und Einnahmen zwischen Männern und Frauen betrachtet, befasst sich ein Gender Impact Assessment auch mit langfristigen Auswirkungen. Am Beispiel Kinderbetreuungsgeld veranschaulicht: Eine Inzidenzanalysse würde hier eine klare Umverteilung zu Gunsten der Frauen feststellen, die 97% der LeistungsbezieherInnen stellen, jedoch in geringerem Maße zur Finanzierung beitragen. Ein Gender Impact Assessment hingegen würde ähnlich einer WIFO-Studie zeigen, dass der Einkommensverlust von Frauen durch die Berufsunterbrechung auf Grund von Kindern selbst unter Einrechnung aller Familienleistungen ein Leben lang nicht mehr aufgeholt wird. In anderen Worten: wird auch die Frage der Nachhaltigkeit einbezogen, können Bewertungen von Maßnahmen durch GB-Analysen deutlich anders ausfallen als bei kurzfristigen Betrachtungen.

Eine Gesellschaftsstruktur ohne tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter führt zwangsläufig zu einer Schieflage, die Spannungen erzeugt und Potentiale ungenützt lässt und damit einer nachhaltigen Entwicklung eindeutig zuwiderläuft. Das Instrumentarium der Politik, durch Geld und rechtliche Regelungen Rahmenbedingungen und Anreize für gesellschaftliche Veränderungsprozesse zu setzen, muss daher geschlechtergerecht eingesetzt werden. Gender Budgeting ist eine Strategie, die in umfassender Weise an der Gestaltung des Instruments Geld ansetzt und somit das Potential hat, in grundlegender Weise zu einer Politik der Gleichstellung der Geschlechter und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Eine möglichst breite Umsetzung, Weiterentwicklung und Verfeinerung der methodischen Ansätze und dauerhafte Implementierung von Gender Budgeting ist damit nicht nur ein Beitrag zu geschlechtergerechter Politikgestaltung, sondern auch einer für mehr Nachhaltigkeit.

Mag.a Sybille Pirklbauer, ist Referentin der Arbeiterkammer Wien, Abteilung Frauen – Familie. Sie befasst sich vorwiegend mit ökonomischen Themen aus Genderperspektive.

Günter Salchner, Geschäftsführer des Leader-Vereins Regionalentwicklung Außerfern

Gender und Nachhaltigkeit in der Regionalentwicklung, ein reines Frauenthema?

Ein flüchtiger Blick über die Schulter, ein trockener Kommentar in Richtung Nachbarin: „Da hinten sitzt einer!“ Gemeint war ich, einer der mit fünf Fingern gezählten Männer auf einer Veranstaltung mit dem hoffnungsvollen Titel „Verändern durch Gendern“. Nein, das Leben als Hahn im Korb stellt man(n) sich wahrlich anders vor. Doch derart intensive Randgruppenerlebnisse sollen auch heilsame Wirkung haben. „Das tut dir gut!“ meinte meine Kollegin Andrea Schindler-Perner, Gender-Beauftragte im Lungau. Wer als Frau Gender-Fragen in den männlich dominierten Gremien der Regionalentwicklung zu thematisieren hat, erlebt ähnliches mit anderen Vorzeichen, versicherte sie mir in einfühlsamer Weise. Allen Gender-Minderheiten sei versichert, das Thema geht uns alle an. In der Realität ist es aber in erster Linie eines der Frauen, und beileibe nicht aller. Auf die entsprechend skeptischen Fragen nach den Motiven meines männlichen Engagements biete ich kritischen Zeitgenossen eine knifflige Gegenfrage an: Was ist das Gegenteil von Gender Mainstreaming im ländlichen Raum? Gender Mainstreaming in städtischen Ballungsgebieten! Gute Antwort. Entsprechend tiefsinnig darf ich ergänzen: Das Gegenteil von Gender Mainstreaming im ländlichen Raum bedeutet Abwanderung gut ausgebildeter junger Frauen, fehlende Arbeitskräfte, geschlossene Kleinschulen und Kindergärten, überfüllte Altenheime, Ausdünnung der ländlichen Infrastrukturen und explodierende Kosten der Daseinsvorsorge. Kurz gesagt, das Gegenteil von Lebensqualität. Damit einher geht eine weitere Steigerung von räumlichen Disparitäten, zu deren Bekämpfung Regionalentwickler eigentlich angetreten sind. Gender und Nachhaltigkeit gehören daher zusammen wie Straßen und Gewerbegebiete, Qualifizierung und Beschäftigung, LandwirtInnen und Kulturlandschaft.

Gender und Nachhaltigkeit im ländlichen Raum werden noch nicht überall als Begriffspaar verstanden. Dabei liegt gerade in der behutsamen Beantwortung der Gender-Frage der Weg zur sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit in der ländlichen Entwicklung. Begleiten Gender-Konzepte das Leben und Wirtschaften auf dem Land, erschließen sich Erfolgspotentiale im regionalen Wettbewerb um gut ausgebildete Arbeitskräfte und Betriebsansiedlungen. Viele junge Familien wollen ihre Kinder auf dem Land aufwachsen sehen, auch jene mit städtischer Provenienz. Die Rahmenbedingungen müssen allerdings stimmen. Dazu gehört auch entsprechender Raum für unterschiedliche Lebenskonzepte und deren Wechsel entlang unterschiedlicher Lebensabschnitte. Die Attraktivität einer Region für Familien in all ihren Facetten bildet den Boden für kritische Massen, ohne die jede Landgemeinde früher oder später zur reinen Schlafstätte verkommt. Unter einer bestimmten EinwohnerInnenzahl lohnen sich viele Einrichtungen ganz einfach nicht mehr, ist Lebensqualität kaum mehr zu finanzieren. Mit jeder Abwanderung dreht sich die Spirale weiter nach unten. Und so stecken viele ländliche Regionen in der Gender-Falle. Als Leader-Akteure sind wir gefordert, solchen negativen Entwicklungen entgegenzusteuern.

Klingt plausibel? Mitnichten, zumal das entsprechende Problembewusstsein sehr oft fehlt oder in der bekannten schwarz-weiß Betrachtung stecken bleibt. Gender-Debatten gleiten allzu oft ab in einen Kampf der Geschlechter mit systemischen Defiziten. Die rasch erkannten männlichen Gegner wohnen diesen Debatten so gut wie nie bei.

Das politische Entscheiden in ländlichen Regionen trägt zweifelsohne eine männliche Handschrift. Auch von Frauen gewählte männliche Mandatare versuchen das kommunale Leben innerhalb der von oben eng gesetzten Grenzen nach besten Wissen und Gewissen zu gestalten. Das Problembewusstsein für mangelnde Chancengleichheit fällt den Männern dabei nicht in den Schoß, so wenig wie den Teenagern die Sorge um die Rente. Männer bedienen sich auf dem Weg nach oben verlässlicher Seilschaften, heißt es. Mag sein, aber erwartet nicht ein Abweichen von gesicherten Karrierepfaden. Überlasst das Gendern also nicht den Männern. Der Schlüssel zu Gender und Nachhaltigkeit liegt in der weiblichen Mitgestaltung kommunaler Politik und regionaler Entwicklung. Wenn 50% der Gemeinderäte Frauen sind, stellt sich nicht mehr die Frage nach dem Geschlecht und der Gleichbehandlung. Das Bundesland Tirol besteht aus 279 Gemeinden. Die Außerferner Gemeinde Lermoos ist zurzeit die einzige mit einer gewählten Bürgermeisterin. Das stimmt nachdenklich. Wenn ich in den Medien lese, dass in Afghanistan gut ein Viertel der Sitze im Haus des Volkes für Frauen reserviert sind, dann fällt mir mit Blick auf meine Tiroler Heimat frei nach Andreas Hofer nur eines ein: Frauen, es isch Zeit!

Die Regionalentwicklung Außerfern hat im Jahr 2003 zusammen mit Bayerischen Partnern den ersten grenzüberschreitenden Politiklehrgang für Frauen organisiert und durchgeführt. Um das Thema ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, setzten sich im Vorfeld des Lehrgangs acht Außerferner Bürgermeister demonstrativ hinter die Schulbank. Diese Kampagne hat zweifelsohne polarisiert und, so das Ziel, auch mobilisiert. Der Lehrgang war ausgebucht. Fünf Teilnehmerinnen engagieren sich mittlerweile auch in den entsprechenden Gemeinderäten. Diese erfolgreiche Initiative findet zurzeit eine Fortsetzung in der Region Vinschgau/Tiroler Oberland im Rahmen von Interreg IIIA Italien/Österreich.

Doch insgesamt verspüre ich noch zuwenig Lust am Mitgestalten. Dabei finden sich bei genauerem Hinsehen

gerade im ländlichen Raum Bereiche gelebter Chancengleichheit mit Vorbildcharakter. In der Außerferner Gemeinde Pflach, Sitz der Regionalentwicklung Außerfern, führt eine junge Kapellmeisterin das Kommando. Die Blasmusik vereint Junge und Alte, Männer und Frauen. Sie mobilisiert und bildet für viele einen Kristallisationspunkt regionaler Identität. Ohne Frauen läuft in den Musikkapellen heute gar nichts mehr. Sich an der Blasmusik ein Beispiel zu nehmen, mag der einen oder dem anderen trivial erscheinen.
Doch eines scheint sicher, wenn sich hinsichtlich der Chancengleichheit etwas grundlegend ändern soll, dann sind es die Frauen, die den Taktstock zu führen haben.

Mag. Günter Salchner, Geschäftsführer des Leader-Vereins Regionalentwicklung Außerfern, Koordinators der Leader-Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming

---

Gabriele Gerhardter, FFG Forschungsförderungsgesellschaft mbH

Forschung und Technologie - Frauen nehmen ihren Platz ein!

Vorweg: Innovation hat kein Geschlecht. Trotzdem ist die naturwissenschaftlich-technische Forschung in Österreich, insbesondere in der Kooperation Wissenschaft - Wirtschaft, vor allem mit Männern besetzt. Dies legt den Schluss nahe, dass Rahmenbedingungen, Auswahlprozesse und inhaltliche Schwerpunkte hier einen „Gender-Bias“ konstruieren. Was kann eine Förderagentur wie die FFG tun? Unser Ziel ist es, einen Beitrag zur Chancengleichheit im Bereich Forschung und Technologie zu leisten – durch Sensibilisierung, adaptierte Prozesse und spezifische Programme.

Noch immer sind Frauen in forschungs- und technologieintensiven Beschäftigungsbereichen stark unterrepräsentiert, dies gilt im Besonderen für Führungspositionen. Der Frauenanteil an allen Forschenden liegt in Österreich bei 19%, der Anteil der Wissenschafterinnen in der industriellen Forschung liegt bei 9% - der letzte Platz für Österreich innerhalb der EU-15.

Tabelle 1: Anteil der Forscherinnen am gesamten Forschungspersonal sowie in Universitäten, im öffentlichen Bereich und im Unternehmen (in %) in ausgewählten Ländern* der EU Mitgliedstaaten (1997 - 2001)

Land*	Anteil der Frauen am gesamten Forschungspersonal (in %)*	Anteil der Forscherinnen an Universitäten in %	Anteil der Forscherinnen im Öffentlicher Bereich in %	Anteil der Forscherinnen im Unternehmensbereich in %
Belgien (2001)	30%	30%	o.A.	o.A.
Dänemark	26%	28%	35%	20%
Deutschland (2000/1999)	14%	21%	22%	10%
Griechenland(1999)	41%	44%	37%	24%
Spanien (19991/2000)	34%	36%	39%	19%
Frankreich (2000)	27%	32%	31%	21%
Irland	29%	46%	25%	21%
Italien(1999/2001)	28%	30%	38%	18%
Luxemburg	31%	36%	30%	o.A.
Niederlande (2000)	27%	27%	o.A.	o.A.
Portugal (1999)	44%	45%	55%	24%
Finnland (2000)	28%	41%	37%	18%
Schweden (1999/2001)	40%	40%	28%	o.A.
England (2000)	35%	37%	23%	o.A.
Österreich (1998)	19%	26%	32%	9%
Gesamt*	27%	33%	31%	15%

Quelle: she figures 2003, *=in ausgewählten Ländern; Österreich 1998, alle anderen Länder 1999, 2000 und 2001

Daten im Bereich außeruniversitärer Forschung aus dem Gender Booklet 2004 (erstellt 2005) spiegeln ein ähnliches Bild: Der Frauenanteil unter den WissenschafterInnen und TechnikerInnen beträgt 20,3%. In leitender Position und in Aufsichtsratsfunktionen sind sie schon kaum mehr statistisch wahrrnehmbar.

Tabelle 2: Überblick zur Frauenbeteiligung in ausgewählten Forschungsprogrammen (Kooperation Wissenschaft-Wirtschaft)

	wissenschaftlich Beschäftigte				**Organe/ Gremien**				**1. und 2. Führungsebene**			
	Ges.	Frauen	Männer	Frauen %	Ges.	Frauen	Männer	Frauen %	Ges.	Frauen	Männer	Frauen %
CD-Labors	306	87	219	28,4	44	2	42	4,5	48	6	42	12,5
K ind/ K net	372	53	319	14,2	143	7	136	4,9	67	2	65	3,0
K plus	663	143	520	21,6	357	28	329	7,8	37	1	36	2,7
Gesamt	1341	283	1058	21,1	544	37	507	6,8	152	9	143	5,9

Quelle: Gender Booklet 2004, spezielle Zusammenstellungen ÖGUT

Einfach, prägnant und klar - was die Daten sagen

Wer meint, die geringe Frauenbeteiligung basieren auf „Zufall“, wird hier nichts ändern wollen. Wer hier jedoch mehr Beteiligung von Frauen verwirklicht sehen will, muss bereit sein, bestehende Strukturen und Prozesse zu ändern. Vor allem dann, wenn bisherige gleichen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten entgegenstehen - dies nicht als good-will Aktion, sondern als klaren forschungspolitischen Auftrag. EU – Barcelona und Lissabonziele, die Vereinbarung der Erhöhung der Forschungsleistung in Europa, bedürfen neuer Strategien und die Einbringung des gesamten wissenschaftlichen Know-hows – selbstverständlich auch das der Frauen.

Komplex, indifferent und diffizil….was Änderungen erschwert

Der Begriff Gender Mainstreaming in Arbeitskreisen eingebracht, verursacht häufig eine Reaktion: „(geistiges) Gähnen“. Wenn ansonsten forschungspolitische Diskussionen durchaus einen gewissen „ intellektuellen Sexappeal“ aufweisen können, so fällt Gender Mainstreaming gewiss nicht darunter. Jenseits von Erklärungen wie Machtaufrechterhaltung, Knappheitsparadigmen und Ähnlichem ist eine wohl auch: Was zu tun ist, ist nicht selbsterklärend und schon gar nicht mit einem Handstreich getan.

Tatsächliche Chancengleichheit zu ermöglichen, verlangt eine Spurensuche: wo erzeugen wir einen „Gender-Bias“, wo sind nicht-intendierte Folgen und: welche Element müssen wir verändern, damit hochqualifizierte Frauen hier ihren Platz finden? Hier wissen wir einiges über systematische (nichtintendierte) Benachteiligungen, aber manche Ausschließungs- und Abschließungsmechanismen sind noch unbekannt. Die Forschung darüber und die Reflexion von neuen Wegen der Ermöglichung von Chancengleichheit werden uns hier für die Zukunft klüger machen.

Differenziert, engagiert und reflektiert… welche Impulse Gender Mainstreaming setzen kann

Gender Mainstreaming als „Lern- und Gestaltungsraum“ beinhaltet Fragen über das „Selbstverständliche“ – und einige spannende davon sind derzeit in der Forschungs- und Technologiepolitik an der Tagesordnung.

Exzellenz – eine Frage des Geschlechts

So lautete ein Arbeitskreis bei den Alpbacher Technologiegesprächen 2005. Ausgangspunkt dafür ist, dass trotz exzellenter Ausbildungen und Kenntnisse von Wissenschafterinnen, diese kaum entsprechende Positionen erhalten. In der Forschungspolitik kann nun nicht mehr übergangen werden, dass „Exzellenz per se“ nicht existiert, sondern diese viel mehr über Strukturen und Prozesse kreiert wird –offensichtlich über solche, die Frauen nicht gleichermaßen berücksichtigen. Die Frage nach dem „making of…“ von Exzellenz wird hier zunehmend interessant – und natürlich, wie hier auf weibliche wissenschaftliche Karriereverläufe Rücksicht genommen werden. Ein Baustein dazu in wird der Entwicklung entsprechender Elemente bei Auswahlverfahren in Programmausschreibungen sein – ein Vorhaben für 2006 in den FFG Genderprogrammen.

Spitzenforschung unter Leitung einer Frau

Unter dem Begriff „Laura Bassi“ wird derzeit diskutiert, Spitzenforschungseinrichtungen im Bereich Kooperation Wissenschaft-Wirtschaft dezitiert unter Frauenleitung auszuschreiben - mit einem adäquaten Anteil an weiblichen wissenschaftlichen Personal. Exzellente Forschung an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist derzeit eine Männerdomäne. Auch weil es hier an Netzwerken der Frauen in die Industrie hinein fehlt. Um entsprechende Rahmenbedingungen und neue Rollenbilder zur Verfügung zu stellen, bedarf es hier einer Impulsfunktion - die FFG möchte hier ein international sichtbares Signal setzen.

Sichtbarkeit und Vernetzung herstellen

Frauen in hochqualifizierten Positionen in Naturwissenschaft und Technik sind in der Öffentlichkeit kaum präsent. Mit dem Programm FEMtech wurde in Österreich eine Expertinnendatenbank eingerichtet, die es ermöglicht, Frauen in ihren naturwissenschaftlich-technischen Fachdisziplinen ausfindig zu machen und sie für Vorträge, Gutachten, Jury etc. einzuladen. Das Argument „Wir finden keine Frauen“ ist nun nicht mehr länger gültig. Gleichzeitig werden Vernetzungsangebote hergestellt, durch Netzwerktreffen, Tagungen und Veranstaltungen. Ein Beitrag dazu ist die Aktion „Forscherin des Monats“ gemeinsam mit der Tageszeitung „Der Standard“. Spitzenforscherinnen in und aus Österreich werden mit ihren Projekten vorgestellt.

Chancengleichheit herstellen: Frauenförderung und Gender Mainstreaming

Die FFG Forschungsförderungsgesellschaft mbH will Chancengleichheit von Frauen und Männern auf zwei Ebenen parallel umsetzen: Einerseits durch spezifische Frauenförderungsprogramme. Die Programme FEMtech – fFORTE des BMVIT und w-fForte des BMWA unterstützen Forscherinnen auf ihrem Karriereweg und ermöglichen Chancengleichheit in naturwissenschaftlichen und technischen Arbeitsfeldern. Andererseits durch Gender Mainstreaming als Querschnittsmaterie über da Programmportfolio. Diese beiden Ebenen ermöglichen ein gutes Zusammenspiel, Module die in den frauenspezifischen Programmen entwickelt werden, können in anderen Programmen zum Einsatz kommen.

Im Rahmen des Managements von Forschungs- und Technologieprogrammen sind auf mehreren Ebenen Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen: beim Design des Programms, bei den Projektevaluierungskriterien und auch bei Begleit- und Kommunikationsmaßnahmen. Sensibilisierungsaktivitäten gehören hier ebenso dazu wie Unterstützungsmaßnahmen für den Aufbau relevanter Netzwerke in der Kooperation Wissenschaft – Wirtschaft.

Wir streben eine sichtbare Erhöhung der Beteiligung von Frauen in verantwortlichen Positionen bei den geförderten Forschungsprojekten und –zentren an. Bei einem derzeitigen Stand an Projektleiterinnen und –managerinnen von 14% in den verschiedenen Programmen ist ein deutliches Verbesserungspotential gegeben.

Wir sind uns bewusst, dass wir mit unseren Aktivitäten noch relativ am Anfang stehen, werden hier aber in Zukunft noch deutlichere Signale für mehr Chancengleichheit in Forschung und Technologie setzen.

Gabriele Gerhardter, FFG Forschungsförderungsgesellschaft mbH
Information:
www.ffg.at
www.femtech.at
www.w-fFORTE.at (ab November 2005)

Glossar

>> zurück >> zum Beginn >> weiter

Biodiversität
Unter "biologischer Vielfalt" bzw. "Biodiversität" versteht man die Vielfalt des Lebens auf der Erde, von der genetischen Vielfalt über die Artenvielfalt bis hin zur Vielfalt der Ökosysteme.

Biodiversitäts-Konvention
Die Biodiversitäts-Konvention ist ein auf der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro ausgehandeltes Vertragswerk, das inzwischen von 187 Staaten sowie der EU unterzeichnet wurde. Dabei verpflichteten sich die unterzeichnenden Staaten, die Artenvielfalt (Biodiversität) sowohl in ihren eigenen Ländern zu schützen, als auch geeignete Maßnahmen zum Schutz und zur

nachhaltigen Nutzung der Biodiversität in Entwicklungsländern zu unterstützen.

Empowerment
Mit Empowerment bezeichnet man Strategien und Maßnahmen, die geeignet sind, das Maß an Selbstbestimmung und Autonomie im Leben der Menschen zu erhöhen und sie in die Lage zu versetzen, ihre Belange (wieder) eigenmächtig, selbstverantwortet und selbstbestimmt zu vertreten und zu gestalten. Empowerment bezeichnet dabei sowohl den Prozess der Selbstbemächtigung als auch die professionelle Unterstützung der Menschen, ihre Gestaltungsspielräume und Ressourcen wahrzunehmen und zu nutzen.

Emanzipation
Der Begriff kommt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie die Befreiung aus dem Zustand der Abhängigkeit. In Bezug auf die Geschlechterrolle wird die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung der Frau angesprochen.

Erwerbsarbeit
Unter Lohnarbeit oder Erwerbsarbeit versteht man einen Handel, bei dem menschliche Arbeitskraft in der Regel gegen Geld getauscht wird. Der Spender der menschlichen Arbeit wird Arbeitnehmer, der Empfänger Arbeitgeber genannt. Alternative Formen der Arbeit sind das Ehrenamt, die Zwangsarbeit oder die unbezahlte Haus- und Familienarbeit (es sind allerdings auch Mischformen möglich).

Europäischer Sozialfonds (ESF)
Aus den Mitteln des Europäische Sozialfonds werden arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen von der Europäischen Kommission gefördert, die von nationalen Institutionen kofinanziert, konzipiert und umgesetzt werden.

Feminismus
Der Begriff Feminismus wird gelegentlich bereits seit dem 19. Jahrhundert gebraucht. Heute wird mit ihm vor allem die Neue Frauenbewegung bezeichnet (seit ca. 1968), und auch die Theorie der Neuen Frauenbewegung

Gender
Der aus dem Englischen stammende Begriff „Gender“ bezeichnet die gesellschaftlich geprägten Rollenerwartungen, die Frauen bzw. Männer üblicherweise zu erfüllen haben. In der EU wird Gender auch als „soziales Geschlecht“ – im Gegensatz zum biologischen Geschlecht -bezeichnet.

Gender Budgeting
"Budgeting" bedeutet Haushaltsplanung, d.h. die Planung der Einnahmen und Ausgaben. Dabei geht es insbesondere um die politisch wichtigen öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen. Mit dem Begriff "Gender Budgeting" wird international die geschlechtsdifferenzierte Analyse der öffentlichen Haushalte bezeichnet

Gender Impact Assessment (GIA)
Gleichstellungsprüfung aller geplanten Maßnahmen, bei der geschlechterspezifische Wirkungen abgeschätzt werden.

Gender Mainstreaming
Gender Mainstreaming wird von der Europäischen Union als „Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft“ definiert. „Hierbei geht es darum, die Bemühungen um das Vorantreiben der Chancengleichheit nicht auf die Durchführung von Sondermaßnahmen für Frauen zu beschränken, sondern zur Verwirklichung der Gleichberechtigung ausdrücklich sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen zu nutzen, indem nämlich die etwaigen Auswirkungen auf die Situation von Frauen bzw. von Männern bereits in der Planungsphase aktiv und erkennbar integriert werden. Dies setzt voraus, dass politische Konzepte und Maßnahmen systematisch hinterfragt und die etwaigen Auswirkungen bei der Festlegung und Umsetzung berücksichtigt werden.“

Gesellschaftliche Naturverhältnisse
Als gesellschaftliche Naturverhältnisse bezeichnet man das Beziehungsgeflecht zwischen Individuen, Gesellschaft und Natur – historisch und kulturell variable Beziehungen, welche Gesellschaften in unterschiedlichen Handlungsbereichen sowohl zur „äußeren“ als auch zur „inneren“ Natur ihrer Individuen aufgebaut haben.

Gleichstellungspolitik

Während die Gleichstellungspolitik z.B. in der Form von Frauenförderplan und Frauenbeauftragter in erster Linie über individuelle Frauenförderung dafür sorgt, dass immer mehr Frauen auch in höhere Positionen vordringen, zielt Gender Mainstreaming auf die Inhalte von Politik.

Partizipation
Der Begriff Partizipation umfasst die aktive Beteiligung der Bevölkerung am Entwicklungsprozess, einschließlich politischer Mitwirkung, sozialer Teilhabe und Teilhabe an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen.

Patent
Ein Patent ist ein hoheitlich erteiltes gewerbliches Schutzrecht, das ein zeitlich begrenztes ausschließliches Recht (Monopol) zur gewerblichen Nutzung eines technischen Verfahrens oder eines technischen Produkts gewährt.

Patriarchat
Das Patriarchat ist eine androzentrische Gesellschaftsstruktur, die durch die Vorherrschaft (meist auch älterer) Männer, besonders durch Familienväter, d.h. die männlichen Oberhäupter von Sippen, Gemeinden oder Völkern geprägt ist. Das Patriarchat ist die vorwiegend verbreitete Gemeinschaftssordnung des Menschen.

Reproduktionsarbeit
Darunter versteht man Tätigkeiten (wie Haus- und Versorgungsarbeit) jenseits der Erwerbsarbeit, die zur Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft und des menschlichen Lebens notwendig sind. Sie werden zum Großteil von Frauen verrichtet, nicht entlohnt und sind daher gesellschaftlich nicht als „wertschöpfend“ anerkannt.

Reproduktive Gesundheit
Nach der Definition des Aktionsprogramms der UN-Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 bedeutet reproduktive Gesundheit, dass "Menschen ein befriedigendes und ungefährliches Sexualleben haben können und dass sie die Fähigkeit zur Fortpflanzung und die freie Entscheidung darüber haben, ob, wann und wie oft sie hiervon Gebrauch machen wollen".

Rio-Konferenz
Auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Juni 1992 in Rio de Janeiro haben 178 Staaten auf den dringenden Handlungsbedarf zur Rettung der Erde hingewiesen und grundlegende Vereinbarungen zur Förderung einer nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Ausgewogenheit getroffen. Kerndokument dieser Vereinbarungen ist die Rio-Agenda 21, das Aktionsprogramm für den Übergang in das 21. Jahrhundert.

Work-Life-Balance
Work-Life-Balance bedeutet eine neue, intelligente Verzahnung von Arbeits- und Privatleben vor dem Hintergrund einer veränderten und sich dynamisch verändernden Arbeits- und Lebenswelt.

Zeitalter der Aufklärung
Die Aufklärung als intellektuelle Strömung des Rationalismus und der Vernunft im 17./18. Jahrhundert gilt als letzte gemeinsame geistige Bewegung des Abendlandes. Anknüpfend an die durch die Renaissance wiederbelebten antiken Ideale und Sichtweisen war besonders das Bürgertum bestrebt, sich vom Festhalten an althergebrachten Traditionen, den dogmatischen Lehren der Kirche und der "geistigen Bevormundung" durch die Obrigkeit zu entfesseln, um so eine "Emanzipation des Denkens" auszulösen.

Unser Kopf des Monats ist ...

>> zurück >> zum Beginn

Doris Hammermüller

Geschäftsführerin des Vereins AEE-Arbeitsgemeinschaft ERNEUERBARE ENERGIE NÖ-Wien

Doris Hammermüller ist Mitgründerin und Geschäftsführerin des Vereins AEE-Arbeitsgemeinschaft ERNEUERBARE ENERGIE NÖ-Wien und als Frau in einem umwelttechnischen Beruf in leitender Position tätig. Ihr Team, das sich mit Beratung im Bereich erneuerbarer Energieträger, beschäftigt, besteht zum überwiegenden Teil aus Frauen. Als Frau aus der technisch-wirtschaftlichen Praxis ist sie eine der Expertinnen im FEMtech-Netzwerk und hat das Gender Mainstreaming Konzept des niederösterreichischen Klimaprogramms verfasst. Durch ihre Wurzeln in der Sozialarbeit, wurde sie schon zu Beginn ihres Berufslebens für die Genderproblematik sensibilisiert. Der Wechsel von der Sozial- zur Umweltarbeit hat ihrem Engagement im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit keinen Abbruch getan.

Kurzvita

Doris Hammermüller
geb. 1962 in Wien, ledig

1969- 84 Volksschule, Hauptschule, AHS, ExternistInnenmatura
1984- 86 Akademie für Sozialarbeit

1981- 85 Diverse soziale Betreuungstätigkeiten (Kinder, Altenbetreuung)
1986/87 Leitung von Frauengruppen, Koordination und Öffentlichkeitsarbeit des Vereins "egalia"
1989-93 Mitbegründerin, Trainerin und Organisatorin von Berufsorientierungskursen für Frauen in Niederösterreich bei Verein "Alfa"
1993-2003 Mitbegründerin und freiberufliche Mitarbeiterin und Referentin der AEE-Arbeitsgemeinschaft ERNEUERBARE ENERGIE NÖ-Wien
1993-2001 Energieberaterin, Arbeitskreisleiterin und Vorstandsmitglied in der Umweltberatung NÖ
2002 Bildungskarenz
2002/03 Geschäftsführung „FrauenManagement“ Genossenschaft, Leitung eines Moduls im Projekt „Gender Mainstreaming im Burgenland“
seit 2004 Geschäftsführerin der AEE-Arbeitsgemeinschaft ERNEUERBARE ENERGIE NÖ-Wien

Besuch berufsbegleitender Fortbildungen
JugendleiterInnenschule der Stadt Wien, Sozialtherapeutin, Anerkennung als Lebens- und Sozialberaterin, Energieberatungsausbildung, Mediationsausbildung

Referenzen
Beratung, Moderationen, Publikationen, Fortbildungen und Projektleitungen zu den Themen Erneuerbare Energie, Thermische Solaranlagen, Ökologisches Bauen

---

Gastkommentar Doris Hammermüller, Geschäftsführerin der AEE-Arbeitsgemeinschaft ERNEUERBARE ENERGIE NÖ-Wien

Ressourcen, Erdöl, Wasser und Frauen?

Gender und Nachhaltigkeit. Zwei unterschiedliche Handlungsansätze. Mit verschiedenen Zielen? Im Nachhaltigkeitskonzept werden Handlungen so gesetzt, dass sie auch allen nachfolgenden Generationen „zu Gute kommen“. Gender Mainstraming legt den Fokus auf die Geschlechtergerechtigkeit von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Konzepten. Gendergerechte Handlungen sind so zu setzen, dass sie Chancengleichheit (vor allem auch in Verteilungsfragen) zwischen den Geschlechtern herstellen.

Die Prozesse, die heute noch immer zur Zerstörung unserer Umwelt führen, sind weitgehend auch die, die auf Kosten der Menschlichkeit die Ausbeutung von Individuen und Völkern für höheren Profit hinnehmen. Und wenn es um Menschenrechte geht, dann sind es immer noch die Frauen, die in fast allen Gesellschaften unserer Erde weniger Zugang zu:

- Bildung
- Menschenwürdigen Arbeitsplätzen
- Geld
- Rechtssicherheit
- Körperlicher Sicherheit

und vielem mehr haben. So arm kann eine Gesellschaft gar nicht sein, dass Frauen und ihre Kinder nicht noch eine Stufe weiter von Verbesserung entfernt sind.

Unsere derzeitige Welt mit ihrem gesamten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Konzept ist ein in den wesentlichen Zügen von Männern geprägtes System. Es ist nur natürlich, dass seine Wirkungsweise auch wieder denselben Strukturen und damit letztlich den Männern zugute kommt. Der wichtigste und spezifischste Beitrag der Frauen zum Erhalt der Gesellschaft - ihre noch immer vorhandene Bereitschaft Kinder zu bekommen - ist auf fast allen Ebenen ein Hemmschuh bei der Entwicklung innerhalb klassisch erfolgreicher westlicher Strukturen und Hierarchien. Mutter sein hält uns (Frauen) für viele Jahre ganz oder teilweise von dem ab, was gesellschaftlich heute den höchsten Stellenwert hat: Seine (männliche) Persönlichkeit in einer Karriere in den Dienst der gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu stellen. Die wohin führt? In Wirtschaftswachstum? Für wen? Inwiefern profitieren die meisten Frauen dieser Welt wirklich davon? Sind sie nicht viel eher oft Verliererinnen? An allen Ecken und Enden erkennen wir, wenn wir aufmerksam sind, die oben genannten Auswirkungen.

- Frauen und Mädchen leisten weltweit 2/3 aller gesellschaftlich nötigen Arbeit für nur 10% des Einkommens.
- 99% des weltweiten Vermögens gehört Männern.
- Von den 1,3 Milliarden Menschen, die in absoluter Armut leben, sind 2/3 Frauen.
- 42% der Frauen haben keine eigene Pension.
- Frauen verdienen im Schnitt 44% weniger als Männer.

Aber jetzt zum Großteil der Frauen. Sie leben nicht hier, im wirtschaftlich entwickelten Norden. Das sind die Frauen Afrikas, Südamerikas und Asiens. Wie sieht deren Lebensperspektive aus? In Südamerika schaffen zum größten Teil Frauen die überlebenswichtigen, regionalen Strukturen auf Basis ihrer sozialen Verbindungen als Ersatz für die völlig zusammengebrochene staatliche Infrastruktur. Das Überleben ihrer Kinder hängt davon ab. Sie müssen einfach etwas tun. In der Region, unter Nutzung von Grund und Boden haben Frauen noch Macht und Einfluss auf den Ablauf ihres Lebens, auf die Art und Weise wie ihre Nahrung hergestellt wird. Wenn sie diesen Zugang verlieren, z.B. ihr Land verkaufen müssen oder enteignet werden, bleibt ihnen nur, sich zu verdingen (werden sie damit zum Ding?). Und nicht wenige Frauen aus den wirtschaftlich schwächsten Regionen werden zu Prostituierten.

In unserem derzeitigen Wirtschaftssystem findet ein permanenter Umverteilungsprozess von unten nach oben statt: sei es durch Steuersysteme, die immer mehr einer „flat tax“ ähneln, durch Handelsabkommen, durch Strukturänderungen u.s.w. Zum Beispiel wird in Mexico immer weniger Mais angebaut, da die Agrarindustrie des Mittleren Westens der USA „billiger“ produzieren kann und die KleinbäuerInnen auf den regionalen Märkten vom Verkauf ihres eigenen Maises nicht mehr leben können. Dieses kleine Beispiel steht hier stellvertretend für unendlich viele Prozesse, die derzeit dafür sorgen, dass regionale Produktionsmittel wirtschaftlich gegenüber den globalisierten Strukturen massiv ins Hintertreffen geraten. Nach der Zerstörung kleinräumiger Strukturen folgt eine „Technische Revolution“. Von der „Grünen“ im vorigen Jahrhundert, die die gewachsenen landwirtschaftlichen Strukturen auf die Agrarindustrie umstellte, stehen wir heute vor der Gentechnischen. Gemeinsam sind diesen Veränderungsprozessen, dass sie die selbstbestimmte Lebensgrundlage von Menschen zerstören, dafür Bilder von Wohlstand und sicheren Arbeitsplätzen zeichnen - mit dem Ergebnis der völligen Abhängigkeit. Es geht um Macht und Einfluss. Macht im Sinne von „machen“, handeln können. Die

ursprüngliche Bedeutung der Worte macht es klar. Wir handeln oder wir werden be-handelt. Wir nehmen Einfluss oder die Umstände beeinflussen uns. Es geht also auch darum, dass Frauen - und auch Männer - wieder Raum haben, zu handeln, ihre Umwelt nach ihren Bedürfnissen zu gestalten. Tausendfach nachweisbar ist, dass die Zerstörung regionaler Zusammenhänge zugunsten von globalen Konzentrationsprozessen nur denen nützt, die diese mitbestimmen und daran teilhaben können.

Hier schließt sich jetzt der Kreis hin zu unserer Arbeit. Der Zugang zu Energie gehört ganz wesentlich zu den strukturbildenden Teilen eines Wirtschaftssystems. Die AEE- Arbeitsgemeinschaft ERNEUERBARE ENERGIE setzt sich nicht nur für den Einsatz Erneuerbarer Energieträger ein. Sie unterstützt ganz ausdrücklich die regionale Energieerzeugung, um damit regionaler Wertschöpfung und regionalem Einfluss die Türe für nachhaltige Entwicklung zu öffnen. Solange der regionale Bezug erhalten ist, zeigen Menschen in wesentlich höherem Maße Interesse, beteiligen sich, versorgen sich selbst – bleiben unabhängig von Strukturen auf die sie wegen ihrer Größe keinen Einfluss mehr hätten. Die Veränderung des Systems hin zu einem, in dem die Wirtschaft zum Nutzen der Menschen da ist und nicht die Menschen einem Wirtschaftssystem zur Verfügung zu stehen haben, kann also als Weg sowohl zu Nachhaltigkeit als auch zu Gendergerechtigkeit führen.

Ein Wertesystem der Vielfalt und Gerechtigkeit, das für langfristig stabile Lebensgrundlagen für alle sorgt, stärkt nachhaltig auch Frauen und verschafft ihnen unter anderem den Handlungsspielraum der ihnen langfristig Eigenständigkeit und Chancengleichheit ermöglichen wird. Wir sollten bedenken, dass der Begriff selbst ursprünglich von einer Frau, der früheren Norwegischen Präsidentin Brundtland geprägt wurde, und das ist vermutlich kein Zufall!

Wir werden unsere Ziele in der nachhaltigen Entwicklung also genau dann erreicht haben, wenn ihre Auswirkungen sichtbar und spürbar bei den ärmsten Frauen dieser Welt angekommen sind!

Fotos: © IMSI

Diese WebSite ist eine Initiative des Lebensministeriums und wird inhaltlich betreut vom Research Institute for Managing Sustainability (WU Wien), dem Sustainable Europe Research Institute (SERI) und dem Zentrum für Soziale Innovation (ZSI). Anregungen, Rückfragen sowie etwaige Beiträge und Informationen senden Sie bitte an info@nachhaltigkeit.at . Wenn Sie regelmäßig auf neue Themen hingewiesen werden möchten, abonnieren Sie bitte unseren Newsletter.